



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

Wortprotokoll der 43. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Berlin, den 25. März 2015, 12:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

PLH E.700

Vorsitz: Artur Auernhammer, MdB

Tagesordnung – Öffentliches Fachgespräch

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 3

Öffentliches Fachgespräch

zu der

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Baukulturbericht 2014/15 der Bundesstiftung

Baukultur

und

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 18/3020

dazu:

Reiner Nagel

Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung

Baukultur

Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Mitberatend:

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Volkmar Vogel (Kleinsaara) [CDU/CSU]

Abg. Ulrich Hampel [SPD]

Abg. Heidrun Bluhm [DIE LINKE.]

Abg. Christian Kühn (Tübingen) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Dött, Marie-Luise Gebhart, Dr. Thomas Göppel, Josef Grundmann, Oliver Haase, Christian Jörrißen, Sylvia Kanitz, Steffen Magwas, Yvonne Marschall, Matern von Möring, Karsten Müller (Braunschweig), Carsten Petzold, Ulrich Schulze, Dr. Klaus-Peter Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Bareißen, Thomas Benning, Sybille Gundelach, Dr. Herlind Gutting, Olav Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lagosky, Uwe Lerchenfeld, Graf Philipp Liebing, Ingbert Luczak, Dr. Jan-Marco Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Wittke, Oliver Woltmann, Barbara Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Bülow, Marco Groß, Michael Hampel, Ulrich Lotze, Hiltrud Miersch, Dr. Matthias Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Becker, Dirk Burkert, Martin Daldrup, Bernhard Esken, Saskia Held, Marcus Lemme, Steffen-Claudio Röspel, René Scheer, Dr. Nina Tausend, Claudia Vogt, Ute
DIE LINKE.	Bluhm, Heidrun Bulling-Schröter, Eva Lenkert, Ralph Zdebel, Hubertus	Hupach, Sigrid Lay, Caren Tackmann, Dr. Kirsten Zimmermann, Pia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kotting-Uhl, Sylvia Kühn (Tübingen), Christian Lemke, Steffi Meiwald, Peter	Baerbock, Annalena Höhn, Bärbel Paus, Lisa Verlinden, Dr. Julia



Tagesordnungspunkt

Öffentliches Fachgespräch

zu der

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Baukulturbericht 2014/15 der Bundesstiftung Baukultur

und

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 18/3020

dazu:

Reiner Nagel

Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung
Baukultur

Power-Point-Präsentation zum Baukulturbericht
2014/2015 (Anlage)

Vorsitzender: Dann rufe ich das öffentliche Fachgespräch auf die Tagesordnung. Ich begrüße dazu auch die Öffentlichkeit und ich begrüße ganz besonders den Vorstandsvorsitzenden der Bundesstiftung Baukultur, Herrn Reiner Nagel. Herzlich willkommen hier bei uns im Umweltausschuss. Die Baukultur ist uns auch in diesem Ausschuss sehr wichtig. Wir sind ja nicht nur der Umweltausschuss, sondern auch der Bauausschuss, und sind deshalb auf Ihre Ausführungen zum Baukulturreport und der Thematik hier in Deutschland sehr gespannt. Ich gebe offen zu, ich komme aus Bayern und bei uns wird in erster Linie Baukultur der Schlösser Ludwigs II. und dergleichen thematisiert, aber ich glaube, Deutschland hat eine große Vielfalt, was die Baukultur angeht, und ich freue mich auf Ihre Ausführungen. Bitteschön.

Reiner Nagel (Bundesstiftung Baukultur): Vielen Dank, Herr Vorsitzender Auernhammer. Meine Damen und Herren, es ist für uns, für die Bundesstiftung, eine große Ehre, auch eine große Ausnahme, dass wir hier im Ausschuss vortragen und den Baukulturbericht 2014/2015 vorstellen können. Es ist der erste Baukulturbericht, den die Bundesstiftung vorlegt, und wir beziehen uns im Weiteren jetzt auf dieses Dokument, das Ihnen allen vorliegt. Und was wir noch einmal zusätzlich mitgebracht haben, was jetzt – auch draußen – verteilt wird, sind die

Rohmaterialien, die zum Baukulturbericht geführt haben: Das sind zwei Umfrageergebnisse einer Bevölkerungsbefragung und einer Städte- und Gemeindebefragung, das sogenannte Baukulturbarometer. Ich werde für etwa zehn Minuten – vielleicht wird es eine Viertelstunde – kurz einführen und noch einmal in Erinnerung rufen, was Sie zum Teil wissen, weil Sie sich ja auf den Baukulturbericht beziehen.

Die Bundesstiftung wurde 2006 gegründet. Sie hat im Prinzip drei Aufgaben. Sie soll einer allgemeinen Öffentlichkeit die Themen guten Planens und Bauens in Deutschland vermitteln, also kommunizieren. Zweitens soll sie die Leistungsfähigkeit von Architektur, Ingenieurwesen und Planen in Deutschland, von der wir glauben, dass sie auch im internationalen Maßstab herausragend ist, bundesweit kommunizieren und auch zum Standortthema für Deutschland machen. Und drittens soll sie – das kann man aus der Einbringungsdrucksache 2006 entnehmen und aus unserer Satzung, ein bisschen auch aus dem Gesetz – alle zwei Jahre sogenannte Berichte zur Lage der Baukultur in Deutschland vorlegen, also Baukulturberichte. Die Bundesstiftung hat das jetzt gemacht und um noch einmal zu generalisieren, was Thema dieses Baukulturberichtes ist: Das ist zunächst einmal ein Status, wo wir mit der Baukultur in Deutschland stehen, wie wichtig die Baukultur ist; dann beziehen wir uns auf diejenigen aktuellen Themen, von denen wir glauben, dass sie für alle – insbesondere für die Politik – besonders gesellschaftlich relevant sind; und dann geben wir Handlungsempfehlungen. Wir sind noch nicht so weit gegangen, das zu operationalisieren, mit Zielen und mit Projekten zu verbinden, aber wir geben generelle Handlungsempfehlungen.

Wenn man sich auf Baukultur bezieht, dann geht man ein Risiko ein, denn Baukultur ist ein weites Feld. Wir haben das einmal nachgewiesen, indem wir Texte zur Baukultur, die wichtig waren zur Bevölkerungsbefragung als Protokolle der Fokusgruppen, durch eine Wortmaschine geschickt haben, und dann sieht man, wie selbstreferentiell das Wort Baukultur häufig ist. Man erklärt sich selbst mit Baukultur und einem Thema von Stadt- und Baukultur und es ist auch eine Frage der Baukultur. Also so kommen wir nicht sehr weit. Insbesondere dann, wenn wir versuchen, das einer allgemeinen Bevölkerung noch einmal von der Bedeutung her



zu vermitteln. Die Bürgerbefragung hat dann ergeben, dass die Menschen Baukultur im Wesentlichen mit Stilfragen, Ästhetik verbinden, aber auch mit dem Bestand und dem Erhalt historischer Gebäude. Also häufig gibt es so den Gleichklang: Baukultur ist Denkmalschutz. Das ist es aber nicht nur. Und die Städte und Gemeinde verbinden das in einer noch größeren Weise mit dem Thema von Ästhetik und Gestaltung. Ganz wenig wird bei Baukultur das Thema technische Innovation, also Zukunftsstadt, vermutet und ganz wenig wird auch das Thema integrierter Prozesse mit Baukultur verbunden.

Für uns also Anlass, noch einmal genau auszujustieren, was man als Stiftung machen kann. Und wir sagen: Wir müssen mit guten Beispielen Wege aufzeigen, wie man zu besserem Planen und Bauen kommt, dadurch Wertmaßstäbe bilden, und vor allen Dingen – das ist ganz wichtig – die Akteure der Baukultur miteinander verbinden. Und das ist nun sehr viel mehr, als assoziativ mit dem Thema verbunden wird. In der Regel denkt man an Architekten. Das ist aber nur eine vergleichsweise kleine Teilmenge. Wir haben das hier einmal aufgezeigt in der Grafik – der Baukulturbericht enthält einige Infografiken, die helfen sollen, das Thema besser zu verstehen. Es ist eine gleich große Nummer von Ingenieuren, die selbstverständlich dazu gehören; dann sind es die professionell in Immobilien- und Wohnungswirtschaft arbeitenden Angestellten; und es sind vor allen Dingen die Handwerker. Baukultur muss ja auch handwerklich umgesetzt werden, was übrigens sichtbar ist, wenn man in andere Nationen geht, Frankreich beispielsweise, wo es gar keine Handwerkerrolle gibt, dass das dann nicht so umgesetzt werden kann, wie Planer sich das vorstellen. Also es gehört das Handwerk dazu, das ganze Baugewerbe. Ich habe nicht die Bauindustrie aufgezeigt, die Finanzierungsdienstleister usw. Insgesamt drei Millionen Menschen, die professionell in Deutschland an Baukultur mitarbeiten.

Und der Etat für Baukultur ist so groß wie der Bundesetat, etwa waren das 2012 310 Milliarden Euro, vierfach so groß wie der Neuwagenmarkt in Deutschland – das ist übrigens eine Quote, die auch weltweit zutrifft. D. h. Bauen ist gesellschaftlich, wirtschaftlich viel wichtiger als z. B. Autoindustrie, aber durch dieses disperse System der Wirtschaftsstruktur nicht so dominant erkennbar.

Zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts hängen vom Bauen ab. 56,6 Prozent der neuen Investitionen in Deutschland, die in Bruttoanlageinvestitionen gehen, und 84 Prozent des „Volksvermögens“ – das was bleibt, was vererbbar ist – stecken in Immobilien. Also allemal gute Gründe, den Werterhalt in Immobilien zu sichern und zu entwickeln.

Daraus abgeleitet, also aus der Relevanz dieser Themen, haben wir dann die Megatrends von Zukunftsaufgaben betrachtet. Es ist Klimawandel – nicht nur die Mitigation von CO₂, sondern auch die Adaption, die Anpassung an nicht mehr umkehrbare neue Klimazustände –, dann das Thema demografischer Wandel, Finanzknappheit öffentlicher Kassen, aber auch gesellschaftlicher Wertewandel, der für Baukultur perspektivisch ausschlaggebend ist. Wir haben selbst den Anspruch von guten Prozessen erfüllen wollen, indem wir alle Themen in großen Werkstätten diskutiert haben, mit Kammern und Verbänden, in Verbändegesprächen, sodass wir am Schluss, als wir auf den letzten Seiten des Baukulturberichts die Dankesadressen abgedruckt haben, auf 1200 mitwirkende Namen gekommen sind; immerhin ein breiter Prozess.

Ich gehe durch die drei Schwerpunktthemen, die wir gefunden haben.

Zunächst einmal geht es in Deutschland – dieses Thema ist ganz wichtig – um bezahlbaren Wohnraum, aber auch finanzierbares Bauen. Und wir sagen: Es geht nicht nur um die Quantität, es geht auch um die Qualität des Wohnungsbaus, allemal wenn sich die Bevölkerung – wie prognostiziert – langfristig schrumpfend entwickelt. Ich erinnere daran: Gegenwärtig müssen wir auch ein Szenario denken, nach dem es eher gesamtgesellschaftlich wächst; Deutschland wächst ja durch Zuwanderung stärker als erwartet. Aber offiziell schrumpfen wir. Die Anzahl der Haushalte nimmt bis 2030 durch Ein- und Zwei-Personen-Haushalte zu. Wir haben in den großen Städten eine Wohnungsnot, auch ein Stück weit aufgrund der gewachsenen Bedarfe: Wir haben in Deutschland 45 Quadratmeter Wohnflächenverbrauch pro Einwohner – in Moskau sind es elf, in Paris 22 Quadratmeter, es ist also nicht Naturgesetz – und prognostiziert sind bis 2030 55 Quadratmeter je Einwohner, also Flächenzuwachs.



Dann haben wir – obwohl wir glauben, wir bauen um die etwa 240 000 Wohnungen im Jahr in großen Städten – eine immer noch anhaltende Suburbanisierung. Ein Großteil der Wohnungen wird in Wirklichkeit auf dem Land gebaut, in suburbanen Räumen und in Einfamilienhausgebieten, nämlich mehr als die Hälfte. Das wird nur nicht bemerkt. Und die werden auch in der Regel ohne Architektur oder Architekten gebaut, sondern in der Regel von Fertighausherstellern. Wenn man aber die Vollkosten rechnet, der Mobilität und des Wohnens, ist es immer noch günstiger, in großen Städten zu wohnen. München hat das nachgewiesen, auch Berlin. Und deshalb geht es darum, wie man die Wohnflächennachfrage in großen Städten sichern kann, einerseits durch innere Verdichtung, andererseits auch z. B. durch die Flächenbereitstellung öffentlicher Grundstücke oder die kreative Nachverdichtung.

Dennoch, obwohl so viel gebaut wird, so viel Etat in diese Themen geht, in großen Städten – in Berlin gegenwärtig etwa 10 000 Wohnungen, in Hamburg 6 000, in München 8 000 –, stellen die Bürger fest: Das, was da hergestellt wird, ist zu seriell, zu nüchtern, spricht uns emotional nicht an. Und diese Zeitungsberichte, die ich hier abgebildet habe, haben Sie möglicherweise gelesen. Es wird einfach von einem nicht mehr qualitätvollen Wohnungsbau gesprochen und uns ist nicht egal, wie diese Wohnungen, die in den neuen Markt gebaut werden, aussehen.

Vom großen Wohnungsbauvolumen in Deutschland – 171 Milliarden von den 310 Milliarden Euro – geht aber nur ein Viertel in den Neubau; drei Viertel gehen in die Bestandsentwicklung, also in die Sanierung von Gebäuden. Und hier haben wir ganz überwiegend – bei etwa 40 Millionen Wohnungen, die es in Deutschland gibt – 38 Prozent Bestand aus der Zeit der sogenannten Nachkriegsmoderne, die besonders niedrige Standards hat und besonders intensiv nachgebessert werden muss, auch vor dem Hintergrund der Energieeffizienz. Sie sehen das hier ein bisschen kompliziert – im Baukulturbericht ist es abgebildet –, dass beim Thema Wärmeenergieverbrauch natürlich bei der Gebäudesanierung massiv gespart werden kann und es das Schlechteste wäre, diese Gebäude einfach unsaniert weiter zu nutzen. Das Beste ist aber nicht unbedingt der Abriss und Ersatzneubau, also in Passivhausstandards, sondern wir weisen nach,

dass sich durch die graue Energie im Gebäude, d. h. den Rohbau, den man sichern kann, die Sanierung eines Altbaus im Bestand im Grunde so erledigen lässt, dass wir dort die höchsten Energieeinsparungen haben, wenn man die graue Energie mitrechnet. Es lohnt sich also, den Bestand genau anzugucken und nicht sofort an Abriss und Neubau zu denken.

Wir haben in Deutschland eine besondere Eigentümerstruktur: Kleinteiliges Wohnungseigentum. Nur etwa ein Viertel ist professionell organisiertes Wohnungseigentum, an das sich Politik wendet (Wohnungsbaugesellschaften usw.). Dann gibt es Kleinanbieter und Einzelhausbesitzer. Und deshalb ist auch die Frage: Wie geht man zukünftig mit diesem Thema um? Gesellschaftliche Konjunktur hat ja das Thema Zukunft, Zukunftstechnologie, Smart-House. Konservativ wird dieser Markt auf eine Million Wohnungen bis 2020 eingeschätzt. Die Frage ist also, inwieweit diese Themen, die ja gegenwärtig auch Gegenstand bundespolitischer Initiativen sind – Zukunftsstadt, Haus der Zukunft – allein technologisch gesehen werden können. Ob dieses beispielsweise – eine Abbildung aus dieser Broschüre Zukunftsstadt – die Zukunft von Stadt ist, also von einer hohen Warte aus auf neue Gebäude guckend. Oder ob wir uns nicht viel intensiver mit der Banalität des Alltags auseinandersetzen müssen, wie Ziegelarchitektur von etwa 1918/1920, jetzt verklebt mit einem Wärmedämmverbund. Es gibt ja diese schöne Werbung von Hornbach – darf ich in diesem Rahmen einmal sagen: „Mach was gegen Hässlich!“; eigentlich müsste man sagen bzw. Baukultur müsste sich fragen: „Tu was gegen Baumarktsanierung, mach diese Sanierung auch zum Thema von Gestaltung durch Architekten und gute Ingenieure!“.

Die Bürger, befragt, was ihnen beim Wohnen wichtig ist, sagen interessanterweise nicht: die gut gestalteten Gebäude – das kommt ziemlich weit hinten –, sondern: die Erreichbarkeit von zentraler Infrastruktur im Umfeld. Deshalb achten wir z. B. auf gemischte Quartiere, Nahversorgung, soziale Infrastruktur, Infrastrukturverkehr und qualifizierte Erdgeschoss. Wir haben in den Baukulturwerkstätten nachgewiesen, dass es solche guten Vorbilder gibt, beispielsweise in Erfurt die Schottenhöfe oder in München, wo eine Lärmschutzsanierung in mehreren Vorhaben am inneren Ring zu ergänzenden Wohnflächen mit Wohnruhe führt, in denen



die Bewohner eigentlich sehr zufrieden mit dem sind, was da entsteht.

Ultima ratio ist dann aber doch Abriss und Neubau. Und wenn der dann kommt – wie etwa im Buchheimer Weg in Köln –, dann sollte man eine Verbesserung der bisherigen Grundrisse durch die neuen Grundrisse erhalten. Es braucht also viel planerische Intelligenz, um dort einen Fortschritt zu erzielen. Und das ist deshalb so wichtig – und im Buchheimer Weg ist das sozialer Wohnungsbau –, weil das Thema sozialer Wohnungsbau im Moment im Gespräch ist. Ich habe hier noch einmal eigene Empiriezahlen zusammengestellt: Bundesweit werden 518 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau ausgegeben, es kommen die Komplementärmittel der Länder und Gemeinden dazu; etwa 1,5 Milliarden Euro für die Objektförderung im sozialen Wohnungsbau. Demgegenüber stehen 15,5 Milliarden Euro Subjektförderung. Nun ist das nicht Thema der Baukultur, ob da Subjekte, also Menschen/Personen, gefördert werden oder ob sozialer Wohnungsbau in Objekten stattfindet, aber die Wiener Beispiele, die österreichischen Beispiele, und die Erfahrung der 80er/90er Jahre zeigen, dass ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Objekt- und Subjektförderung mindestens einen Gestaltungsspielraum bietet. Denn was Sie in sozialen Wohnungsbau investieren, können Sie öffentlich konditionieren – Sie können Qualitäten damit verbinden, Sie können Stadt gestalten, Sie können auch Fragen des Wachstums und der Schrumpfung besser steuern –, also spricht vieles dafür, zu gestalten und nicht nur die Geldausgabe zu verwalten.

Thema öffentlicher Raum und Infrastruktur. Die Baukultur ist nicht nur an Gebäuden orientiert, sondern natürlich auch an technischer Infrastruktur. Dort stecken übrigens die großen Budgets: Während wir bei der Städtebauförderung über 720 Millionen Euro im Jahr reden, sind es bei den Infrastrukturen – Straßenschiene usw., Glasfaser kommt jetzt – Milliardenbeträge. Und diese Milliardenbeträge brauchen ja auch Qualität. Der Bauindustrieverband geht davon aus, dass bis 2030 10 000 neue kommunale Bücken saniert werden; und wenn Sie wissen, wie Brücken saniert werden, dann werden die in der Regel neu gebaut und man hat ganz viel Option der Gestaltung.

Gleichzeitig geht es darum, den Klimawandel zu beachten, den demografischen Wandel – da gibt es

demografischen Umbau. Und wenn Sie dann z. B. das Hochwasserprogramm, das, glaube ich, auch das BMUB mit verantwortet, mit den bevorstehenden Budgets betrachten und das, was die Stadt Würzburg Kluges daraus gemacht hat, nämlich eine öffentliche Promenade für die Bevölkerung, dann gibt es dort Synergien, die darin bestehen, dass man die Ingenieurmaßnahme mitdenkt und auch unter das Integral der Baukultur, der Qualität, stellt. Beispiel HafenCity: Dort ist die gesamte Infrastruktur erneuert worden und Bilder wie diese sind keinesfalls allein dem öffentlichen Raum zu verdanken, sondern vor allen Dingen den großen Budgets der Infrastruktur, die in diesem Fall eine Rolle spielen. Das taktisch Interessante ist, dass die Flächen des öffentlichen Raums in der Regel den Gemeinden gehören, sie sind also im öffentlichen Eigentum, und man kann dort mit vergleichsweise wenig Aufwand großen Nutzen erzielen. Die Bürger nehmen das sehr schnell wahr. Umfragen belegen das. Und wenn man tatsächlich wenig Geld hat, dann empfehlen wir, den öffentlichen Raum in den Fokus zu nehmen. Hier haben wir befragt: Hat sich euer Wohngebiet in den letzten fünf Jahren positiv verändert? Wir hatten natürlich gedacht, die Menschen sagen: Es ist alles schlechter geworden oder gleich geblieben. Aber ein Drittel hat gesagt: Es ist besser geworden. Und das ermutigt ja auch Städte und Gemeinden, hier zu investieren – Thema Städtebauförderung, Thema öffentlicher Raum.

Und letzter Punkt ist das Thema Planungskultur und Prozessqualität. Da gibt es zwei Assoziationswelten. Das erste sind natürlich die gescheiterten Großprojekte; in dem Zusammenhang ist das Thema von Managementstrukturen von uns nur am Rande gestreift worden. Aber es geht auch um das Thema der Beteiligung, der Einbindung von Bürgern; da gibt es ein immer größeres Bedürfnis mitzuwirken. Und deshalb ist unsere Empfehlung, offene Prozesse anzubieten, in denen dieses Thema stattfindet. Etwa ein Viertel der Bevölkerung würde gerne mehr erfahren, wie Dinge laufen; drei Viertel sagen: Wir sind ausreichend gut informiert. Das hat uns eigentlich überrascht, aber dennoch: Ein Viertel sind bereit, auch mitzuwirken. Und das tun sie in einer zunehmenden Anzahl von Initiativen für Baukultur. Wir haben festgestellt, dass zunehmend Gestaltungsbeiräte in Deutschland existieren – das finden wir positiv –, die Planungsentscheidungen



besser vermitteln. Und das Dilemma zu lösen zwischen der Möglichkeit, Varianten am Anfang zu diskutieren und unterschiedliche Wege zu gehen, und der Bindung, die durch die Planung entsteht, wenn man Kosten ausgibt.

Vielleicht eine Schlüsselgrafik im Baukulturbericht ist diese Grafik, die noch einmal die Phasen der HOAI zeigt, also die Planungsphasen, die Realisierungsphasen, und vorgeschaltet eine sogenannte Phase 0, also einen Vorprozess, in dem der Baugrund untersucht wird, aber auch der Prozess aufgestellt wird, die Bürger informiert und beteiligt werden, und eine Phase 10 der Optimierung im Betrieb. Und da sehen wir im Grunde auch eine Schlüsselmöglichkeit bei den Handlungsempfehlungen, Qualität zu verbessern. Die Handlungsempfehlungen – es sind 11, die sich an alle Beteiligte/Akteure der Baukultur wenden, und 19, die sich an spezielle Akteure wenden – rufen nun diese Punkte noch einmal auf, beispielsweise Phase 0 und Phase 10. Ich gebe noch einmal kurz zwei Beispiele, die hoffentlich verständlich machen, was ich meine: Direkt vor unserer Tür gibt es das Bundesforum, den Spreerraum, und wenn Sie vom Hauptbahnhof kommen, dann gehen Sie seit Jahren über eine bei Regen matschige, ansonsten staubige Trampelpfadfläche, über die man sich fragt: Warum ist das nicht hergerichtet, warum ist diese Fläche im Entwurf nicht gestaltet? Ich will jetzt nicht Ursachenforschung betreiben, aber dass es so lange Zeit braucht, bis so etwas überhaupt thematisiert wird, und nicht in einer Phase 10 des optimierenden Betriebs noch einmal nachgebessert wird, ist schon mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Bevorstehend die Diskussion zum Besucherinformationszentrum; auch da ist die Frage: Ist das nicht Gegenstand – allemal wegen der großen Budgets –, bei dem man eine vorgeschobene Phase 0 aufrufen muss, in der eine Bürgerwerkstatt oder eine Beteiligungswerkstatt stattfindet, sodass diese Dinge offen und reflektiert diskutiert werden. Ich habe in meinen vorherigen Funktionen in Berlin und Hamburg damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Ähnliches Thema beim Kulturforum – auch eine große Bundesinvestition, die ansteht: die Standortfrage, die damit verbunden ist, wird nicht mehr diskutiert, wäre aber ein guter Anlass, das ganze Thema noch einmal aufzurufen. Und vielleicht das Münchner Beispiel, bei dem es aus meiner Sicht – und ich lese das nur aus der Süddeutschen Zeitung – natürlich schwierig ist zu sagen:

Wir geben das Geld, aber die Maßnahme ist konditioniert und beschrieben; und die Stadt München sagt: Wir schaffen das in zwei Jahren zu bauen. Das sind die beiden Themen am Anfang, die häufig am Schluss die Probleme produzieren; also eine Optimismusverzerrung, dass man es auch in der kurzen Zeit schafft und die Standortfrage vorgeklärt ist.

Vorsitzender: Apropos Zeit – Sie denken auch an Ihre Zeit?

Reiner Nagel (Bundesstiftung Baukultur): Ja, ich bin gleich durch.

Thema Vorbildfunktion. Der Bund als Bauherr BBR ist natürlich selbst gefragt und kann mit seinen Standards auch Qualität erzeugen. Das gilt aber auch für Verkehrsbauvorhaben. Denken Sie an die Bahn als Bauherr. Bei Trassen, bei Lärmschutz, bei Brücken. Es geht um Grundstücksvergaben; auch da wiederum ist der Bund selbst gefragt durch die BImA. Die BImA hat natürlich das Gesetz zu beachten, sie hat aber auch die Kompetenz, – Artikel 14 Grundgesetz – im öffentlichen Interesse gemeinnützig anzuentwickeln. Es geht um Experimentierklauseln, es geht um baukulturelle Kriterien bei der Ausgabe von Fördergeld, es geht für die Immobilienwirtschaft darum – und da gibt es einen großen Sektor in der Immobilienwirtschaft, der das dankbar aufnimmt –, Baukultur auch als Leitbild ihrer Unternehmen zu verstehen. Es geht bei Kammern und Verbänden darum, baukulturelle Bildung voranzubringen, denn die sind vor Ort – das kann man nur vor Ort machen. Und es geht für uns darum, nun regelmäßig Baukulturberichte vorzulegen; wir arbeiten schon an dem nächsten zum Thema Stadt und Land. Hier haben Sie den Auszug aus dem Koalitionsvertrag Seite 131: „Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu baukulturellen Fragen fördern – auch zu Bauvorhaben des Bundes. Die Bundesstiftung Baukultur als hierfür wichtigen Partner wollen wir stärken.“ – darüber sind wir sehr dankbar und ich wollte auch in diesem Rahmen noch einmal sagen: Ich glaube wir haben es Ihnen und den Vertretern im Haushaltsausschuss zu verdanken, dass die Bundesstiftung im nächsten Jahr oder in diesem Jahr 100 000 Euro mehr Volumen hat; wir werden mit 1,3 bzw. jetzt 1,4 Millionen Euro im Jahr durch den Bund finanziert und können damit natürlich ein größeres Thema aufrufen.



So viel zur Einführung und ich bin gespannt auf die Diskussion und Ihre Fragen.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, Herr Nagel, für Ihre hervorragende Einführung. Ich habe jetzt auch schon eine Wortmeldung vom Kollegen Volkmar Vogel. Bitte.

Abg. **Volkmar Vogel** (Kleinsaara) (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrter Herr Nagel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion begrüßt es außerordentlich, dass wir das Thema Baukultur auch noch einmal heute hier im Ausschuss behandeln. Wir haben auch bereits sehr intensiv im Plenum darüber diskutiert und wenn man die Diskussion zu „100 Jahre Bauhaus“ mit dazu nimmt, hat das Thema Baukultur insgesamt den Stellenwert, den es auch dringend benötigt und den wir seit vielen Jahren schon unterstützen. Deswegen war die Stiftung Baukultur als Bündelungsinstrument zum Zusammenführen aller gesellschaftlichen Kräfte in diesem Bereich wichtig. Ich hätte mir zwar Weimar als Stiftungssitz gewünscht, aber die Tränen sind lange verflossen und getrocknet und ich arbeite gerne mit im Stiftungsrat, auch gemeinsam mit Herrn Nagel.

Der vorgelegte Baubericht zeigt auch, dass die Stiftung Baukultur praktische und tiefgründig analysierte Empfehlungen geben kann. Deswegen sind die 1,3 bzw. 1,4 Millionen Euro von Seiten des Bundes gut angelegtes Geld. Wir freuen uns auch, dass die Interessenten zur Mitgliedschaft im Förderkreis und auch die Spendenbereitschaft anderer Akteure aus dem Bereich Architektur und Bau steigt, wenngleich wir uns wünschen würden, dass gerade auch die positive Entwicklung, die unsere Stiftung hier nimmt, ein weiterer Ansporn für diejenigen ist, die vielleicht diesen Schritt noch nicht getan haben, sich dazu zu entscheiden und hier mitzuwirken.

Sie haben sehr ausführlich darüber gesprochen, welche Themen jetzt im Baubericht vorgenommen worden sind. Ich möchte an der Stelle auch noch einmal einen Blick ein Stück weit in die Zukunft richten und mich daran orientieren, was wir auch im Bereich Städtebau, im Bereich Wohnungspolitik, an Problemen und Zwängen in den nächsten Jahren haben werden. Ich bin überzeugt, dass das

sicherlich auch in ihrem nächsten und in den darauf folgenden Bauberichten Thema sein wird.

Wir haben das Problem, dass natürlich in Ballungsräumen die Frage von bezahlbaren Wohnungen immer akuter wird und wir hier Lösungen brauchen, Neubau brauchen und dieser Neubau für die Mieter und Eigentümer auch bezahlbar sein muss. Da steht natürlich auch die Frage des Systembaus zur Diskussion; da wäre meine erste Frage an Sie: Wie gelingt es uns, auch Fragen des Systembaus so zu gestalten, dass sie nachhaltig sind, dass sie individuell sind und dass sie auch vom Ästhetischen her ansprechend sind?

Und wenn wir über die Verdichtung der Innenräume in der Stadt sprechen, dann muss die Stadt lebenswert bleiben, und dazu gehört es auch, dass die Stadt Grün hat. Nun haben wir aber das Problem der Flächeninanspruchnahme und Fläche steht nur begrenzt zur Verfügung, also ist hier auch die Frage – und das wäre meine zweite Frage: Wenn wir über Grün in der Stadt reden, wie gelingt es uns hier, auch Misch- und Mehrfachnutzungen zu entwickeln und anzuwenden?

Und meine dritte Frage: Wenn wir in den Energiebereich gehen, dann haben wir natürlich das Problem, dass in der vergangenen Zeit teilweise, wenn es um die Gestaltung von Außenfassaden ging, sehr große Fehler gemacht worden sind, auch rein vom Technischen, aber auch vom Bauästhetischen her. Ich glaube wir müssen – um auch die Akzeptanz in diesem Bereich bei allen Akteuren, bei den Wohnungsunternehmen, bei den privaten Bauherren zu verbessern – dafür sorgen, dass hier auch der ästhetische Aspekt mit der technischen Umsetzung in Einklang steht, und auch hier würden mich Ihre Aktivitäten interessieren, die Sie in den nächsten Jahren haben. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Kollege Vogel. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir trotzdem – auch wenn die Uhr noch nicht gelaufen ist – die zwei Minuten bitte einhalten. Dann Kollege Hampel von der SPD. Bitte.

Abg. **Ulrich Hampel** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Dann versuche ich die Zeit wieder aufzuholen.



Sehr geehrter Herr Nagel, auch von meiner Fraktion und von mir persönlich herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit innerhalb unseres Stiftungsrates, natürlich aber auch für Ihren ausführlichen Bericht heute, aber auch für den ausführlichen Bericht der Baukultur. Wie Sie bereits erwähnt hatten, ist es ja der dritte Statusbericht, aber der erste unter der Federführung der Stiftung und Ihres Vorsitz, und – für meine Fraktion, denke ich, kann ich es ruhig deutlich sagen – er gibt uns gute Handlungsmöglichkeiten für die politischen Debatten. Dafür noch einmal herzlichen Dank.

Aber gleichzeitig habe ich trotzdem noch eine Frage. Mich bewegt immer wieder die Barrierefreiheit, aber auch die Barrierefreiheit in historischen Altstädten. Und wenn ich daran denke: Kopfsteinpflaster, Häuser. – Gibt es da vielleicht Handlungsempfehlungen Ihrerseits, wie wir mit historischen Innenstädten umgehen? Ich denke da an Personen mit Behinderungen, ich denke aber auch an ältere Menschen, aber auch solche mit Familie und Kindern. Können Sie uns sagen, in welche Richtung es gehen könnte?

Dann habe ich noch eine zweite Frage. Ich bin sehr froh, dass wir die Mittelerhöhung um 100 000 Euro erreicht haben. Kollege Vogel hat schon darauf hingewiesen. Sinn und Zweck ist es aber auch, langfristig dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung durch Dritte sichergestellt wird. Können Sie uns da vielleicht noch einmal kurz die Entwicklung aufzeigen, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden hat? Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kollege Hampel. Die Kollegin Bluhm von den Linken. Bitte.

Abg. **Heidrun Bluhm** (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender.

Herr Nagel hat es gesagt: 2006 ist die Stiftung gegründet worden. Ich verzichte hier in diesem Ausschuss darauf, Fragen zu stellen, weil ich als Stiftungsratsmitglied und sogenanntes Urgestein – ich bin diejenige, die am längsten dabei ist, nämlich seit der Gründungsstunde des Fördervereins, bis hin zur Gründung der Stiftung im Bundestag 2006, seit dieser Zeit auch im Stiftungsrat – zu Herrn Nagel einen kurzen Draht habe.

Ich will aber trotzdem meine zwei Minuten nutzen, um auf einige Dinge aufmerksam zu machen, die uns hier im Bundestag bewusst sein müssen. Wir haben die Stiftung gegründet, alle waren wir stolz darauf, dass wir das nach langen Wehen hinbekommen haben, aber die Stiftung darf für uns kein Feigenblatt sein. Nicht so nach dem Motto: Wir haben jetzt eine Stiftung, die kümmert sich um das Thema. Sondern – und das hat Herr Nagel ja auch sehr eindrucksvoll in seinen einführenden Worten gesagt – dieser Baukulturbericht, der vorliegt, hat auch Handlungsempfehlungen. Und ich appelliere an uns alle, diese Handlungsempfehlungen für uns auch als Handlungsrahmen anzunehmen und zu schauen, inwieweit wir durch Politik, durch unsere Arbeit hier im Ausschuss und im Parlament, auch in den Wahlkreisen, in denen wir tätig sind, Einfluss darauf nehmen können, dass das Thema Baukultur immer stärker auch zu einer Debatte in der Gesellschaft wird. Denn solche Sachen, die da drin stehen, wie z. B. im Zusammenhang mit den urbanen Räumen in den Städten, das Zurückziehen der Bürger in die Städte – Herr Vogel hat es auch gesagt: Flächenverbrauch, 30-Hektar-Ziel – da sind wir so weit von entfernt, dass wir uns wirklich öfter einmal darüber Gedanken machen sollten, wie wir schneller in dieser Richtung an das Ziel kommen.

Wir brauchen den öffentlichen Diskurs in der Gesellschaft. Wir müssen unbedingt erreichen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen, mit denen wir und nicht für die wir nicht nur bauen wollen, sondern mit denen wir bauen wollen, in das, was sie 100 Jahre optisch sehen und auch benutzen sollen, einbezogen werden. Und deshalb, denke ich, müssen wir viel mehr Wert auf die Debatte legen, und nicht so, wie Herr Vogel gesagt hat, dass wir mit ihnen über Fassadengestaltung reden, sondern wir müssen auch Bildung vermitteln – auch über die Stiftung, auch über uns und unsere Aktivitäten. Wir müssen nämlich die Menschen auch mitnehmen. In meiner Heimatstadt, da wo ich wohne, werden in einem alten Villenviertel jetzt neue Stadtvillen gebaut, die nicht der soziale Wohnungsbau braucht, sage ich jetzt einmal klar, sondern für die, die es sich leisten können, eine dreiviertel Million, eine Million oder auch zwei Millionen für ihr privates Wohnen auszugeben; da werden jetzt moderne ökologische und gute funktionale Häuser gebaut. Es gibt eine Riesendebatte darüber, warum die kein Dach mehr haben. Das ist



ein ganz sicheres Zeichen dafür, dass auch Bildung für die Bürgerinnen und Bürger erforderlich ist. Wir brauchen also den Dialog auf der einen Seite und dürfen den Geschmack der Menschen, des „Hausfrauenverständes“, nicht auf Ewigkeiten nachreproduzieren. Das ist etwas, was aus meiner Sicht ganz wichtig ist, wo für uns auch Handlungsspielräume sind.

Und zum Schluss – weil ich schon wieder eine Minute drüber bin – will ich daran erinnern: Der Förderverein braucht Mitglieder. Und jeder, der es mit dem Bauen ernst meint, auch auf politischer Ebene, der sollte einmal darüber nachdenken, ob er sich im Jahr einmal einen kleinen Beitrag und eine Mitgliedschaft im Förderverein leisten kann.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Kollegin Bluhm. Herr Kühn von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Abg. **Christian Kühn** (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Nagel, für den wirklich ausführlichen und auch sehr wohltuenden Vortrag, da er ja so ein bisschen mit einem Credo der Großen Koalition bricht, die immer sagt: Bauen, bauen, bauen. Man müsste es natürlich erweitern, nämlich: Bauen, bauen, bauen, aber bitte qualitativ. Ich hoffe, dass wir das auch in die zukünftigen Debatten mitnehmen, dass Bauen auch eine gewisse Qualität braucht. Wir sind der Stiftung sehr dankbar für diesen Bericht, den ich wirklich sehr gut, sehr erhellend finde, und ich hoffe, dass das, was wir jetzt hier auch gemeinsam betont haben, dass dieser Bericht Handlungsleitfäden, Anregungen für unsere baupolitischen, aber auch baukulturellen Debatten hier bietet, uns da auch wirklich gemeinsam weiterbringt.

Ich habe eine ganze Reihe von Fragen, sowohl an Sie, Herr Nagel, wie auch an die Bundesregierung. Auf die will ich mich jetzt noch einmal ein bisschen beschränken. Also ich will erst einmal sagen: Den Bericht finde ich sehr gut. Für mich ist noch einmal die Frage spannend – Sie haben das auch ein bisschen gebracht: Klimaschutz, Energiewende im Quartier – Wie sind da die Aktivitäten der Stiftung? Wie soll das Thema weitergehen, auch in die nächsten Berichte mit einfließen? Wie wollen Sie in der Zukunft noch einmal stärker in den Berichten vor allem mit diesem Thema Quartiersanierung, energetische Quartiersanierung, mit sozialen Fragen, die auch im Quartier eine Rolle spielen,

umgehen? Und ich habe noch einmal die Frage an Sie – Sie haben es auch betont: Soweit ich das verstanden habe, plädieren Sie ja dafür, dass sich die Liegenschaftspolitik des Bundes ein Stück weit ändert, dass die BImA hier auch einen anderen Handlungsleitfaden hat. Ist das so? Vielleicht können Sie dazu noch einmal in ein paar Worten etwas sagen.

Wir haben ja dieses Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“, hinsichtlich dessen ich Herrn Pronold sehr dankbar für die immer wieder offene Kommunikation und auch gute Zusammenarbeit bin. Darin haben wir ja mittlerweile all die UNESCO-Projekte in der Förderung, aber wir haben da auch eine ganze Reihe an Denkmalensembles und anderes. Und letztlich ist dieses Projekt riesig überzeichnet. Für mich ist die Frage: Brauchen wir da nicht auch aus Sicht der Bundesstiftung Baukultur noch einmal eine eigenständige Förderlinie, um Denkmalensembles stärker zu fördern?

Ich habe eine weitere Frage. Sie haben offene Wettbewerbe angesprochen, auch in dem Bericht. Wenn man mit Architekten spricht, sagen die, ist das Thema Wettbewerb ganz zentral. Was muss der Bund eigentlich hier tun, sodass wir zu mehr Wettbewerben kommen und damit auch zu mehr Vielfalt und damit letztlich auch zu einer Weiterentwicklung von Baukultur? Ich glaube, Deutschland ist da heute schon ein bisschen abgehängt und dieses Thema müsste man stärker in den Blick nehmen.

Und jetzt, Herr Vorsitzender, noch die letzten Fragen an die Bundesregierung. 30 Handlungsempfehlungen – bisher liegt mir noch keine richtige Stellungnahme der Bundesregierung vor. Ich glaube, dieser Bericht sollte nicht im Bücherregal in den Abgeordnetenbüros verschwinden, auch nicht innerhalb des Ministeriums, sondern daraus sollten nun Aktivitäten abgeleitet werden. Und ich würde gerne wissen, Herr Pronold, welche dieser 30 Handlungsempfehlungen Sie jetzt umsetzen und wie Sie mit diesem Bericht weiter umgehen, der ja doch ein Fingerzeig in die Zukunft ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nagel, ich bitte um Ihre Antworten.

Reiner Nagel (Bundesstiftung Baukultur): Ja, vielleicht der Reihe nach. Zunächst einmal die Frage



des Systembaus. Ich glaube schon, dass das eine wichtige Herausforderung ist. Wir haben ja einen sehr dispersen Markt in Deutschland, mit hohen Baupreisen in Städten – in München beispielsweise gibt es kaum noch bezahlbare Handwerker und überhaupt sind die Ressourcen so knapp, also es ist ein echter Engpass, noch Handwerker zu finden –, während in ländlichen Räumen zum Teil Überkapazitäten bestehen. Allein aus diesem Grund wäre es schon sinnvoll, eine serielle Vorfertigung zugunsten einer besseren Auslastung und niedrigeren Baupreisen anzustreben. Es gibt dafür gute Beispiele – noch nicht so sehr in Deutschland, wobei auch dort, z. B. in Berlin: Thema Holz. Holzhäuser werden ja vorgefertigt; Stahlbauten werden auch vorgefertigt, aber in Dänemark, Kopenhagen, der Schweiz, Zürich, gibt es auch wieder gute aktuelle Beispiele von Großtafelbau, also vorgefertigter Fertigbauweise, und ich glaube, darin liegt schon eine Zukunft. Wir sagen als Stiftung: Wir streben nicht wieder Großwohnsiedlungen an, aber wir geben der industriellen Vorfertigung eine Zukunft.

Dann das Thema Verdichtung: Wie rettet man Grün? Also, indem man dieses Thema als Integral beleuchtet. Jeder, der von Verdichtung betroffen ist, fragt sich ja: Was habe ich davon? Und das, was kompensatorisch passieren kann, ist die Aufwertung des öffentlichen Raums. Mitunter sind kleinere Westentaschenparks attraktiver als große, verwahrloste Flächen, und da gibt es die Möglichkeit, dann im Ausgleich Qualität zu erzeugen. Aber Grün muss gesichert werden. Die Menschen, die in die Städte kommen, kommen auch, weil sie zum Teil sogar naturhaftes Grün suchen, und das muss man auch beachten.

Das Thema der Außenfassadendämmung: Also zunächst einmal ist die Relevanz nicht ganz so groß, wie man vermutet; die DGNB beispielsweise weist nach, dass die Anlagentechnik, das Dach, die Fenster, die Dachdecke, die Kellerdecke und alles im Integral bei der Energiesanierung von Gebäuden fast 90 Prozent bringen. Und dann hat man noch einen Rest von sechs bis zehn Prozent, der in der Außenfassade steckt. Insofern muss man genau überlegen, was man macht. Aber wenn man es macht, sollte man es nicht allein durch den Maler oder durch den Handwerker erledigen lassen, sondern ein Gestaltungsthema daraus machen, also

beispielsweise durch Anbauten, durch Klimahüllen, durch Ergänzungsüberlegungen, ob man wirklich eine neue Sache machen kann. Und wir sagen: Jeder Umbau sollte eine Verbesserung erzeugen, auch eine Verschönerung aus Sicht des Betrachters.

Dann das Thema Barrierefreiheit in historischen Städten. Also ich habe es noch nicht so erlebt, dass da der große Konflikt ist. Natürlich ist es schwieriger, die Städtebauförderung in großen Städten auch noch mit Platzgestaltungen, Freiraumgestaltungen usw. zu verbinden. Aber wenn Sie sich die guten Beispiele angucken, auch in den neuen Bundesländern z. B. Quedlinburg, Görlitz usw.: Da sind ja sogar mit nachhaltigen Naturmaterialien – zum Teil geschnittene Steine usw. – sehr gute Lösungen entstanden und insofern ist es wirklich machbar. Wir haben es zum Teil auch in unsere Handlungsempfehlungen mit aufgenommen und wir glauben, dass dieses Thema Umgang mit dem Bestand auch eines unserer nächsten Schwerpunktthemen sein müsste. Denn die Denkmalpflege, die bisher verwaltet oder, sagen wir, hoheitlich tätig ist, hat noch viel Potential der Gestaltung und kann gucken, wie man über Nutzungen auch noch Qualität erzeugt.

Die Frage, die Sie noch gestellt haben: Wer rezipiert Stadt? Gestern war hier in Berlin eine Buchpräsentation von Jan Gehl – kennen vielleicht viele oder einige von Ihnen: „Städte für Menschen“. Der hat z. B. gesagt: Wir müssen aus den Augen von Achtjährigen oder Achtzigjährigen auf Stadt gucken, d. h. wie sie Stadt wahrnehmen, und dann stellen sich z. B. solche Fragen der Barrierefreiheit, aber auch der Nutzbarkeit des öffentlichen Raums durch den Individualverkehr ohne Verkehrskonflikt in anderer Weise.

Finanzierung durch Dritte. Sie haben vollkommen recht: Wir sind froh, dass die Bundesfinanzierung als eine feste Säule bisher funktioniert hat und auch perspektivisch nicht in Frage gestellt ist, wir brauchen aber ein zweites Bein und das ist die private Finanzierung. Und Sie wissen auch als Politiker, dass natürlich eine Projektförderung, die so einen Peak erzeugt, immer schwierig ist. Man muss eigentlich eine ausgeglichene Finanzierung hinkriegen und die geht als institutionelle Finanzierung nur über Steuern und Gebühren. Deshalb ist dieses Gebührenthema für uns so aussichtsreich.



Wir haben einen Förderverein, es gibt ganz niedrige Mitgliedsbeiträge; Frau Bluhm hatte das schon erwähnt. Und wir sind aktiv dabei, die Mitgliedzahl zu mehren: von 710 Mitgliedern noch zu Beginn letzten Jahres auf heute 888, d. h. es geht langsam voran, aber es könnte natürlich eine Zehnerpotenz drin sein – dann hätten wir eine zweite echte Finanzierungssäule. Und mit zwei echten Finanzierungssäulen hat man dann auch die Möglichkeit, projektbezogen noch größere Mittel aus Unternehmen usw. zu akquirieren; da sind übrigens viele geneigt, das auch zu tun.

Dann ging es um das Thema der Handlungsempfehlungen – Frau Bluhm sprach es an. Natürlich müssen die operationalisiert werden; sie müssen mit Zielen und auch mit vorzeigbaren Projekten verbunden werden. Wir haben mit dem Konvent der Baukultur im November schon über genau dieses Thema gesprochen. Der Konvent hat uns empfohlen: Kümmert euch um das Thema der Phase 0 – das ist sehr aussichtsreich, da richtig einen Prozess mit zu verbinden, also einen Vorprozess so zu gestalten, dass er dann auch gute Ergebnisse produziert, Konflikte vermeidet –, betrachtet noch stärker integrierte Handlungsweisen, insbesondere in Ministerien, in öffentlichen Verwaltungen – ich kann das sagen, weil ich bisher insgesamt 28 Jahre in unterschiedlichen öffentlichen Verwaltungen gearbeitet habe, und dieses Mitdenken, dieses Querdenken ist ein wichtiges Thema –; und der Konvent hat uns gesagt: Macht noch eine aktivere Öffentlichkeitsarbeit. Aber wir brauchen noch mehr operationalisierte Ziele, denen wir nachgehen; daran arbeiten wir.

Und Herr Kühn hatte dann noch einmal das Thema energetische Sanierung im Quartier. Das kurz gezeigte Quartier Schottenhöfe in Erfurt ist so ein Beispiel, wo der Altbau nur mit Augenmaß saniert wurde und der Neubau überkompensiert, was der Altbau eigentlich leisten müsste, und das mit einer Blockstruktur, sozusagen einem Blockenergiekonzept versehen ist. Solche vielfältigen, kleinteiligen Energiekonzepte sind natürlich Thema der Energiewende, aber auch der Baukultur, weil man damit wirklich gestalten kann.

Das Thema öffentlicher Bodenpolitik. Ich habe die BImA jetzt nur als Beispiel genommen, weil wir hier auf der Bundesebene sind. Das ist ja auch in

Kommunen eine Erfahrung, dass man Stadtentwicklung am besten mit eigenen Grundstücken steuern kann, wenn man sie nicht sofort und bedingungsfrei und zum Höchstpreis verkauft. Das ist in Hamburg – ich komme aus Hamburg – der Fall gewesen: Die gesamte HafenCity ist im Konzeptverfahren entwickelt worden, ist nur konditioniert mit Qualitätsaspekten weitergegeben worden. Man hat dann auch das Privatrecht des Grundstückskauf- oder Mietvertrages zur Hand und nicht nur das öffentliche Planungsrecht. Und ähnlich verhält es sich mit Berlin, das jetzt auch eine aktive Bodenpolitik anfängt, die darin besteht, zu kaufen, zu verkaufen und letztlich auch Grundstücke zu halten und beispielsweise in Erbpacht zu vergeben – auch darin liegen ja durch die Stillhalteerklärung über 100 Jahre Gestaltungsmöglichkeiten; das halte ich für wichtig. Und die BImA als größter Grundeigentümer Deutschlands hat im Moment per Gesetz die Verpflichtung, Finanzaufgaben zu erfüllen. Die Gesetzeshoheit ist beim Parlament. Auch das könnte man natürlich intensiver mit Gestaltungsaufgaben verbinden.

Ich glaube, das waren so im Wesentlichen die Punkte. Und es kam mehrfach die Frage: Ist die Stiftung da eingebunden, kann die Stiftung das machen? Deshalb will ich nur am Schluss noch einmal sagen: Sehr, sehr gerne, aber überschätzen Sie uns nicht; wir sind einfach vergleichsweise klein. Ich sage immer: Unsere Schwesterstiftung, die DBU, mit der wir übrigens intensiv kooperieren, mit Herrn Dr. Bottermann, hat im Moment 185 Mitarbeiter; wir haben fünf feste Stellen, das ist also ein ungleiches Verhältnis. Und dennoch können wir mit den nachgeordneten Bereichen, dem BBR, dem UBA, der DBU usw. natürlich sinnvolle Sachen machen. Also wir haben Potential, wir haben auch einen guten Willen, aber wir können nicht alles schaffen.

Zwischenruf Abg. **Christian Kühn** (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wettbewerb?

Reiner Nagel (Bundesstiftung Baukultur): – Entschuldigung, ja, Wettbewerbe. Viele Architekten sagen sicher, dass damit auch eine Ressourcenfrage verbunden ist. Wir können uns nicht auf ein Wettbewerbsverfahren einstellen, bei dem jedes Büro sozusagen in der Größenordnung einen Polo einsetzt, um eine Idee zu produzieren, die die Politik



nur mal so zur Richtungsdiskussion nutzt. Wenn es aber um ernsthafte, relevante Themen geht, dann ist der Wettbewerb immer noch die beste Lösung, um dann auch wirklich gute Qualität zu produzieren. Und der Bund ist schon Beispiel; also BBR usw. – da ist das immer in der Suchmaske drin: Machen wir einen Wettbewerb, ist das machbar, ist das von der Aufgabe her leistbar? Und die Zahl der Wettbewerbe nimmt auch über die Jahre zu, aber sie könnte natürlich auch noch mehr werden und sie muss mit Augenmaß so durchgeführt werden – vielleicht über Vorauswahlverfahren –, dass sie dann wirklich einen Kraftschluss hat. Ich als Vertreter der Bundesstiftung bedauere, dass dieses kooperative Wettbewerbsverfahren im Städtebau verloren gegangen ist, denn nach meiner Erfahrung kann man Städtebau nur durch Dialog entwickeln und nicht durch Ideen, die dann über das Urheberrecht unantastbar sind. Also wir bräuchten auch wieder ein kooperatives Wettbewerbswesen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Nagel. Weil Sie das Thema Hamburg angesprochen haben als positives Beispiel, nur eine Bemerkung von mir: Das ist auch eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Olympiabewerbung Hamburgs. Also hier sind gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Aber es waren auch konkrete Fragen an die Bundesregierung. Herr Staatssekretär Pronold. Bitte.

PStS Florian Pronold (BMUB): Ich habe hier eine konkrete Frage vernommen. Die bezog sich auf die 30 Handlungsfelder. Da der Herr Kühn den Bericht sicherlich ausführlich gelesen hat, weiß er, dass die 30 Handlungsfelder unterteilt sind und sich an unterschiedliche staatliche und gesellschaftliche Akteure richten und die auf den Bund bezogenen Handlungsfelder überschaubar sind. In der Pauschalität, wie sie dort stehen, kann ich ja sagen: Natürlich ist das etwas, dem man sich in vielen Fällen nähern wird. Aber ich glaube, es kommt sehr genau darauf an, dass wir das punktgenau an verschiedenen Projekten umsetzen, die wir auch angehen. Wenn wir z. B. die Frage von mehr Plaketten und Preisen unter den Handlungsempfehlungen haben, dann machen wir, Herr Kühn, schon gemeinsam mit der nächsten Runde der national bedeutsamen Maßnahmen eine solche ganz konkrete Umsetzung dieses Schrittes und, glaube ich, bringen damit

auch das, was städtebaufördermäßig eigentlich immer regional begrenzt bleibt, in eine höhere Wertigkeit. Und darum geht es, glaube ich, auch, dass man insgesamt in vielen Feldern, in denen wir handeln, dem Thema Baukultur einen entsprechenden Stellenwert zuweist, weil ich den Eindruck habe – das haben Sie ja selber in Ihrem Vortrag auch gesagt –, dass das, was da steht, eigentlich von den Leuten als selbstverständlich genommen wird, dass die Wertschöpfung im Baubereich im Vergleich zu anderen Industriezweigen unterschätzt wird und dass es ganz wichtig ist, dass wir an diesen Stellen immer wieder an konkreten Punkten weitergehen.

Ich würde nur eine Sache noch ansprechen wollen, die mir in Ihrem Vortrag aufgefallen ist, weil ich finde, dass man mit Zahlen natürlich Dinge sehr schön veranschaulichen kann; manchmal mag es auch sein, dass Interessen dahinter stehen. Wir alle haben, glaube ich, das Interesse, dass wir auch in die strukturelle Förderung von Bau in der öffentlichen Hand mehr Geld bekommen, aber das Verhältnis von 1,5 Milliarden Euro, die die öffentliche Hand in die Infrastruktur investiert, zu 15 Milliarden Euro, die wir über Wohngeld oder anderes ausgeben, würde ich so nicht ganz teilen. Allein wenn ich mir die Mittel von Bund, Ländern und Kommunen anschau, die jedes Jahr in die Städtebauförderung gehen – da sind wir schon deutlich über den Betrag hinaus, den Sie mit 500 Millionen Euro genannt haben. Nichts destotrotz will ich einmal sagen, dass wir dort auch weiter Bedarf sehen und mit dem Investitionsprogramm, das wir jetzt machen, auch dort weitere Akzente setzen wollen und es richtig ist, dass man das Verhältnis zwischen Sozialleistungen, die man in diesem Bereich macht, und dem, was man an Infrastrukturinvestitionen macht, näher zusammenbringen muss. Das teilen wir und auch das versuchen wir im praktischen Handeln so schnell es geht umzusetzen.

Ich wollte mich noch einmal, auch im Namen der Bundesregierung, für diesen Bericht bedanken. Es ist ja das erste Mal, dass wir den auch im Kabinett zum Gegenstand gemacht haben; auch das unterstreicht, glaube ich, die höhere Bedeutung, die dem Thema jetzt beigemessen wird. Und wir haben diese Handlungsempfehlungen als Bundesregierung bewusst erst einmal entgegen genommen, weil wir es als wichtige Diskussionsgrundlage für



viele gesellschaftliche Akteure – auch in der Politik, aber nicht nur in der Politik – sehen, um an diesem Thema erfolgreich weiterzuarbeiten. Und wir haben ja, wenn ich an einige Jubiläen in nächster Zeit denke, z. B. Bauhaus und andere Dinge, in den nächsten Jahren auch noch eine ganze Menge an Möglichkeiten, die wirklich tollen Leistungen deutscher Baukultur im besten Sinne aufzupolieren und nicht nur im Sinne von „wir bewahren die Asche“ daran zu erinnern, sondern „wir halten die Flamme am Leben“ in dieser Frage; und da ist Ihre Stiftung, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiger Bestandteil, diese feurige Arbeit aufrecht zu erhalten.

Abg. **Marie-Luise Dött** (CDU/CSU): Nur ein Zwischenruf. Also das ist ja der Olympiagedanke: Wir halten nicht nur die Flamme am Leben, sondern wir wollen sie auch weitertragen. Wir sind ja hier Schnittstelle zwischen Bau und Umwelt und verstehen uns auch teilweise so. Vielleicht eine Frage, die in der Zukunft sehr auf uns zukommen wird, ist die Lärmbelastung in Städten. Sie sind ja teilweise auch darauf eingegangen, brauchen es heute auch nicht zu beantworten, aber in Zukunft haben wir ja dann diese Lärmthematik hier insgesamt, die 18. BImSchV, und in diesem Zusammenhang sollten wir vielleicht auch die Brücke zum Bauen schlagen. Wir reden immer über Lärmwände; Sie hatten ein Bild davon, wie man das auch positiv gestalten kann; in einigen Ortschaften gehen dann auf einmal Lärmwände quer durch die Stadt, weil eine neue Eisenbahntrasse gelegt wird, und so trennt man ganze Stadtteile voneinander. Dass wir dort einfach einmal darüber nachdenken: Wie kann man das denn so gestalten, dass wir beide Sachen in Einklang bringen? Und wenn Sie da von Anfang an mit eingebunden werden, würde ich – und, ich denke, der gesamte Ausschuss – das sehr schön finden. Deswegen habe ich mir diesen bisschen längeren Zwischenruf erlaubt.

Vorsitzender: Gerne, vielen Dank. Herr Nagel, ich danke auch Ihnen recht herzlich für Ihren Bericht hier im Bauausschuss. Wenn jetzt keine konkreten Nachfragen mehr sind, dann... Josef?

Abg. **Josef Göppel** (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Nachfrage zu Ihrer Bemerkung „mit den Augen eines Achtjährigen sehen“. Die Moden der Architekturbewegungen und der Architekten sind scheinbar unaufhaltsam; die gehen wie Meereswellen

über das Land. Momentan haben wir die Architekturmode mit Fenstern im Breitformat, die wie Schießscharte wirken, kalt abweisend wirkende Wände. Ich frage mich manchmal, wie sich Kinder in dieser kalten Architekturwelt fühlen, wenn sie in dieser Welt aufwachsen. Herr Nagel, ich hätte dazu gerne noch ein kurzes Wort von Ihnen gehört, denn früher waren die Gebäude durch die Materialien beschränkt. Wenn man z. B. nur mit Holz bauen konnte, ohne Leimbinder, waren nur bestimmte Spannweiten möglich; oder eben auch mit dem Stein als solchem, mit dem Blockstein. Jetzt ist das alles nicht mehr bindend; man kann weite Spannweiten machen, große, kahle Wände. Und umso wichtiger ist es ja, die Baukultur zur Geltung zu bringen. Ich fand Ihre Worte von einem sehr behutsamen Geist geprägt und klar ist, dass Sie das mit fünf Leuten nicht wenden können. Trotzdem ist es wichtig, diese Stimme zu erheben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nagel noch einmal.

Reiner Nagel (Bundesstiftung Baukultur): Ich kann da noch kurz etwas zu sagen. Wir arbeiten jetzt am nächsten Baukulturbericht und uns ist klar, dass das Thema der klassischen Ästhetik, das man auch mit der Stiftung verbindet, im jetzigen Baukulturbericht noch wenig vorkommt; also Architekturqualität, Qualität von Städtebau und gebauten Räumen – das werden wir mit dem nächsten Baukulturbericht, der sich mit Stadt und Land beschäftigt, in noch stärkerer Weise wahrnehmen. Da kommt das ganze Thema Orts- und Landschaftsbild dazu und es ist vollkommen richtig: Es ist natürlich auch eine Funktion der zunehmend anonymen Bauherrenschaft aus Kapitalverwertungsstellen usw., die Entscheidungen trifft, im Sinne von Investorenarchitektur zu bauen. Wir brauchen aber zunehmend auch individuelle Bauherrenstrukturen, die dann wiederum ganz andere Entscheidungen treffen, die stärker auf regionales Bauen und regionale Bautraditionen setzen und die vor allen Dingen diesen menschlichen Maßstab, den Sie ansprechen, stärker beachten.

Also ich glaube auch, im Moment wird ein Großteil der Architektur auch von der Bevölkerung nicht als attraktiv empfunden, aber da, wo wir quasi ein gutes Verhältnis von Nutzer, Architektenqualität und Bauherrenschaft haben, gibt es vorzeigbare gute



Beispiele. Für mich macht sich das daran fest, dass das häufig die Architekturbilder sind, auf denen auch Menschen zu finden sind, und nicht diejenigen, wo nur im gleißenden Sonnenlicht ein Gebäude ohne Menschen steht. Also daran arbeiten wir jetzt, dass wir da das Thema Gebäude, aber auch öffentlicher Raum, Umfeld, Qualität usw. im Integral noch genauer angucken.

Und ich wollte damit auch – das ist ja eine vorsichtige Anfrage – noch einmal so eine Art Resümee aus meiner Sicht verbinden. Baukultur ist aus politischer Sicht vermutlich kein großes Problemfeld. Sie haben alle einen vergleichsweise geringen Leidensdruck, verglichen mit anderen Themen. Aber es ist ein gigantisches Potentialfeld, in dem man sehr vieles machen kann, was man auch politisch kodieren kann, weil es nämlich bei der Bevölkerung positiv aufgenommen wird. Dafür wollte ich noch einmal werben.

Zwischenruf Abg. **Volkmar Vogel** (Kleinsaara): Vergessen Sie den Gewerbebau nicht. Da graut einem manchmal auch...

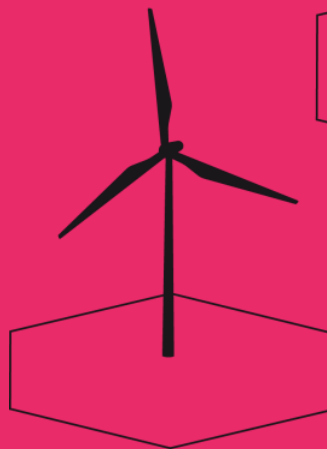
Reiner Nagel (Bundesstiftung Baukultur): – Ja, und der Gewerbebau – das sind übrigens die größten

Portfolien; der wird gar nicht oder häufig nicht gestalterisch bewertet.

Vorsitzender: Vielen Dank. Man kann sicherlich über Geschmäcker auch unterschiedlicher Meinung sein. Ich selbst wohne in einem im Jahre 1888 gebauten Haus; mit einer vernünftigen Sanierung kann man die auch heute noch lebens- und liebenswert gestalten und ich glaube, so sollte es auch sein. Herr Nagel, noch einmal herzlichen Dank. Herzlichen Dank auch für Ihre Arbeit in der Bundesstiftung Baukultur. Ja, Sie dürfen applaudieren. Vielen Dank, dass Sie da waren, und ich hoffe, wir werden bei der einen oder anderen Gelegenheit noch einmal miteinander reden können. Ich bedanke mich auch bei der Bundesregierung für Ihre Teilnahme, bedanke mich insbesondere beim Ausschussesekretariat für Ihre Arbeit und bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Umwelt- und Bauausschusses, dass Sie mich heute als Stellvertreter ertragen haben. Vielen Dank auch an die Öffentlichkeit für Ihr Interesse. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12:55 Uhr

Artur Auernhammer, MdB
Vorsitzender



Reiner Nagel
Vorstandsvorsitzender der
Bundesstiftung Baukultur



Baukulturbericht 2014/15

der Bundesstiftung Baukultur

43. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz Bau und Reaktorsicherheit
am 25. März 2015, 12.00 Uhr , Paul-Löbe-Haus – öffentliches Fachgespräch

Die Bundesstiftung Baukultur

Profil:

**Die Bundesstiftung Baukultur ist eine Stiftung öffentlichen Rechts.
Sie ist 2006 durch Bundesgesetz errichtet worden, mit dem Auftrag,**

**die Möglichkeiten und die Qualität guten Planens und Bauens
gegenüber einer bundesweiten, allgemeinen Öffentlichkeit herauszustellen**

und

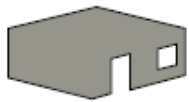
**die Leistungsfähigkeit von Architekten und Ingenieuren in Deutschland
international noch besser darzustellen**

und als Kommunikationsstiftung

alle zwei Jahre einen Bericht zur Lage der Baukultur in Deutschland vorzulegen

Roter Handlungsfaden Baukulturberichts 2014/15

- Werkstätten
- Begleitkreise
- Verbändegespräch



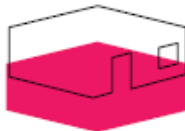
Vorwort



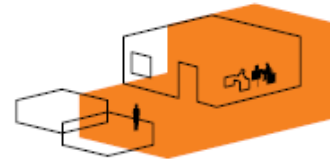
1. Mehrwert
Baukultur



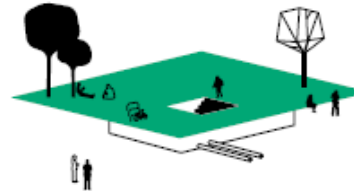
2. Akteure
der Baukultur



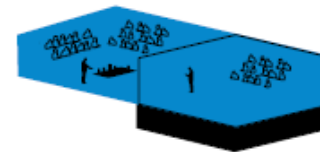
3. Herausforderungen
für die Baukultur



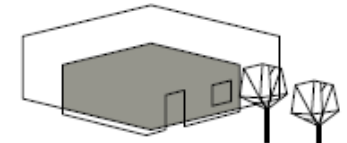
4. Wohnen und
gemischte Quartiere



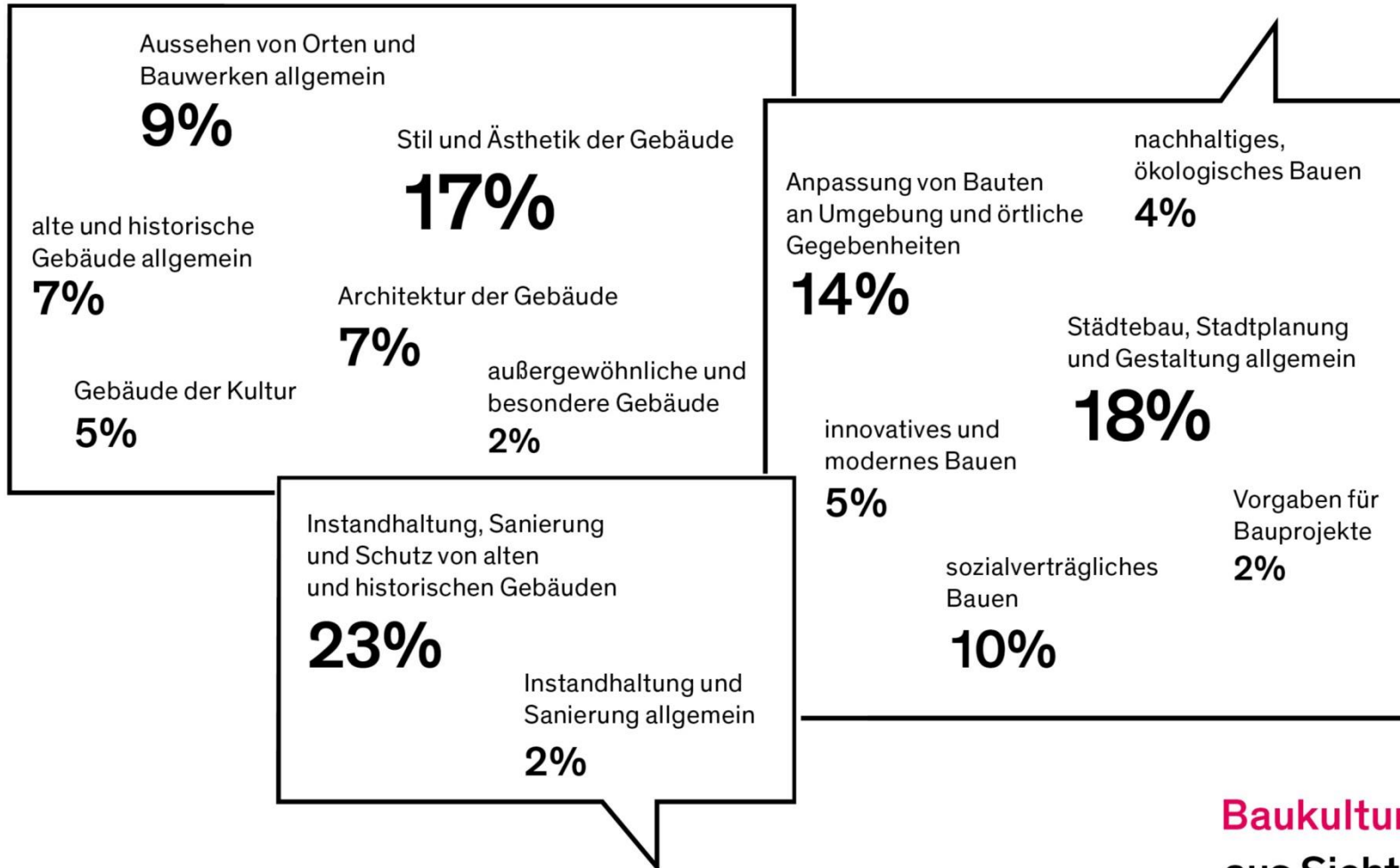
5. Kapitel
Öffentlicher Raum
und Infrastruktur



6. Kapitel
Planungskultur
und Prozessqualität

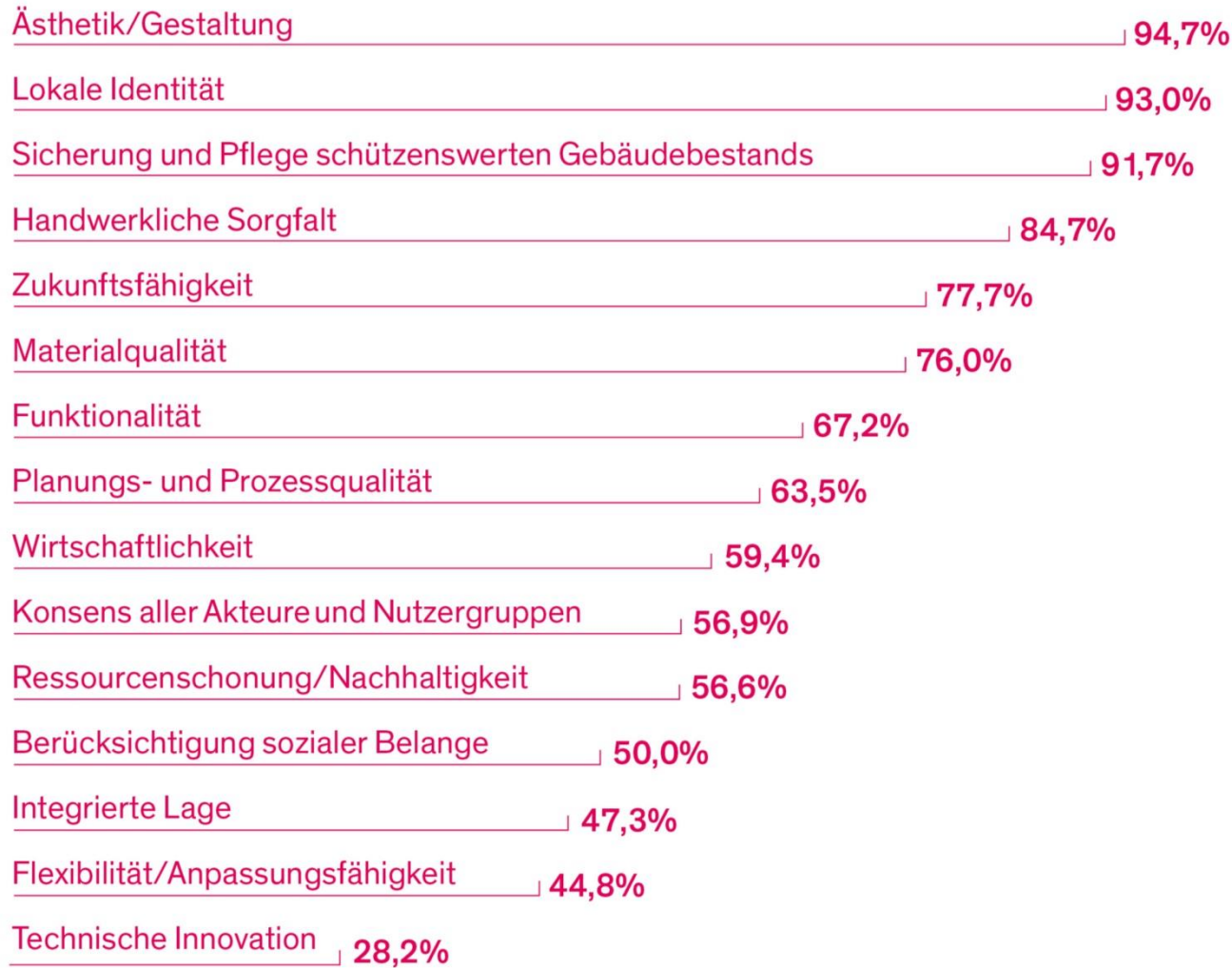


7. Handlungsempfehlungen
der Bundesstiftung Baukultur



Baukultur ist vielfältig aus Sicht von Bürgern

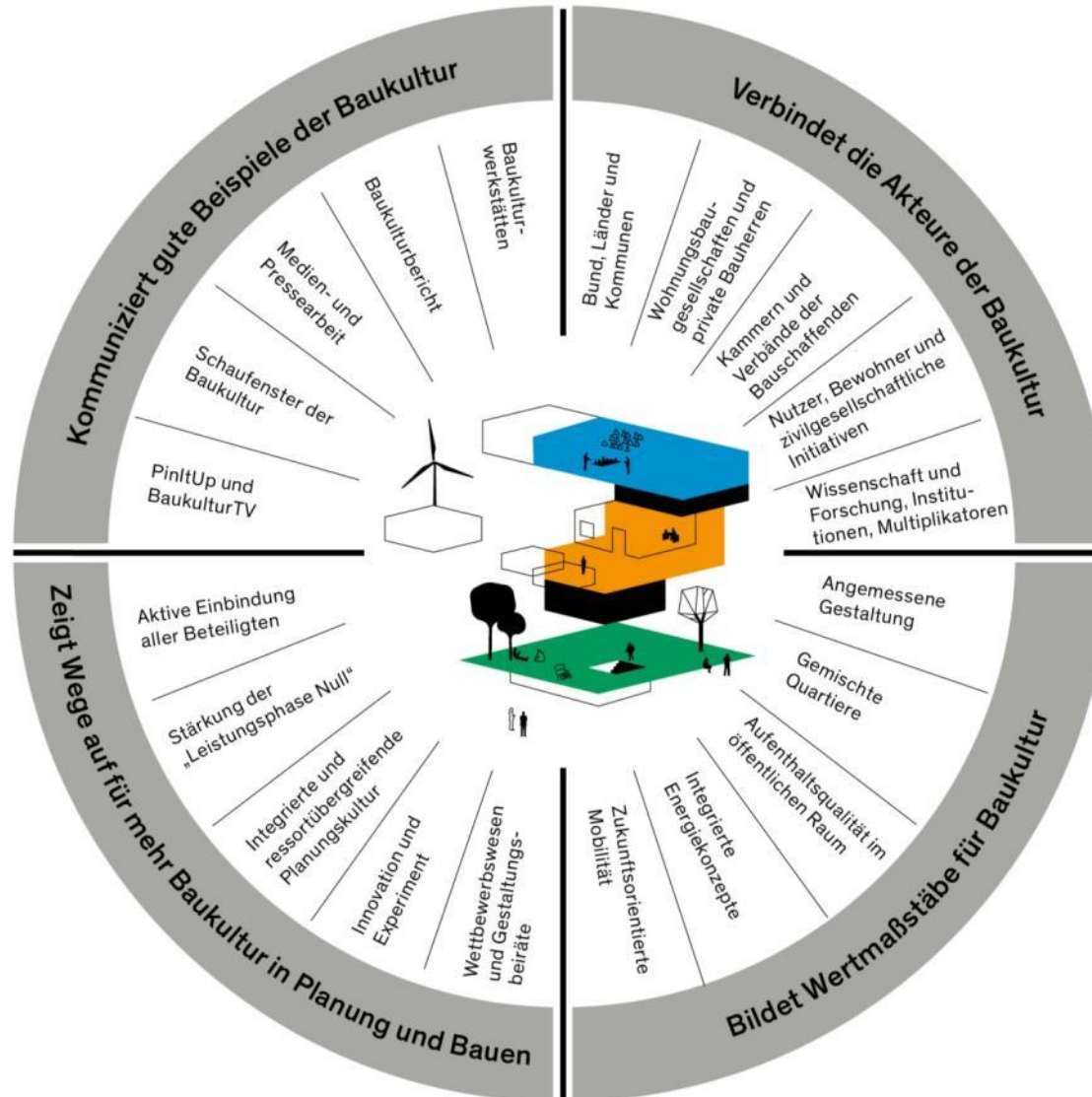
Wenn Sie den Begriff „Baukultur“ hören: Woran denken Sie dann?
Was ist Ihrer Meinung nach mit Baukultur gemeint?
(freie Nennungen befragter Bürger, Mehrfachnennungen möglich)



Baukultur ist vielfältig aus Sicht von Experten

Wie wichtig sind aus ihrer Sicht die folgenden Kriterien für Baukultur?
(Antworten kommunaler Stadtplanungsämter mit Angaben „wichtig“ bzw.
„sehr wichtig“, Mehrfachnennungen möglich)

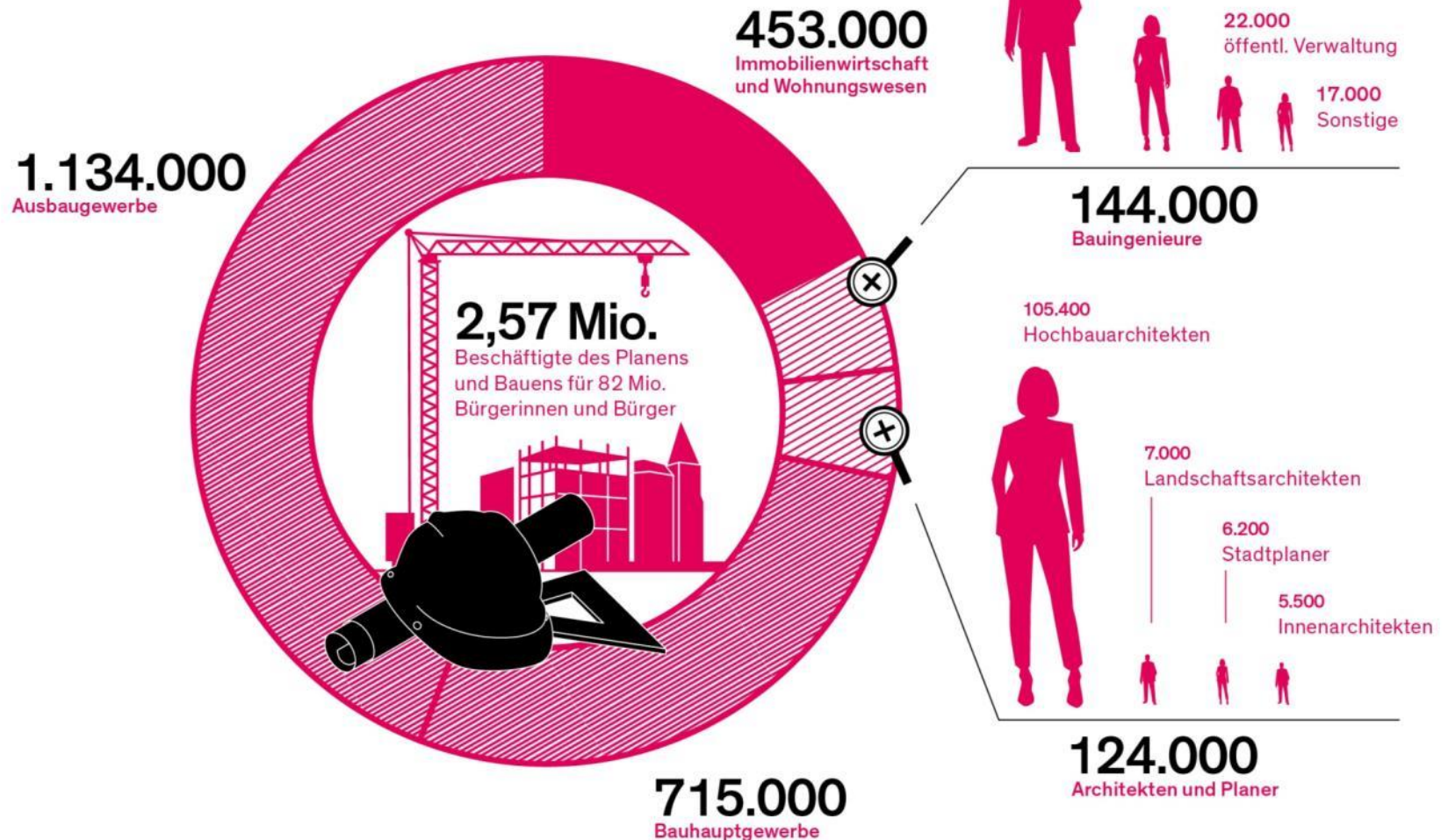
Identität: Tätigkeitsfelder der Bundesstiftung Baukultur



Wer am Planen und Bauen beteiligt ist

Gesamtbeschäftigte ausgewählter Berufe des Planens und Bauens in Deutschland 2011

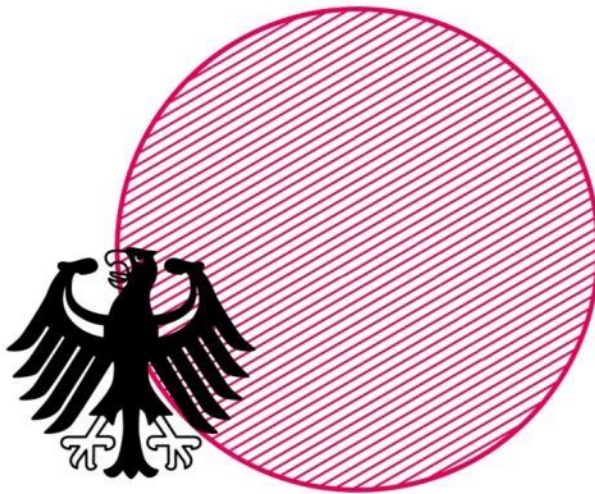
Quelle: BMVBS 2012a; Destatis 2012a; BAK 2013; BINGK 2012



Wie viel wird in Deutschland gebaut?

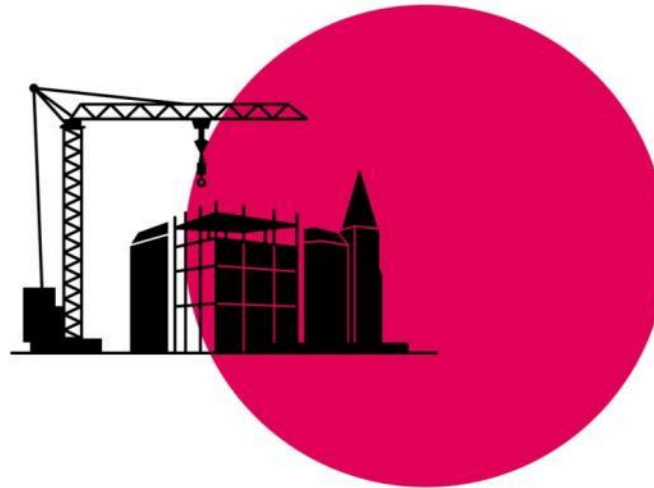
Bauvolumen in Deutschland im Größenvergleich

Quelle: BMVBS 2012a; BMF 2014; BMWi 2012; DAT 2013



gesamte Staatsausgaben
Deutschlands 2012

311,6 Mrd. €



Bauvolumen in
Deutschland 2012

309,4 Mrd. €



Umsatz der Tourismuswirtschaft
in Deutschland 2010

97,0 Mrd. €



Neuwagenmarkt
in Deutschland 2012

82,6 Mrd. €

Wirtschaftsfaktor Planen und Bauen als Chance für die Baukultur



Anteil der Bauleistungen
am Bruttoinlandsprodukt
in Deutschland 2012

10,0%



Anteil von Bauten an den
Bruttoanlageinvestitionen
in Deutschland 2012

56,6%



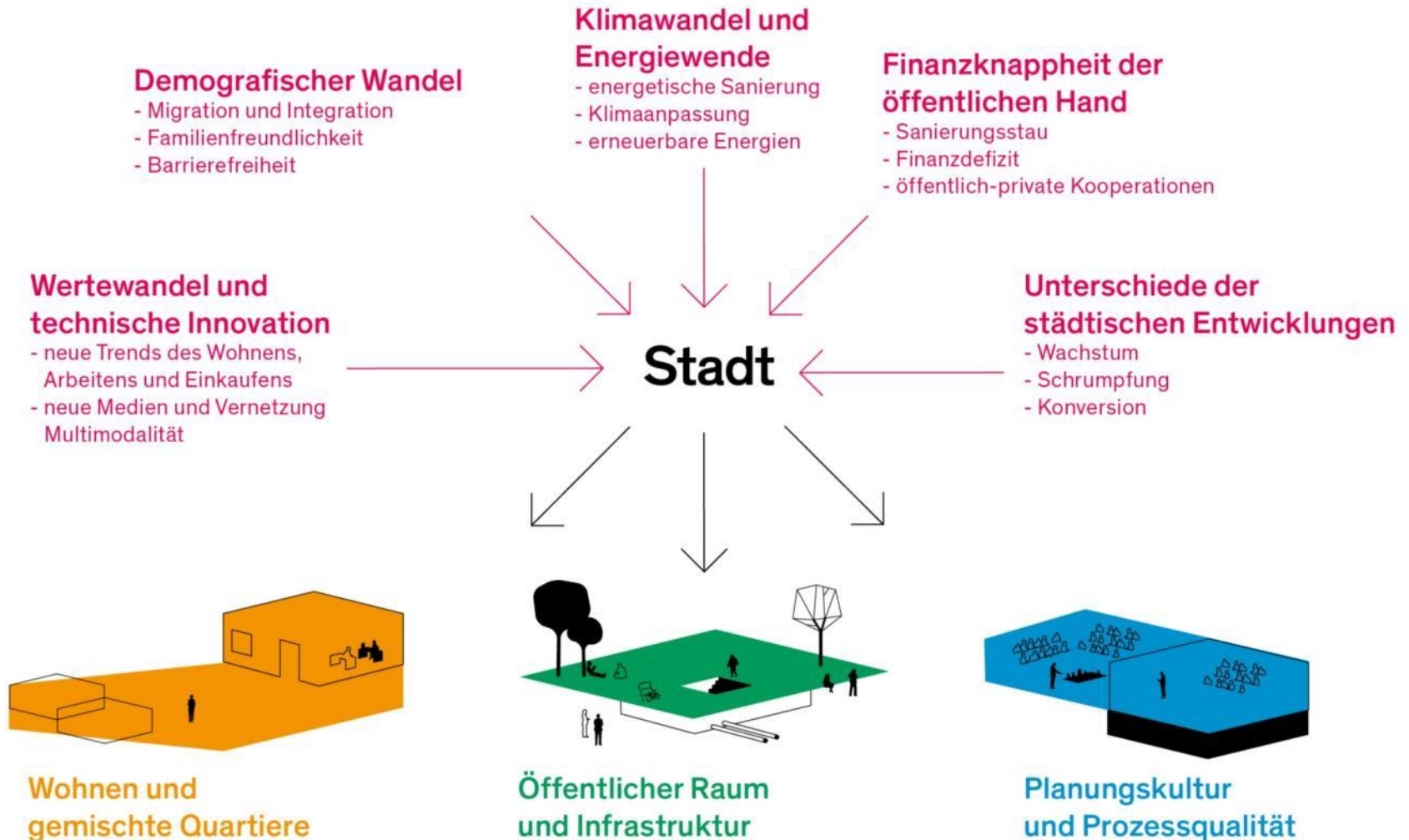
Anteil von Bauten am
Bruttoanlagevermögen
in Deutschland 2012

83,8%

Ableitung der Themen

Herausforderungen für die Städte der Zukunft Einflüsse und Handlungsfelder der Baukultur

Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2014



Baukulturwerkstätten 2014 – Bericht und Stand

Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt

Gemischte Quartiere

18. Januar 2014

Öffentlicher Raum und Infrastruktur

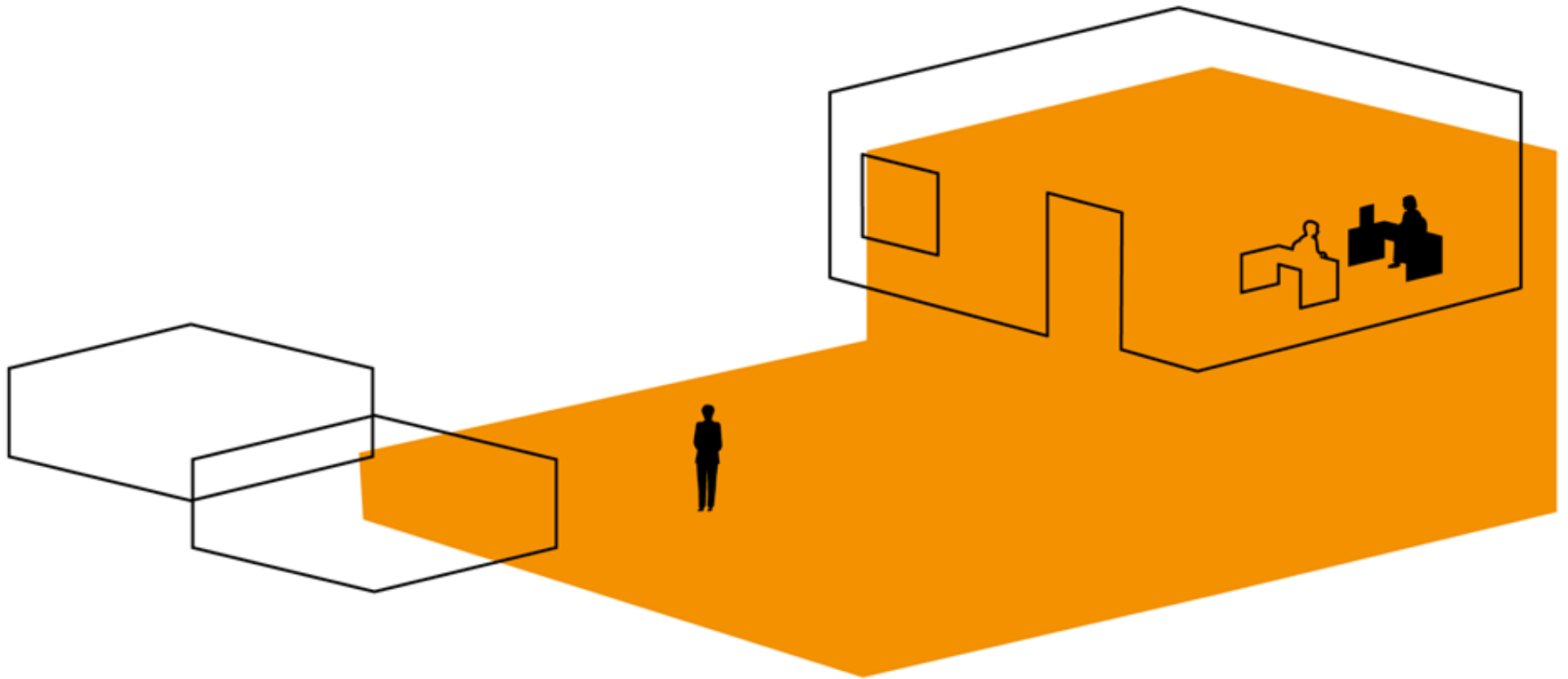
29. März 2014, in Kooperation mit dem BDLA

Planungskultur und Prozessqualität

24. Mai 2014

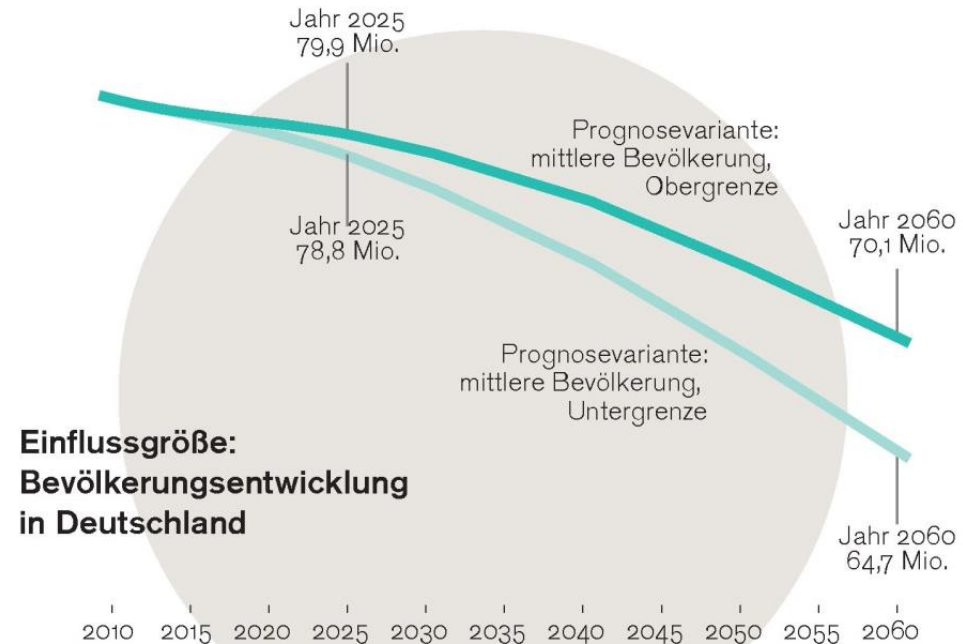
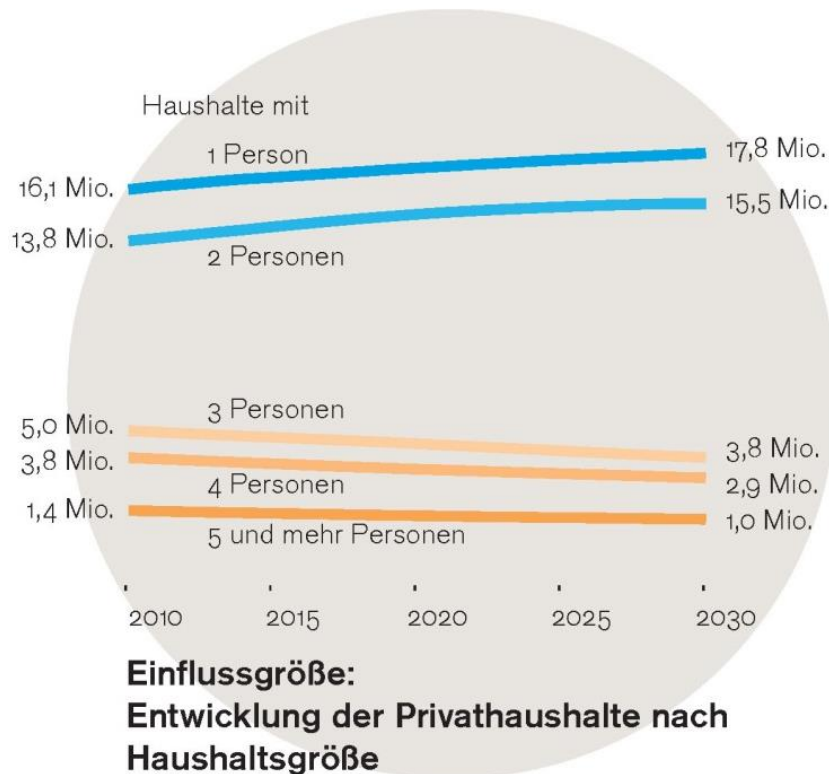


Wohnen und gemischte Quartiere



Rahmenbedingungen für Neubaubedarf

Exemplarische Einflussgrößen

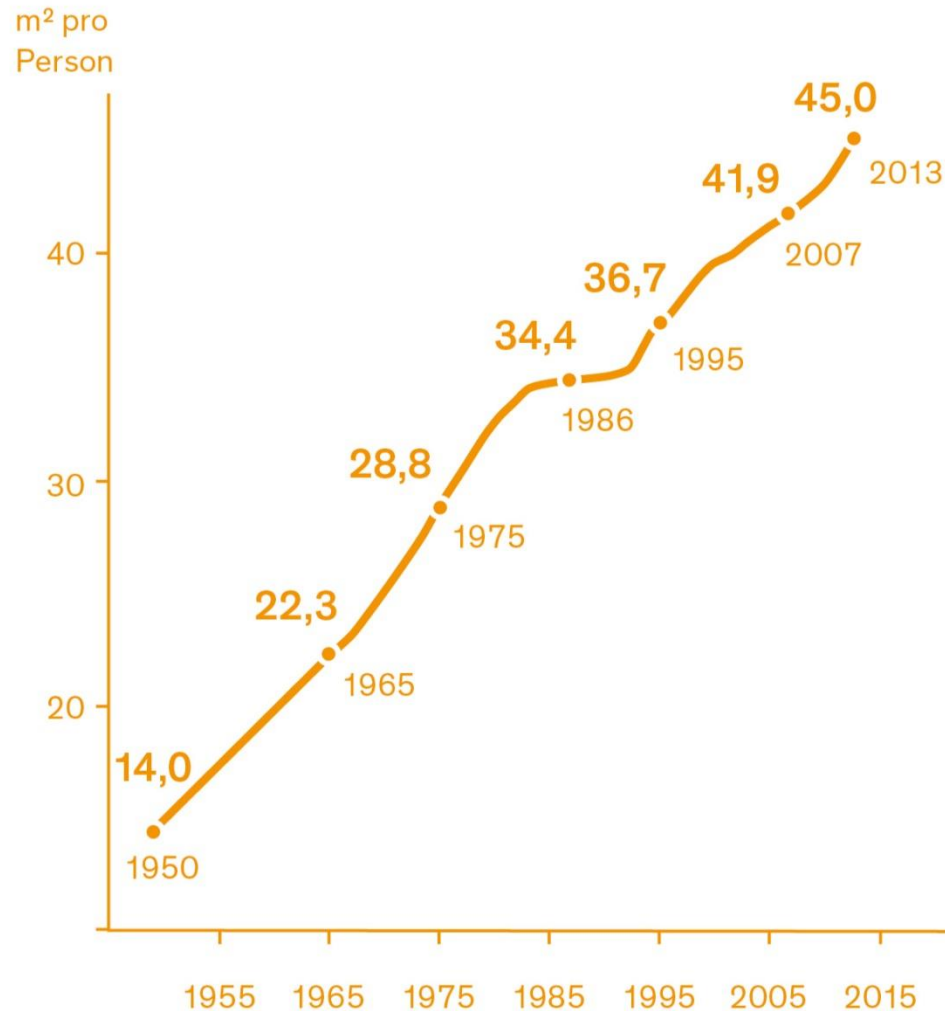


Rahmenbedingungen für Neubaubedarf

Exemplarische Einflussgrößen

Wohnen auf mehr Raum Entwicklung der Wohnfläche pro Person

Quelle: INSM 2009; Destatis 2012b



Vollkosten von Wohnen und Mobilität sprechen für die Stadt



WOHN- UND MOBILITÄTSRECHNER

DES MÜNCHNER VERKEHRS- UND TARIFVERBUNDES



HAUSHALT + ARBEIT

WOHNEN

MOBILITÄT

ERGEBNIS

STANDORTVERGLEICH



RECHNEN SIE MIT UNS

Sie planen, an einen neuen Wohnort in München oder Umgebung zu ziehen? Dann werden Sie darüber nachdenken, wie Haushalt und Arbeiten sowie Wohnen und Mobilität finanziell und umweltbewusst in Einklang zu bringen sind.

Der Bauch sagt schnell ja, wenn das Wohnobjekt im Grünen zum erschwinglichen Preis in greifbare Nähe rückt. Der Kopf aber hinterfragt, wie die Kosten für Auto- oder Bahnnutzung, die Wohnnebenkosten und der erforderliche Zeitaufwand zu bewerten sind.

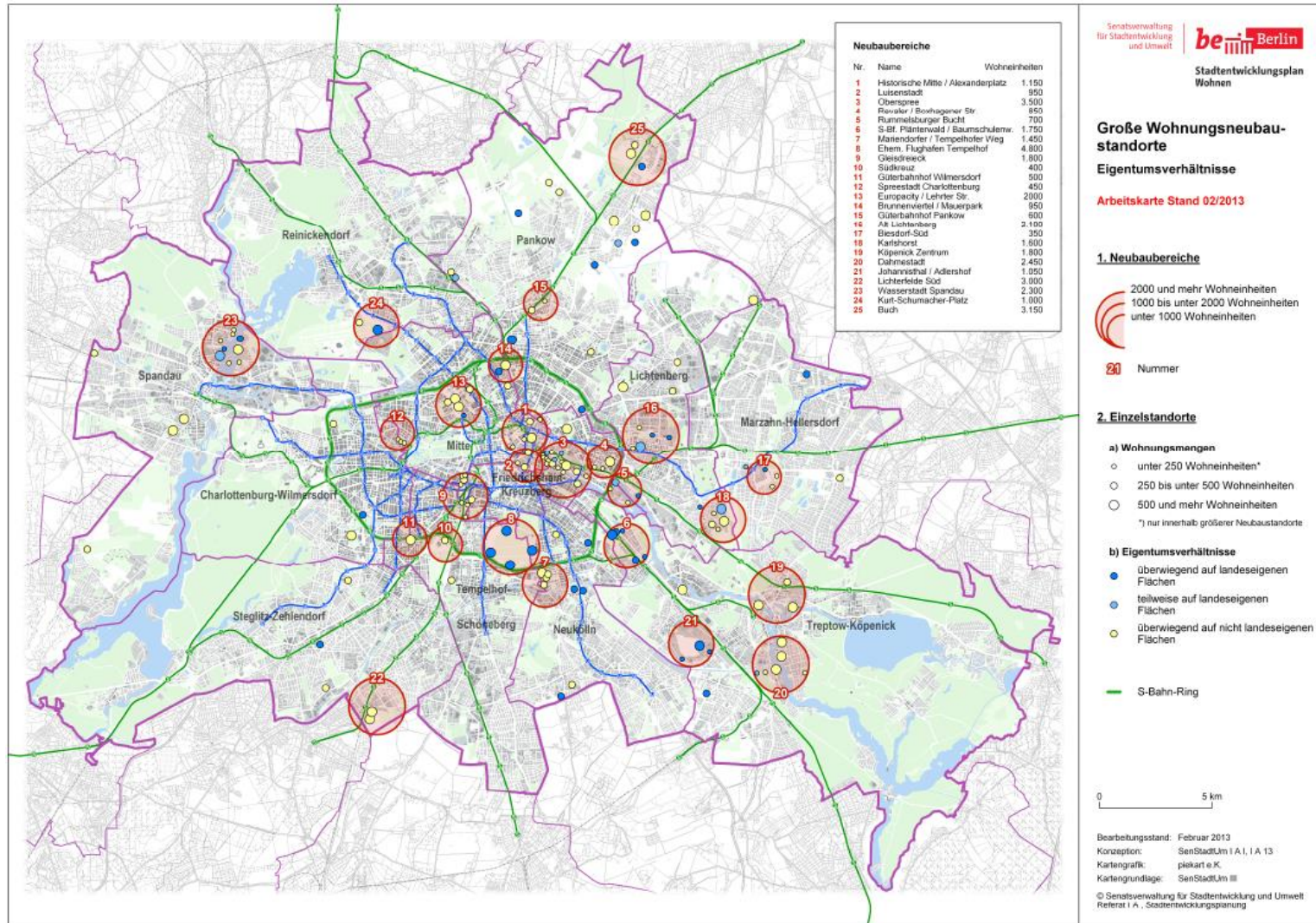
Unser Wohn- und Mobilitätsrechner verschafft Ihnen in drei Schritten Überblick über alle Kosten der möglichen Wohnstandorte – inklusive Vergleich der individuellen Nutzung von Auto oder Bus und Bahn zum Arbeitsplatz. Außerdem informiert Sie dieses Beratungswerkzeug über den Zeitaufwand Ihrer Fahrten und Ihren ökologischen Fußabdruck – gemessen am CO₂-Wert.

Wir freuen uns, Sie bei Ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen.

[Rechner starten](#)

Maßnahmen / Instrumente

Wohnungsbauprogramme – Große Wohnungsneubaustandorte Berlin



Wohnungsbau dominiert

Nominales Bauvolumen 2012 in Deutschland nach Baubereichen in Milliarden Euro

Wohnungsbau

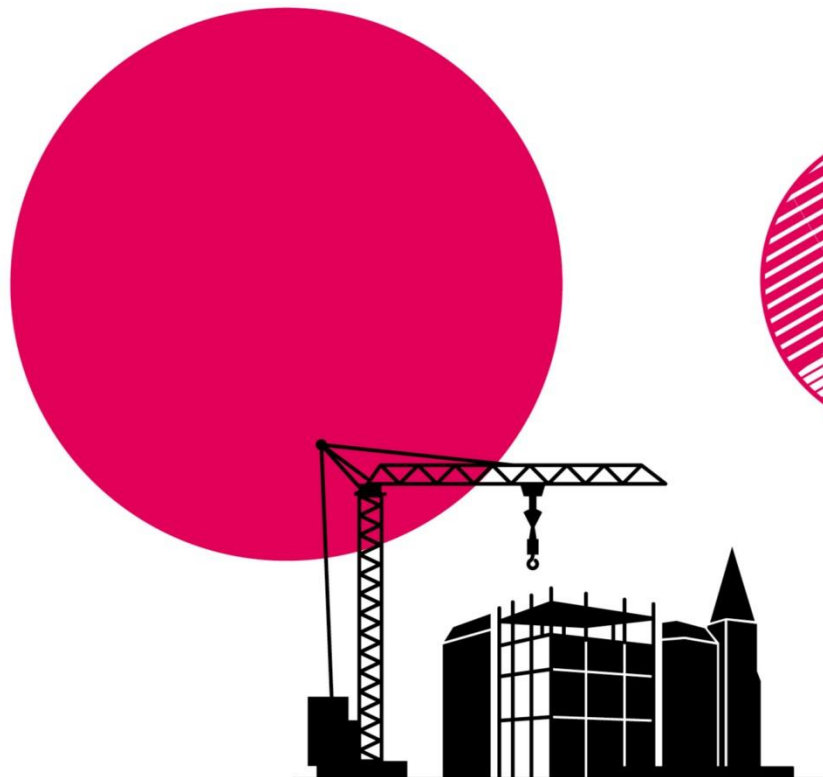
171,5 Mrd. €

Wirtschaftsbau

95,6 Mrd. €

Öffentlicher Bau

42,2 Mrd. €



Hochbau

68,2 Mrd. €



Tiefbau

27,4 Mrd. €

Hochbau

18,3 Mrd. €



Tiefbau

23,9 Mrd. €

Bauvolumen in
Deutschland 2012

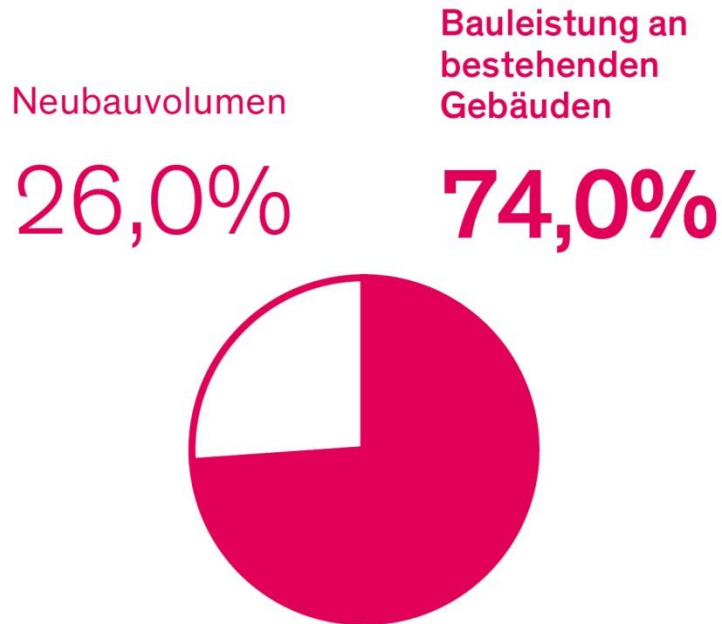
309,4 Mrd. €

Bedeutung von Bestandsentwicklung beim Wohnungsbau

Bestandsentwicklung ist zentral

Struktur des Wohnungsbaus nach Neubau
und Sanierung in Deutschland 2012

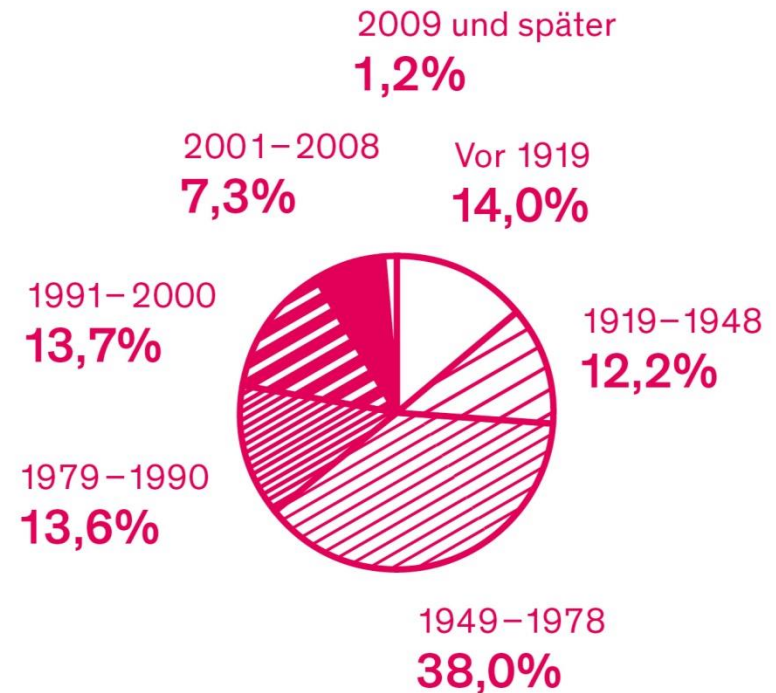
Quelle: BMVBS 2012a



Schwerpunkt Nachkriegsmoderne (1949–1978)

Anteil der Gebäude mit Wohnraum nach
Baujahr in Deutschland 2011

Quelle: Destatis 2013a

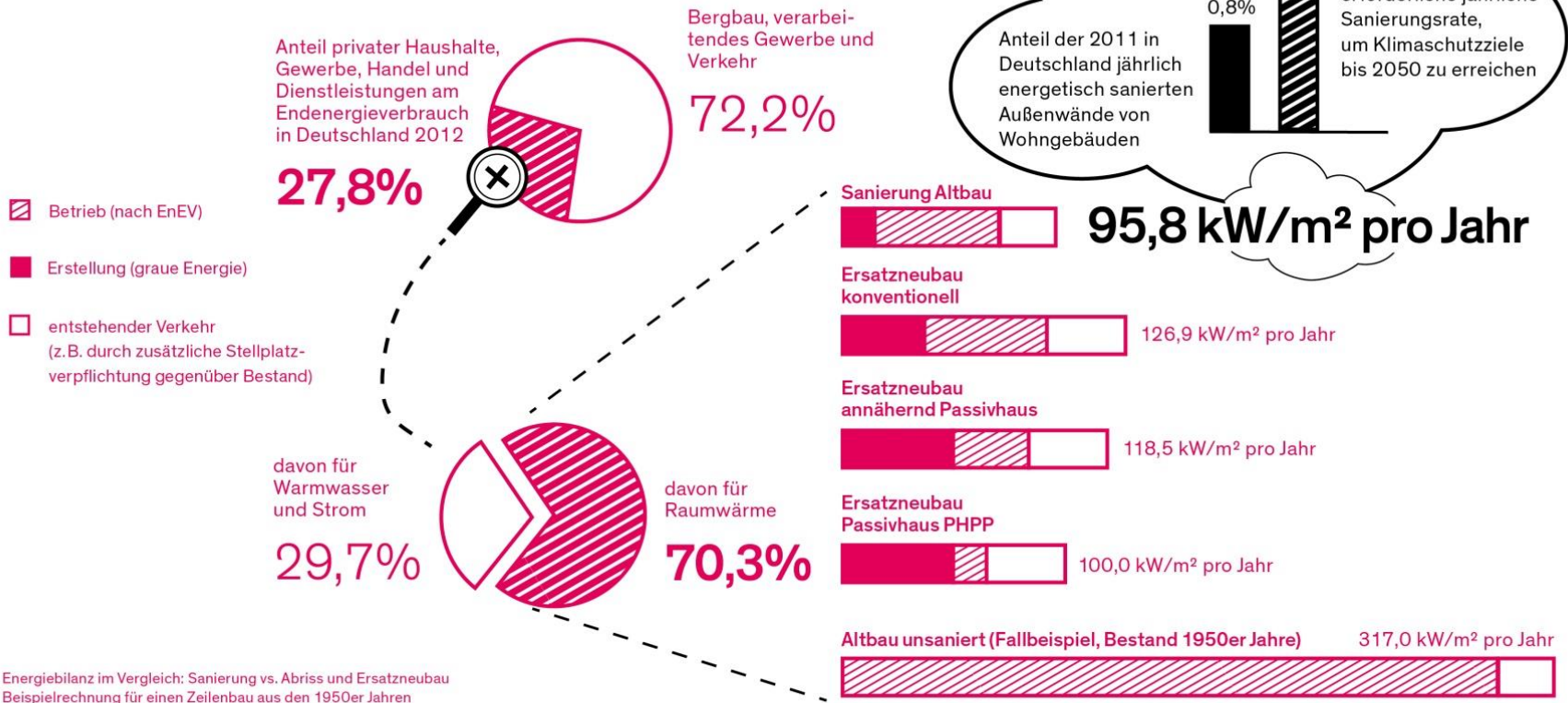


Bestandssanierung mit Augenmass

Wie sollen wir mit dem Bestand umgehen?

Energieverbrauch und die Rolle „grauer Energie“

Quelle: AGEb 2013; Destatis 2014c; DIW 2011; Fuhrhop 2013



Energiebilanz im Vergleich: Sanierung vs. Abriss und Ersatzneubau
 Beispielrechnung für einen Zeilenbau aus den 1950er Jahren
 (Schillerstraße, Bremerhaven)

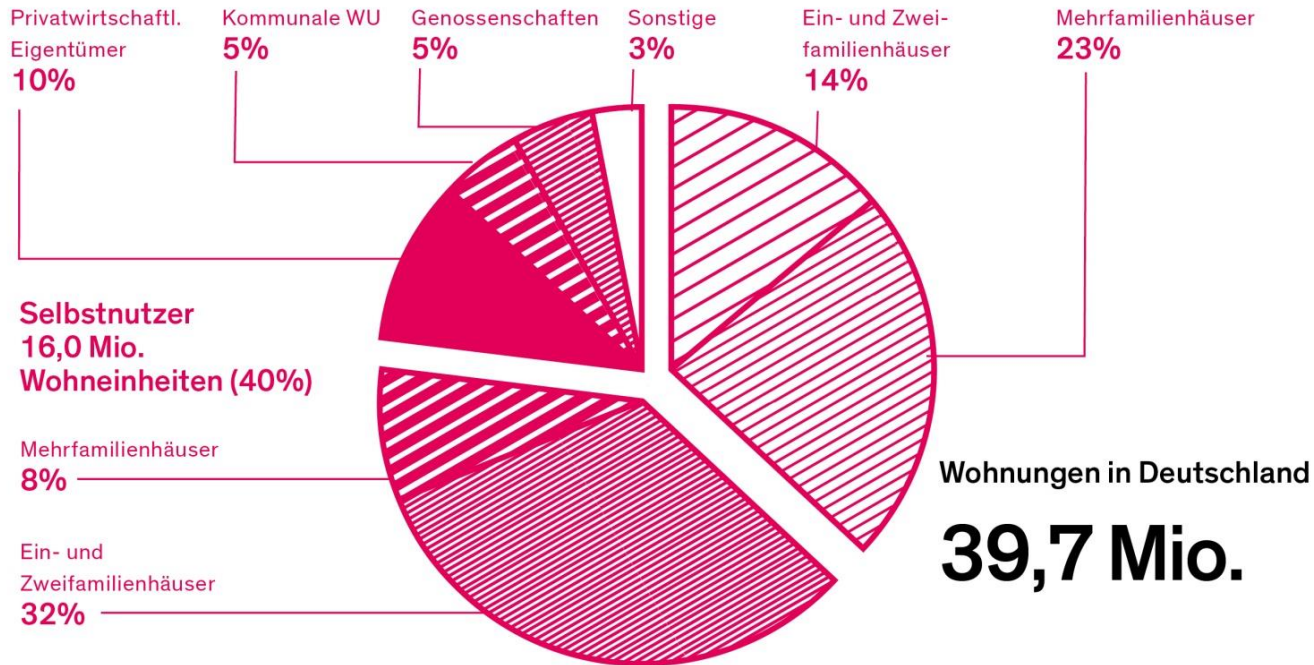
Der Wohnungsmarkt in Deutschland

Wohnungen in privater Hand

Anbieterstrukturen auf dem deutschen Wohnungsmarkt

Professionelle Anbieter
9,2 Mio. Wohneinheiten (23%)

Private Kleinanbieter
14,5 Mio. Wohneinheiten (37%)

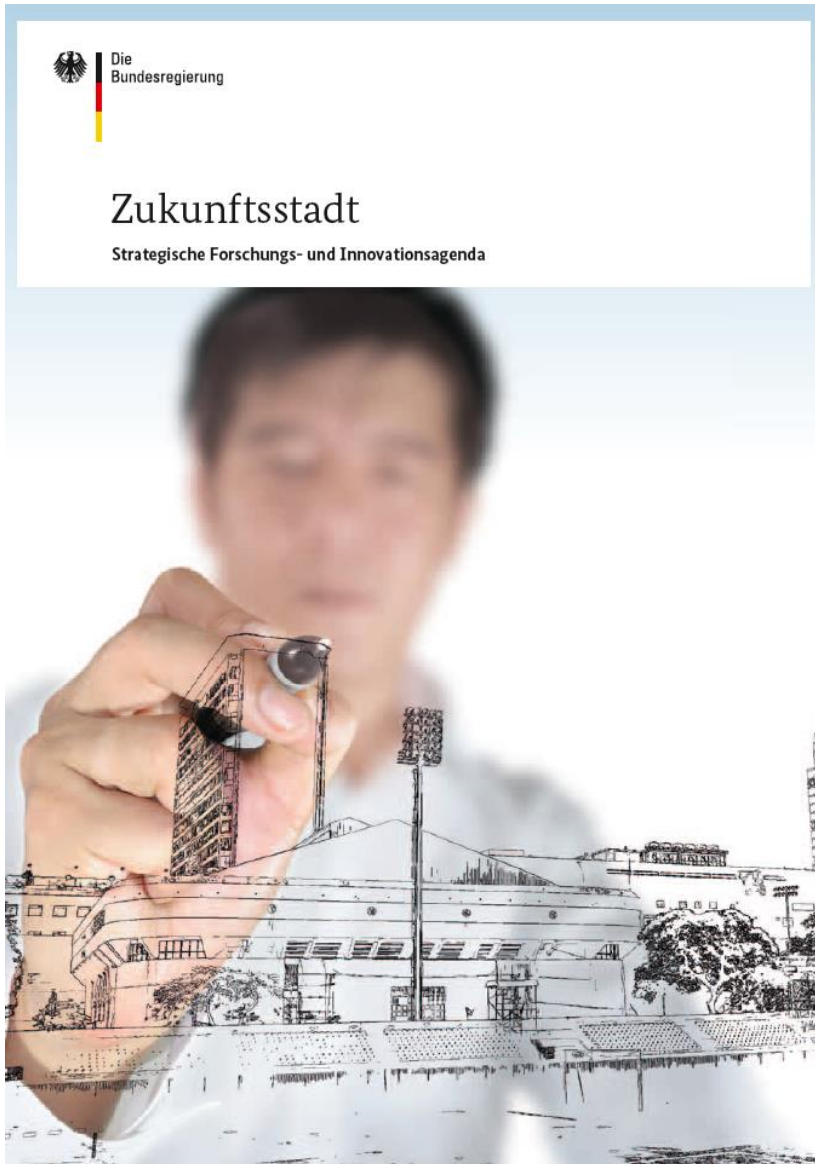


Quelle: BBSR 2011a (Daten von 2006)

Smart Homes als innovatives Zukunftsmodell?



Initiative Zukunftsstadt der Bundesregierung



Haus der
Zukunft 



Quelle: Nationale
Plattform Zukunftsstadt;
Bundesministerium für
Bildung und Forschung
(BMBF)
Referat Nachhaltigkeit,
Klima, Energie

„Jeder Umbau muss eine Verbesserung bewirken“



Forsa-Umfrage - Prioritäten für das eigene Wohnumfeld

Es ist (sehr) wichtig ...

insgesamt

eine gute Erreichbarkeit von
Infrastruktureinrichtungen



dass Gebäude, Straßen und Plätze gut instandgehalten und gepflegt sind



die Nähe zu größeren Parks oder Natur



ein gut geregelter Autoverkehr und Parkmöglichkeiten im
Wohngebiet



ein lebendiges Stadtviertel bzw. Ortskern mit kleinen Geschäften und
Gaststätten



attraktiv und interessant gestaltete Straßen, Plätze und Gebäude



dass das Wohnviertel verkehrsberuhigt und möglichst autofrei ist



Mischung und Kleinteiligkeit gehen, wenn man es will

Besondere Aufmerksamkeit braucht das Erdgeschoss

Tübingen, Französisches Viertel



Erfurt, Schottenhöfe





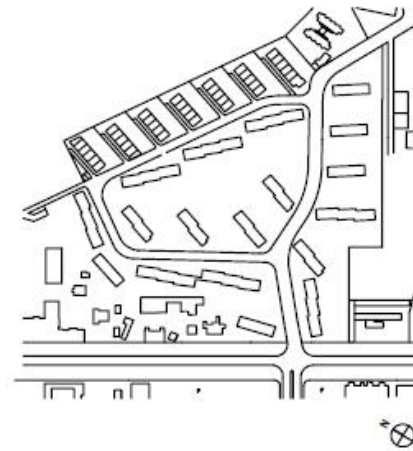
Schottenhöfe, Erfurt,
Osterwold°Schmidt Architekten

Wohnen am Innsbrucker Ring, München

Felix+Jonas Architekten

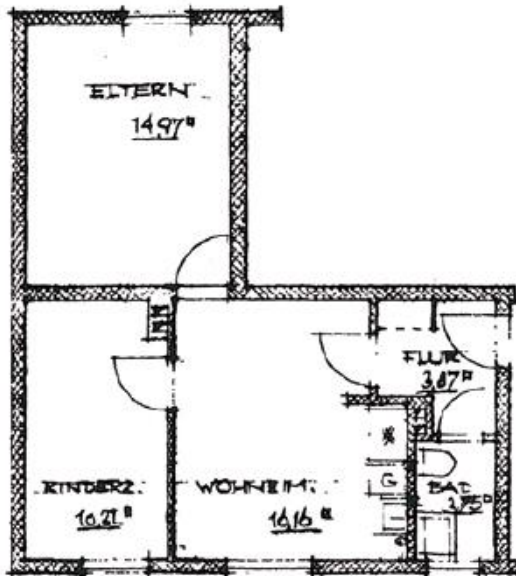


Buchheimer Weg, Köln, Astoc Architekten

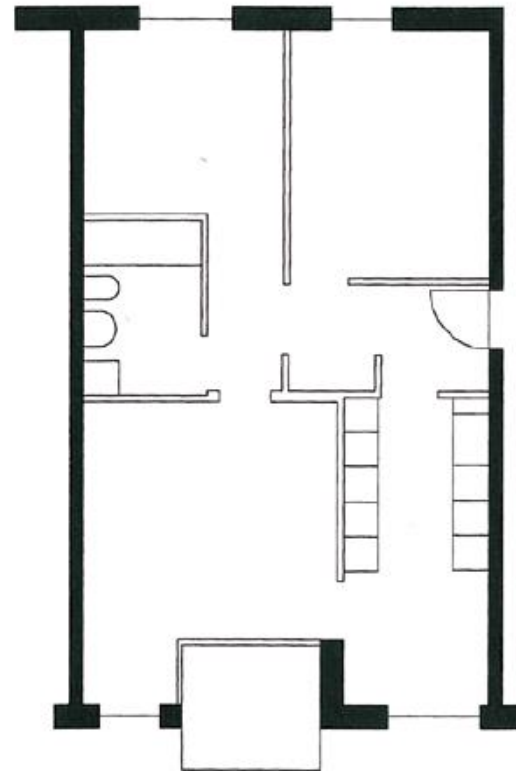


SIEDLUNG
BUCHHEIMER WEG, KÖLN

Grundrisse



vorher



nachher

Soziales Wohnen: Stadt gestalten oder verwalten?

Bundesmittel Sozialer Wohnungsbau: 518 Mio Euro /a

Komplementärmittel Länder und Gemeinden: 500 Mio/a

Ergänzungsmaßnahmen: ca. 500 Mio/a

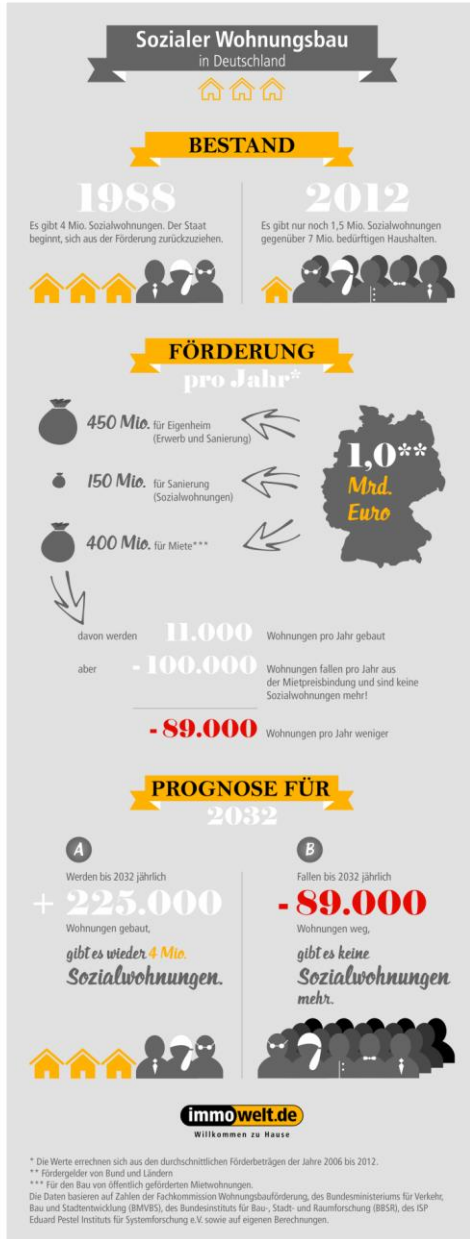
Objektförderung: **ca. 1,5 Mrd Euro/a**

Wohngeld des Bundes: 5,0 Mrd. Euro/a

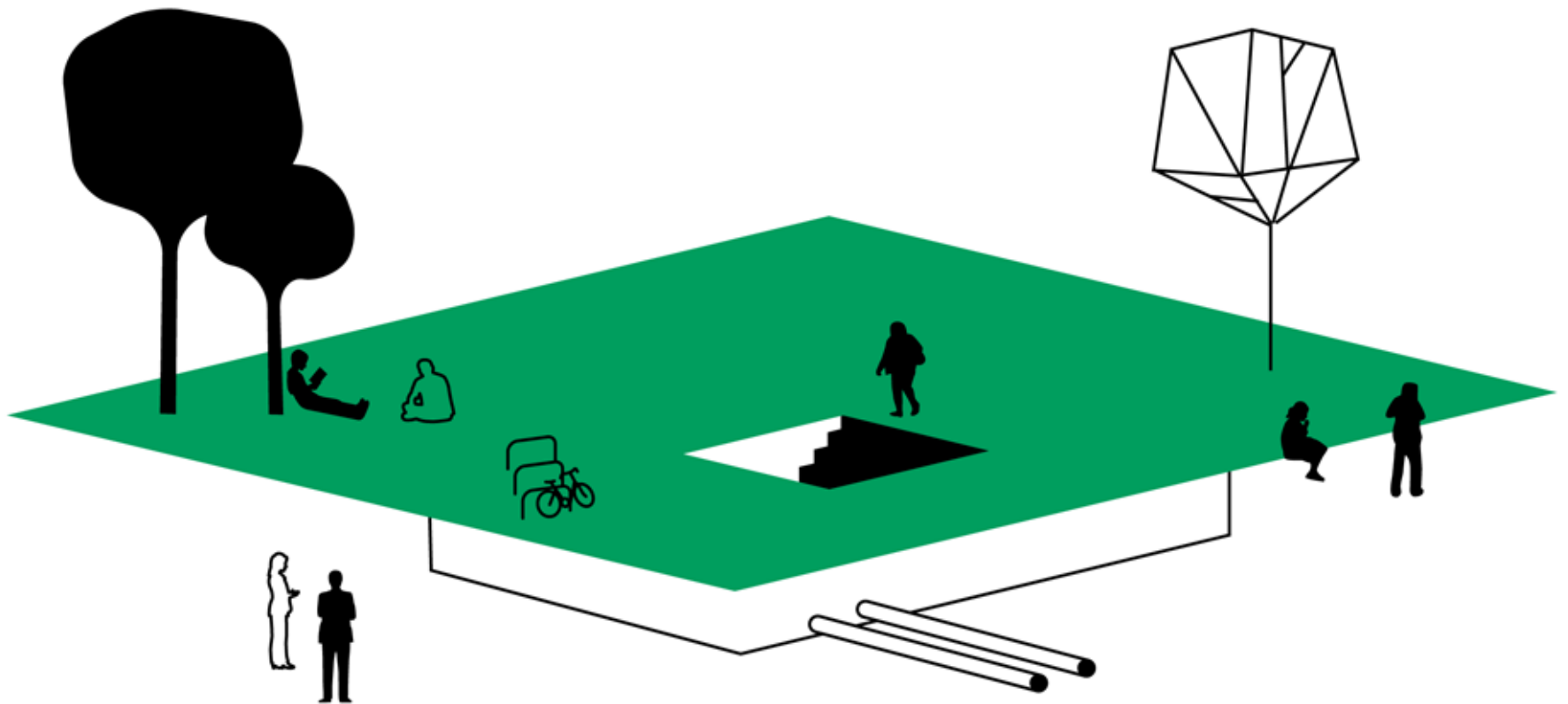
Sozialleistungen der Städte: 10,5 Mrd. Euro/a

Subjektförderung: **15,5 Mrd. Euro/a**

10.000 Sozialwohnungen/a bzw. 100.000 Bedarf (BBSR 2014)



Öffentlicher Raum und Infrastruktur



Die öffentliche Hand – Große Verantwortung bei knappen Kassen?

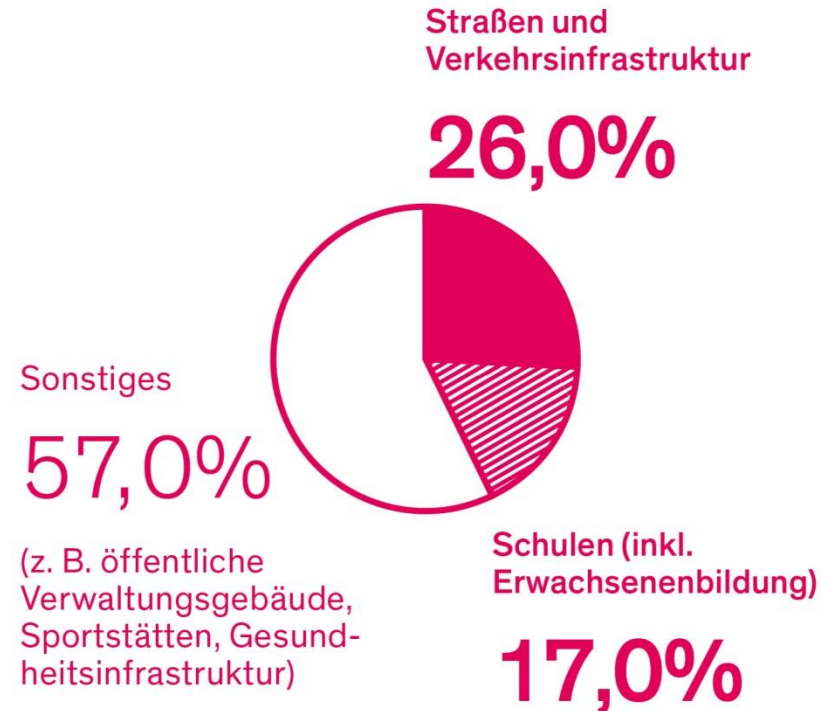
Investitionsrückstand wächst

Erforderliche Ersatz-, Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen in deutschen Kommunen

Quelle: KfW 2013



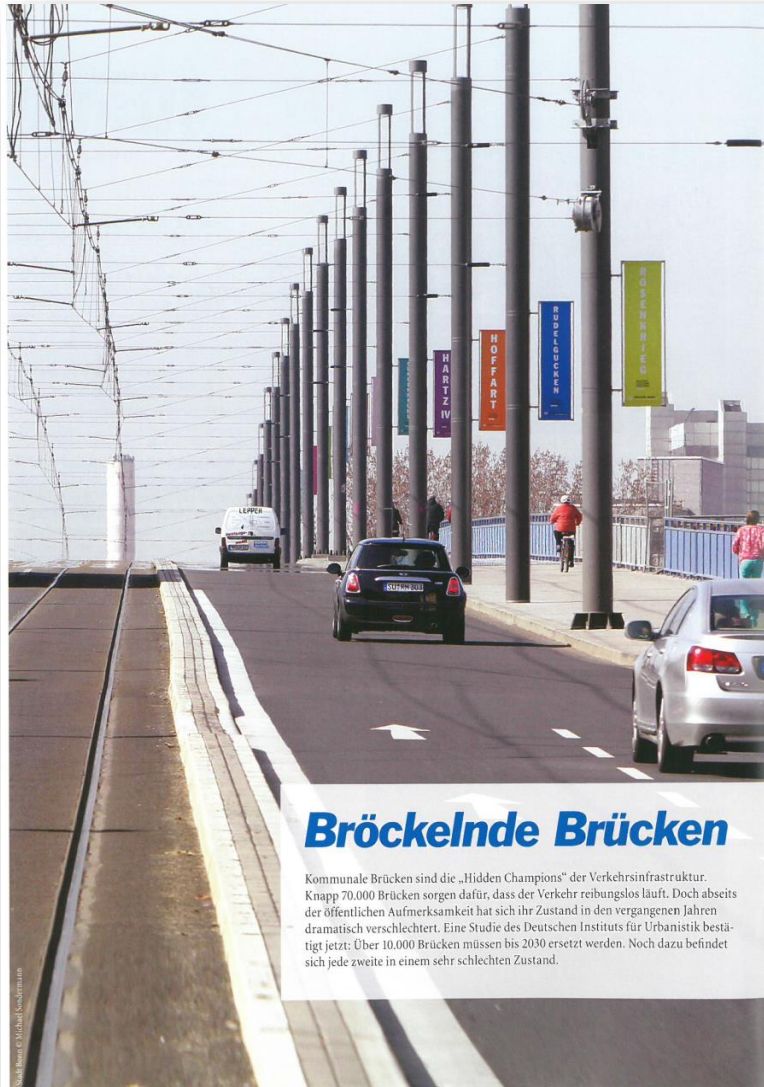
Entwicklung des Investitionsrückstandes in deutschen Kommunen



Investitionsrückstand 2012 in den Kommunen (Gemeinden und Landkreise) aufgeschlüsselt nach Bereichen

Jeder Um- oder Ersatzbau hat Gestaltungspotential

Artikel aus Verbandszeitschrift des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie 2/14



Bröckelnde Brücken

Kommunale Brücken sind die „Hidden Champions“ der Verkehrsinfrastruktur. Knapp 70.000 Brücken sorgen dafür, dass der Verkehr reibungslos läuft. Doch abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit hat sich ihr Zustand in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik bestätigt jetzt: Über 10.000 Brücken müssen bis 2030 ersetzt werden. Noch dazu befindet sich jede zweite in einem sehr schlechten Zustand.

SCHWERPUNKTTHEMA: STUDIE „ERSATZNEUBAU KOMMUNALE BRÜCKEN“ /5

10.000 kommunale Straßenbrücken müssen ersetzt werden – Investitionsbedarf bei 16 Milliarden Euro

Über 10.000 kommunale Straßenbrücken müssen bis 2030 ersetzt werden. Das sind rund 15 Prozent der insgesamt 66.700 kommunalen Straßenbrücken in ganz Deutschland. Darüber hinaus befindet sich jede zweite Brücke in einem schlechten Zustand und muss dringend saniert werden. Dies geht aus der Studie „Ersatzneubau Kommunale Straßenbrücken“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) hervor, die im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden (BBS) und der Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) erstellt wurde.

Den Ersatzneubaubedarf schätzt das Difu auf mehr als elf Milliarden Euro, einschließlich des Teilersatzneubedarfs auf 16 Milliarden Euro bis 2030. Dies entspricht einer jährlich notwendigen Investition von 630 Millionen Euro. Rechnet man den Teilersatzneubedarf hinzu, erhöht sich der jährliche Investitionsbedarf sogar auf 930 Millionen Euro.

„Die Zeit drängt. Wir müssen jetzt investieren und sanieren, damit unser starker Wirtschaftsstandort nicht durch eine marode Infrastruktur gefährdet wird“, erklärte Dipl.-Ing. Marcus Becker, Vizepräsident des HDB, bei der Vorstellung der Gemeinschaftsstudie in Berlin und fügte hinzu: „Nehmen

wir uns dieser Herausforderung nicht an, führt dies nicht nur zu einem weiter steigenden Investitionsstau, sondern auch zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen. Dies haben uns die Sperrungen auf der Rheinbrücke in Leverkusen in Nordrhein-Westfalen und der Rader Hochbrücke in Schleswig-Holstein eindrücklich vor Augen geführt.“

Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden

Der HDB hat gemeinsam mit seinen Partnerverbänden gegenüber Politik und Medien deutlich gemacht, dass der Investitionsstau im Bereich der kommunalen Brücken nur durch eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden aufgelöst werden kann.

Die Verbände sehen zuallererst die Länder in der Pflicht, die den Rückgang ihrer Investitionszuweisungen an die Kommunen unter das Niveau der Jahre vor der Kapitalmarktkrise unverzüglich ausgleichen sollen. Mehr noch: Die Länder sind aufgerufen, die Kommunen durch eine Aufstockung der Investitionszuweisungen beim Abbau ihres Investitionsstaus aktiv zu unterstützen. Vizepräsident Becker: „Die Kommunen sind seit über einem Jahrzehnt gezwungen, ihre Infrastruktur auf Verschleiß zu betreiben. Seit Anfang der 1990er-Jahre ist nicht nur ein Verfall der kommunalen Investitionsquote zu beob-

achtet, seit 2001 ist auch ein schlechender Kapitalverzehr eingetreten. Der Netto-Kapitalstock ist seitdem um knapp sechs Prozent geschrumpft und damit auf das Niveau des Jahres 1993 zurückgefallen. Und das trotz des Konjunkturprogramms, das die Bundesregierung im Jahr 2009 aufgelegt hatte.“

„Den Ländern sitzt die Schuldenbremse im Nacken. Sie haben ihre Investitionszuweisungen an die Kommunen deutlich zurückgefahren. Die Kommunen dürfen nicht zum Opfer der rigiden Konsolidierungspolitik der Länder werden. Wir rufen die Länder daher auf, ihre Investitionszuweisungen wieder auf das Niveau der Jahre vor der Kapitalmarktkrise aufzustocken, d.h. mindestens um 1,2 Milliarden Euro. Die kommunalen Haushalte müssen gestärkt und dürfen nicht weiter geschwächt werden.“

Andreas Kern, Präsident des BBS

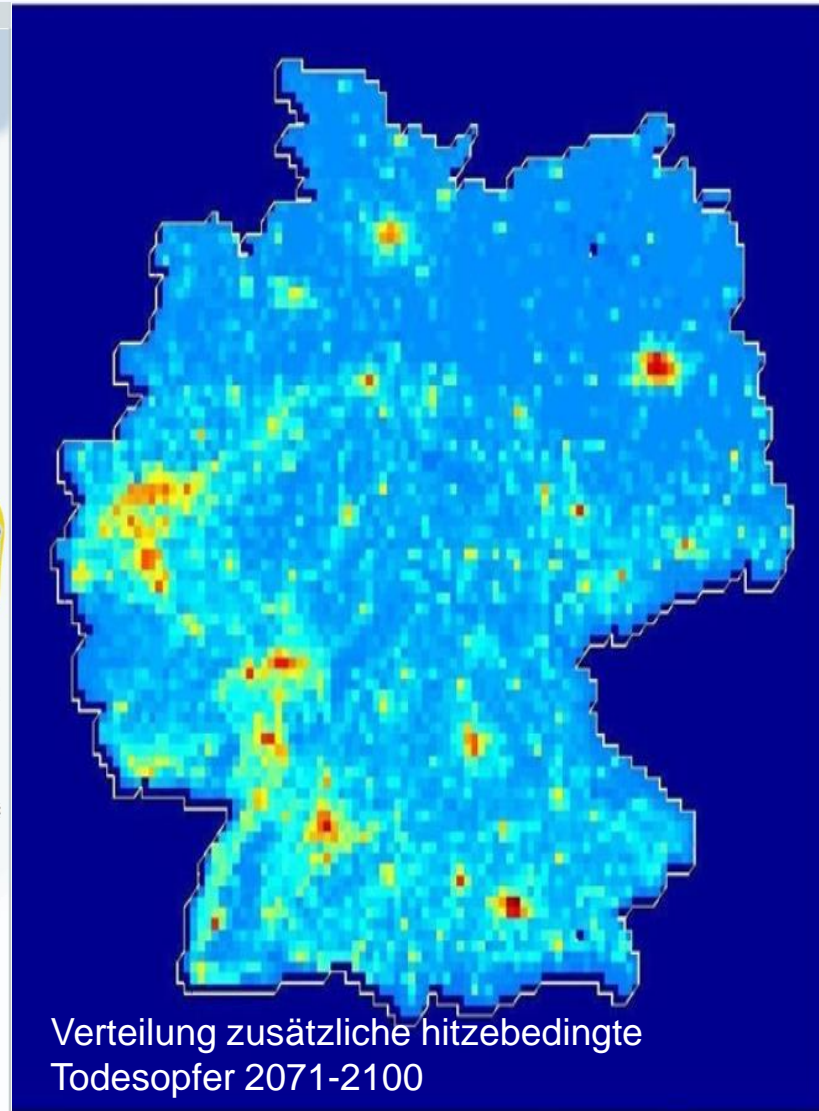
„Die Landesstraßenbaubehörden müssen die kommunalen Baubehörden personell unterstützen, damit in absehbarer Zeit Ersatzbaumaßnahmen umgesetzt werden können. Außerdem müssen private Dienstleister stärker als bisher in den Planungsprozess einbezogen werden. Eine sinnvolle Möglichkeit dafür sind Design-and-Build-Ausschreibungen mit klar beschriebenen Bewertungskriterien, bei denen Planung und Herstellung des Brückenbauwerkes an eine Bieterge-

Klimawandel – Verwundbarkeit

Wie der Klimawandel Deutschland betrifft

auf der Basis historischer Daten, Klimasimulationen und anderer verfügbarer Daten

- Geringe Verletzlichkeit oder Ausgleich von positiven und negativen Folgen des Klimawandels
- Mäßige und zumeist wenig komplexe Klimafolgen
- Hohe Verletzlichkeit durch mehrere und meist komplexe Aspekte des Klimawandels



60

37

22

13

7

4

1

0

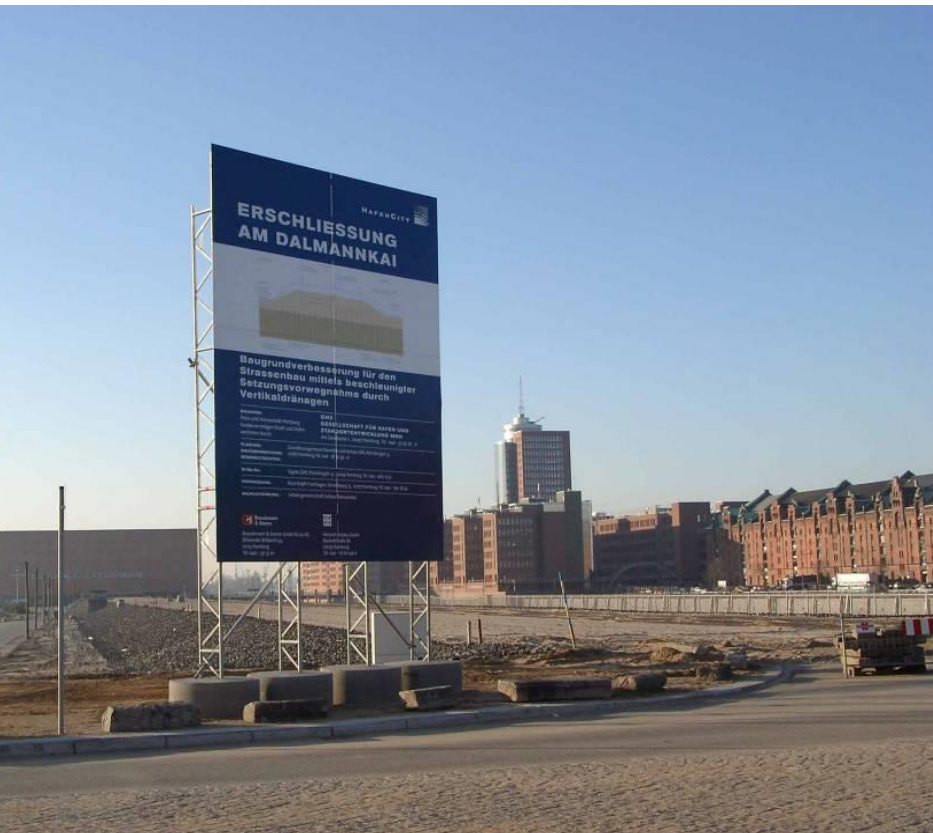
keine
Zahlen-
werte

Hochwasserschutz und Mainufergestaltung, Würzburg

Kombination aus technischen Lösungen und gestalterischen Ansprüchen



Das Beispiel Erschließung und Infrastruktur in der HafenCity in Hamburg



„Baukultur bewegt“ – die Geschichte dahinter



Zum Beispiel: Flächennutzung in Berlin

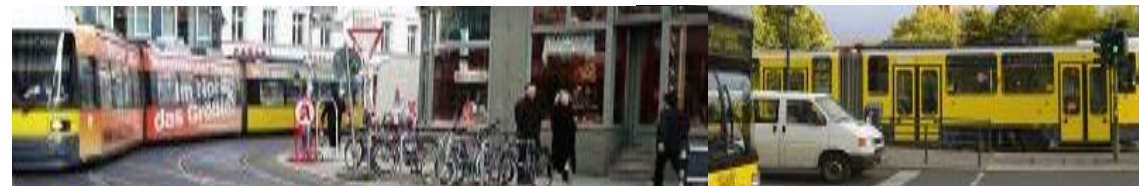
Gesamtfläche 89.300 ha

1 Bauflächen und Umfeld	43,6 %
2 Industrieflächen	0,8 %
3 Erholungsflächen	11,6 %
4 Verkehrsflächen	15,2 %
5 Landwirtschaft	4,9 %
6 Wald	18,0 %
8 Wasserflächen	6,7 %
9 Andere Nutzungen	2,0 %

Bebaute Fläche 56,0 %

Grün, Wasser & Freiraum 44,0 %

Verkehrsflächen 15,2 %

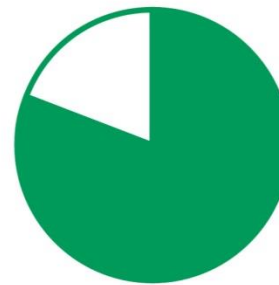


Grün in der Stadt als Faktor der Baukultur

Grün macht glücklich

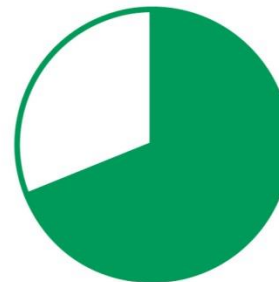
Anteil der Befragten, die mit Natur und Grün eine effektive oder sehr effektive Wirkung verbinden

Quelle: Husqvarna Group 2013



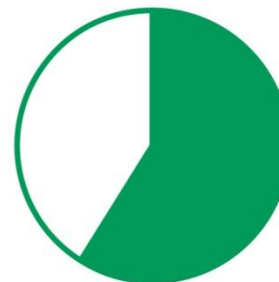
Abbau von
Stress und Angst

81,0%



Glück

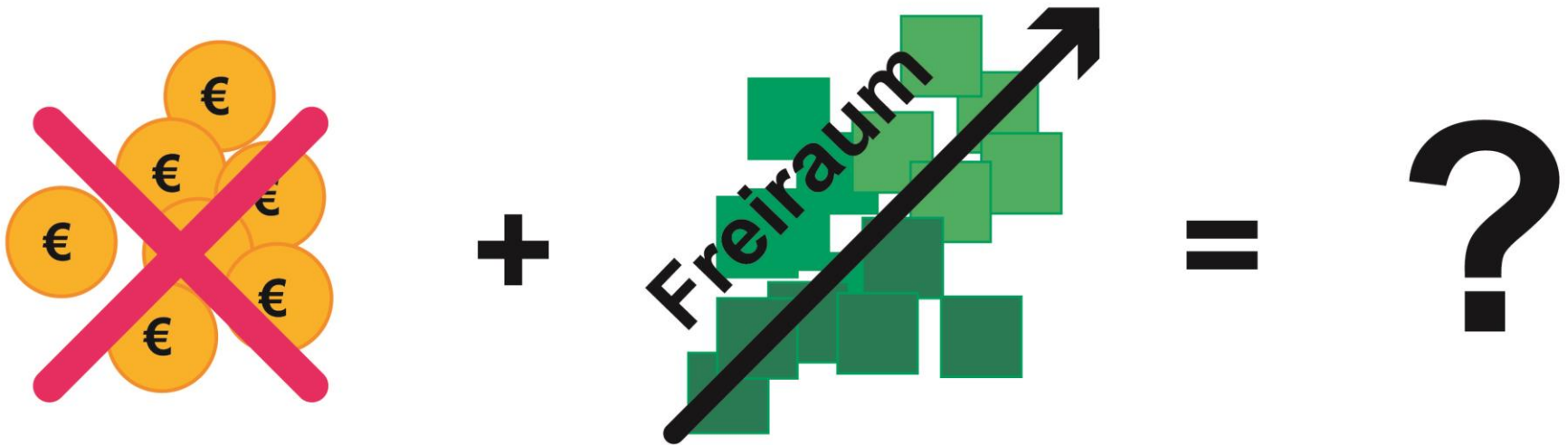
69,0%



Abbau von
Konzentrations-
problemen

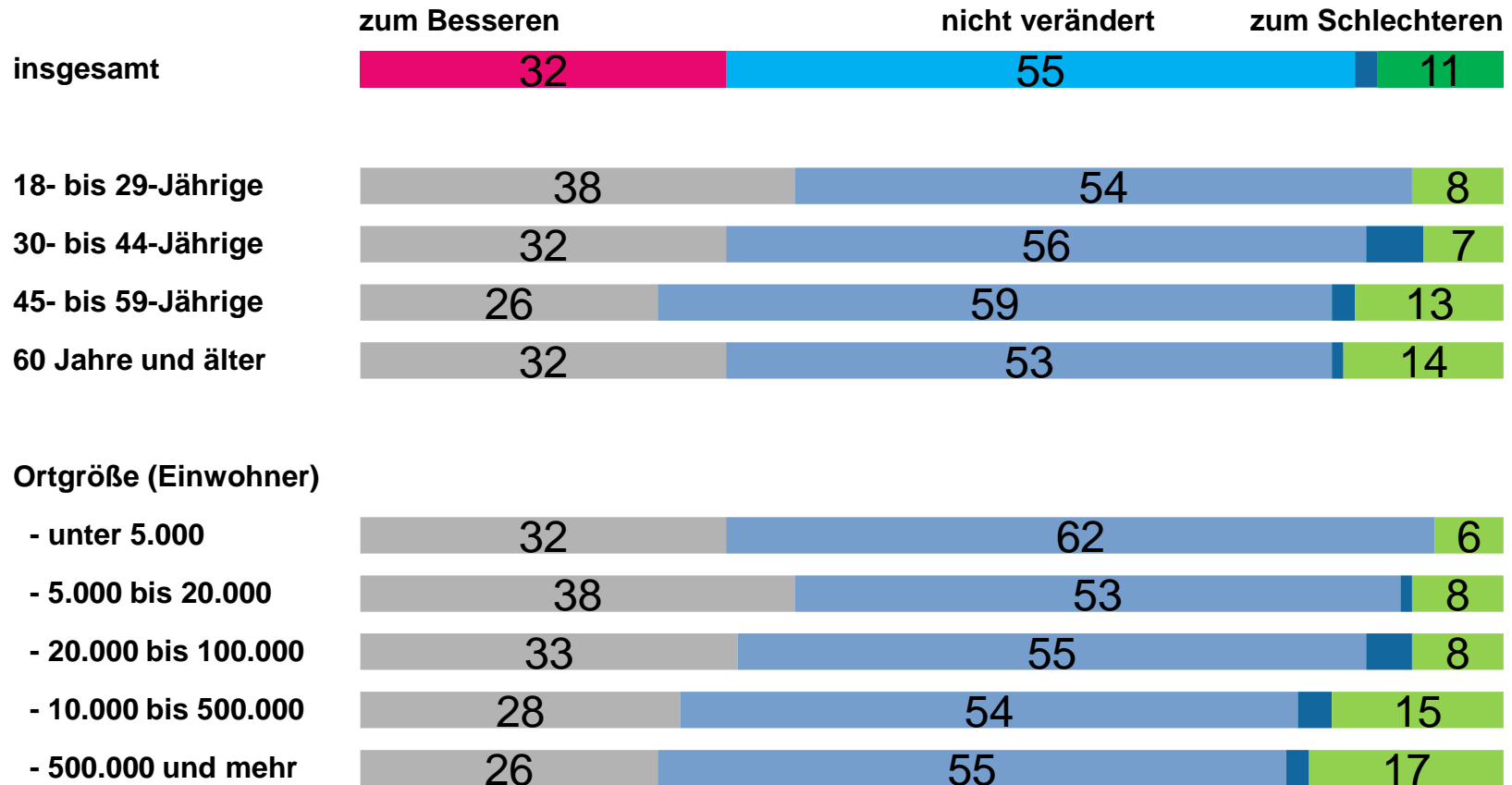
63,0%

Wichtige Rahmenbedingungen und Herausforderung



Veränderung des Wohngebietes

Das Wohngebiet hat sich in den letzten fünf Jahren alles in allem verändert ...

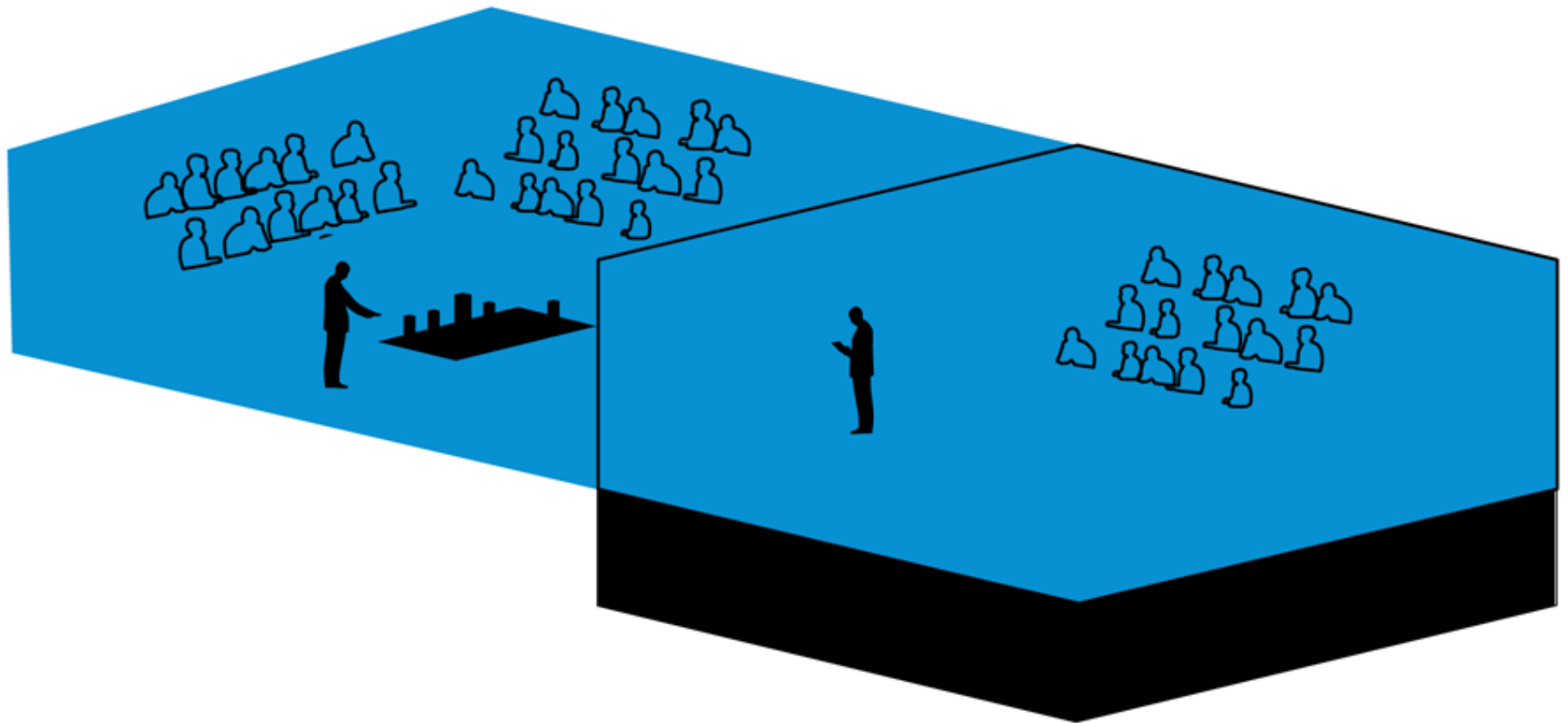


Forsa-Umfrage der BSBK 2014 - Basis: alle Befragten

weiß nicht

Angaben in Prozent

Planungskultur und Prozessqualität



Elbphilharmonie – Stuttgart 21 – BER





FAZ vom 25. Juli 2014

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Immobilien



Beizeiten mitentscheiden: Die frühe Einbindung der Bevölkerung in Planungsprozesse kann viel Geld sparen.

Foto Ansgar Wilkendorf

Größe und Grenzen der Bürgerbeteiligung

Um die Akzeptanz von Bauvorhaben zu steigern, sollten Bürger frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen werden, am besten mit professioneller Moderation. Sonst kann es teuer werden.

hen die Meinungen über die städtebauliche Qualität des Quartiers „Petrisberg“ bis heute auseinander.

Allerorten werden Bürger in Planungsprozesse mit eingebunden, und das über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus. In Anhörungen, an runden Tischen oder in Einwohnerfragestunden bringen sich Menschen mit ein oder informieren sich über Bauvorhaben um die Ecke. Mancherorts werden Bürgerbegehren initiiert, andere Gemeinden setzen auf E-Partizipation (elektronische Beteiligung), oder es wird zu Bürgerworkshops und Ideenwettbewerben eingeladen. Es gibt ein ganzes Arsenal von

tregaler Bestandteil unserer Verwaltungsarbeit“. Kürzlich wagten die Wolfsburger ein Experiment: Im Rahmen eines Planungswettbewerbs für ein neues „Bildungshaus“ durften sich alle Bürger noch vor der Jury ein Bild von 22 in die engere Wahl gekommenen Entwürfen machen. „Wir waren uns bewusst, dass wir mit diesem Verfahren ein Risiko eingehen“, so Thomas. Schließlich durften Anonymität und Gleichbehandlung der Architekturbüros nicht gefährdet werden. Der Versuch glückte, rund 850 Wolfsburger beteiligten sich mit mehr als 1500 Kommentaren. Die bekam auch die Jury zu lesen, die drei zweite Preise vergab. Diese Ent-

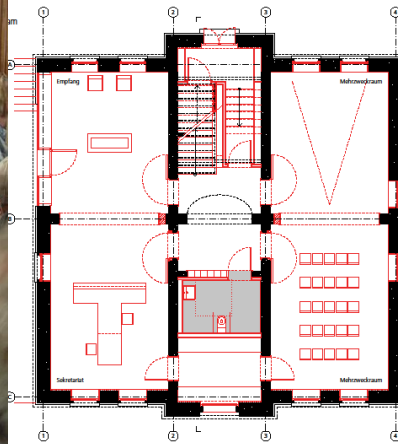
ob sie noch auf dem richtigen Weg sind. Kontinuität und Kommunikation sind gefragt, ansonsten macht sich Frust breit und sinkt die Bereitschaft der Beteiligten, sich beim nächsten Projekt mit einzubringen. Nagel empfiehlt eine „Phase null“ bei Planungsprozessen – „eine Planung der Planung, um Bürger zu beteiligen“.

Doch auch gut geplant läuft nicht immer alles rund, und des Öfteren trifft man auf Zeitgenossen, die den Beteiligten den Spaß am Mitmachen verleiden. „Keine Frage: Totalverweigerer machen es schwierig, und es gibt auch immer wieder lästige Personen in diesen Ver-

„aber hier ist dann die Politik gefordert, das Gemeinwohl im Auge zu behalten. 30 Mal „mein Wohl“ ist noch kein Gemeinwohl.“ In einem sind sich die Experten einig: Beteiligungsverfahren sollten gut dokumentiert werden, auch um möglichen Legendenbildungen à la „Das wussten wir nicht“ vorzubeugen.

Eitel und seine Planer glaubten zu wissen, wie sie das künftige Nahversorgungszentrum von „Castelnau“ optimal anbinden könnten. Doch was sie planten, rief die Kritik der Bürger auf den Plan. Nun wird eine von Anwohnern vorgeschlagene Lösung realisiert, und Eitel sagt, der jetzt gefundene Weg sei klar der bessere

Kommunikation – Information – Einbindung



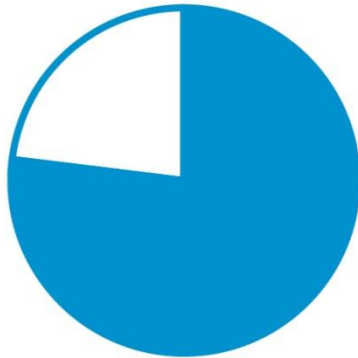
Ausreichende Informationen in der Bevölkerung

Fühlen Sie sich über das Baugeschehen
und Bauprojekte in ihrer Wohnumgebung
alles in allem ausreichend informiert?

Quelle: Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2014
(Forsa, im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur)

nein, würde gerne
mehr erfahren

23,0%



ja

76,0%

... über Lokalzeitung und Gespräche

Die fünf wichtigsten Informations-
quellen für Baumaßnahmen im Wohnort
für Bürgerinnen und Bürger

Quelle: Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2014
(Forsa, im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur)



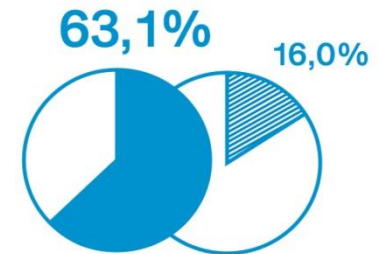
Angebot und Interesse

Zwei beispielhafte Formen der Bürger-
beteiligung, die...

Quelle: Kommunalbefragung zur Baukultur 2014
(Difu, im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur) &
Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2014 (Forsa,
im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur)

... sich aus Sicht
der Kommune
bewährt oder sehr
bewährt haben:

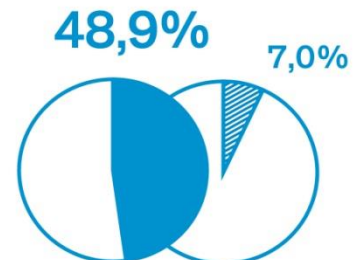
...von Bürgern in den
letzten 12 Monaten
genutzt wurden:



Bürgeranhörung /
Einwohnerfragestunde

... sich aus Sicht
der Kommune
bewährt oder sehr
bewährt haben:

...von Bürgern in den
letzten 12 Monaten
genutzt wurden:



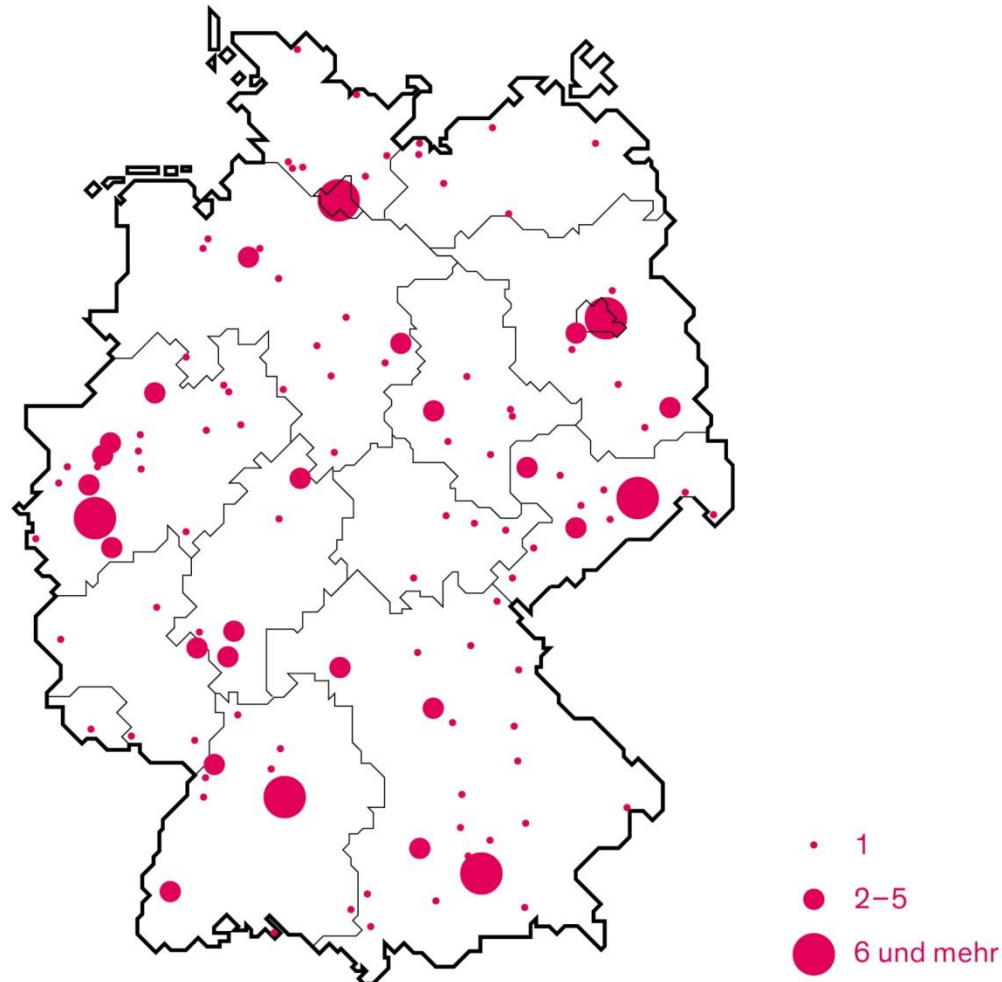
Ideenwettbewerb
mit Bürgerbeteiligung

Akteure der Baukultur – Wer trägt Sorge für die gebaute Umwelt?

Baukultur wird breit getragen

Verteilung der Initiativen und Vereine der Baukultur in Deutschland 2013

Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2013

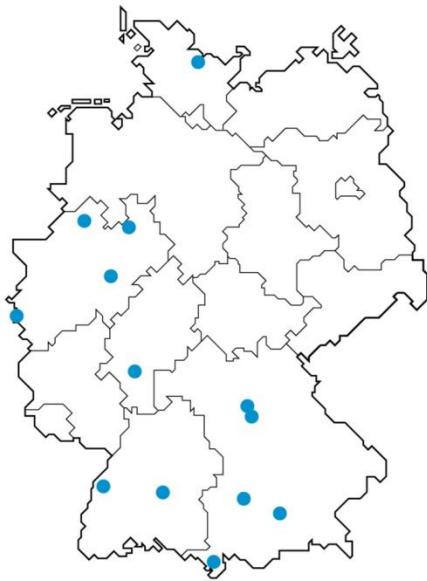


Netzwerke, Initiativen und gesellschaftliches Engagement

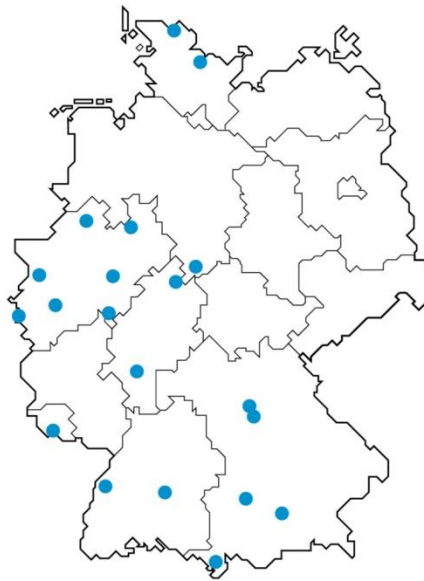
Zahl der Gestaltungsbeiräte wächst

Anzahl und Verteilung der Gestaltungsbeiräte in Deutschland

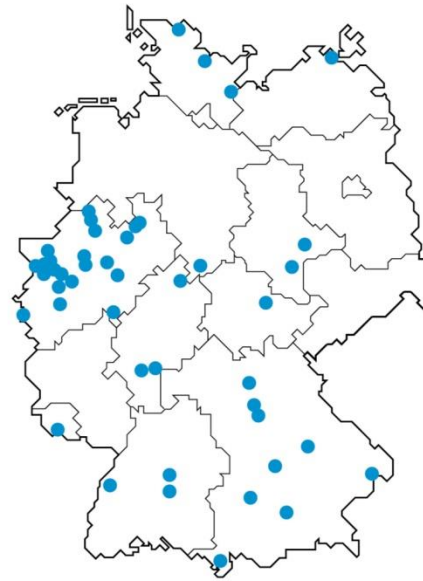
Quelle: Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V. 2014



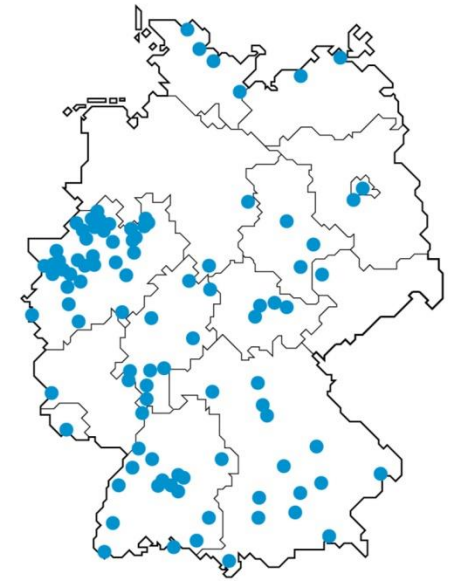
bis 1983
13 Gestaltungsbeiräte



bis 1993
20 Gestaltungsbeiräte



bis 2003
46 Gestaltungsbeiräte

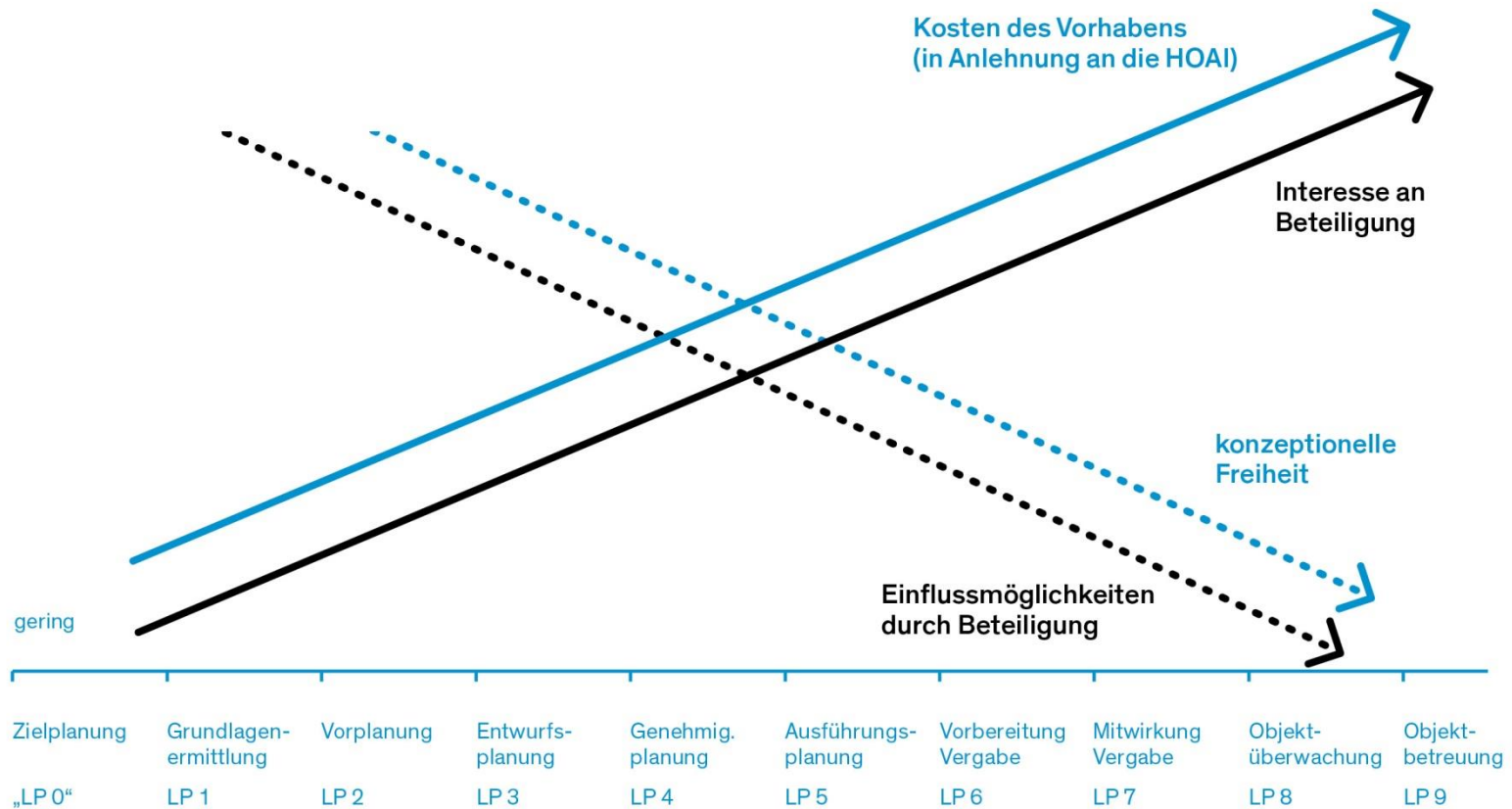


bis heute
98 Gestaltungsbeiräte

Baukulturelles Dilemma

Entwicklung der konzeptionellen Freiheit, des Mitteleinsatzes und der Beteiligung im Projektverlauf

Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2014

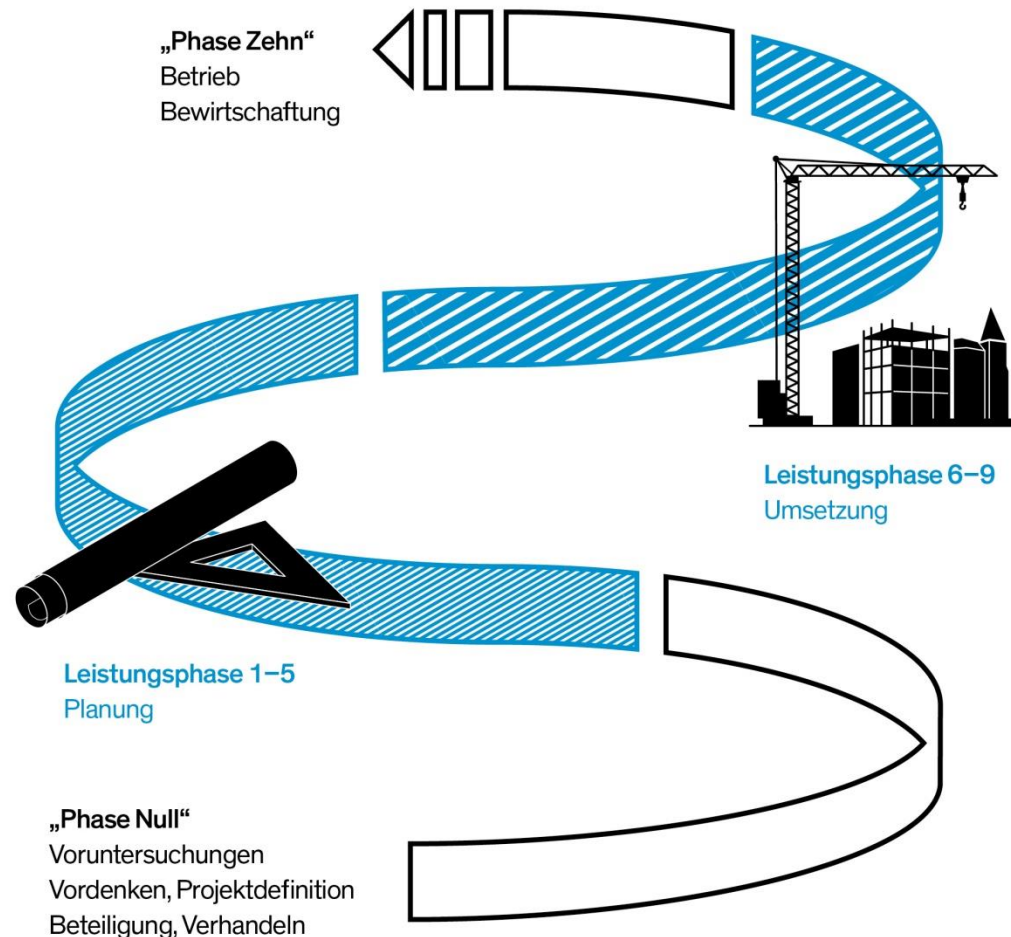


Was man mit guter Planung erreicht

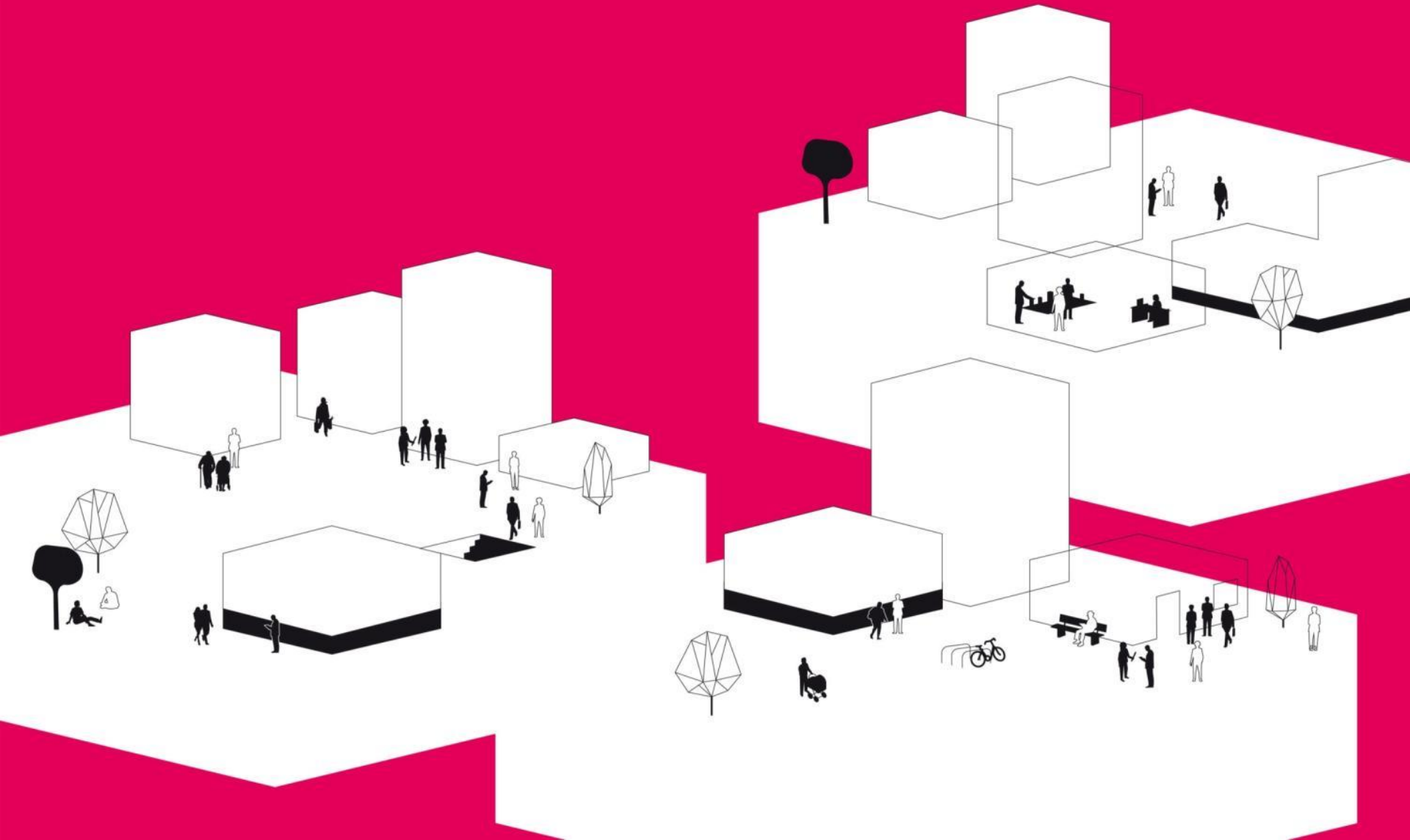
Raum für Planungsvorbereitung – „Phase Null“ sowie Nutzung und Aneignung – „Phase 10“

Ergänzung der Leistungsphasen nach der HOAI durch „Phase Null“ und „Phase Zehn“

Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2014



Der Baukulturbericht 2014/15 – Handlungsempfehlungen



Allgemeine Handlungsempfehlungen und Handlungsempfehlungen an einzelne Akteure der Baukultur



Neuer Umgang mit Planungs- und Baukultur

- **Verwaltungen und Projektstrukturen ressortübergreifend ausrichten**
- **Etablierung einer „Phase Null“ und Stärkung der Grundlagenermittlung im Planungsprozess**
- **Durchführung von Gestaltungswettbewerben bei Planungsleistungen und Bauvorhaben**
- **Intensivere Reflexion von Planungsprozessen als „Phase Zehn“ zur Qualitätssicherung**

Phase Null: Bundesforum/BIZ – Kulturforum/Museum des 20. Jahrhunderts – Gasteig/Philharmonie



Allgemeine Handlungsempfehlungen

Neuer Umgang mit Planungs-
und Baukultur

Vorbildfunktion

Förderung und Vermittlung von
Baukultur



Vorbildfunktion

Öffentliche und private Bauvorhaben gestalterisch und funktional zukunftsweisend ausrichten.

Integrierte Planungen bei **Verkehrsbauvorhaben** unter stärkerer Berücksichtigung baukultureller und gestalterischer Belange betreiben.

Hohe Gestaltungs- und Prozessanforderungen auch bei Ingenieurbauten entwickeln.

Die großen räumlichen und baulichen Konsequenzen der **Energiewende** gestalterisch lösen.

Infrastruktur



Förderung und Vermittlung von Baukultur

Bewahren und Pflege des baukulturellen Erbes.

Stärkung von Standorten durch die Identifizierung, Förderung und Vermittlung der nationalen bzw. regionalen Identität.

**Bei Auftrags- und Grundstücksvergaben
baukulturelle Kriterien einbeziehen.**

**Vergabe von Preisen und Plaketten zur Motivation
privater und öffentlicher Bauherren.**



Askren Manors
Yorktown Village /
Kessler Field

Konversion

Liegenschaften

Housing / Wohnen

Askren Manor

Yorktown Village / Kessler Field

Kasernen

Übungsplätze

Weitere Liegenschaften

Stadt Schweinfurt

Landkreis Schweinfurt

Bundesanstalt

Mediathek

Startseite > Liegenschaften > Housing / Wohnen

Housing / Wohnen



Askren Manor

Die Liegenschaft „Askren Manor“ liegt in südwestlicher Ortslage des Stadtteils Gartenstadt, ungefähr drei Kilometer vom Stadtkern entfernt. Hier erfahren Sie mehr über die Infrastruktur, Bebauung und Nutzungsperspektive dieser Konversionsfläche.

- [Weiterlesen](#)



Yorktown Village / Kessler Field

Die Liegenschaften „Yorktown Village“ und „Kessler Field“ liegen im Nordwesten von Schweinfurt, rund zweieinhalb Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Informieren Sie sich hier über die über die Infrastruktur, Bebauung und Nutzungsperspektive dieser Konversionsflächen.

- [Weiterlesen](#)

Die öffentliche Hand: Bund

Stärkere Beachtung von **baukulturellen Kriterien** bei Förderinstrumenten wie der Städtebauförderung.

Experimentierklauseln als Bestandteil von Förderprogrammen, um Kommunen in baukulturellen Belangen zu unterstützen.

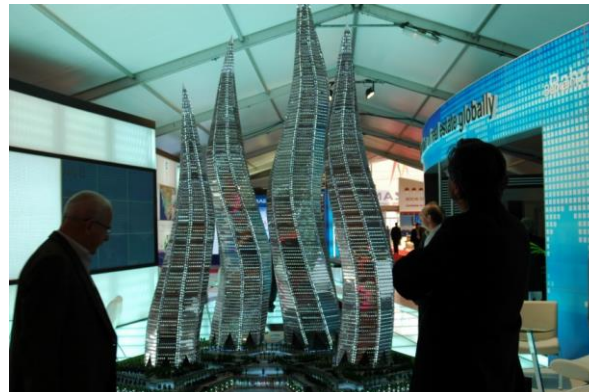
Anerkennung der **Gemeinnützigkeit** von Baukultur.



Private Bauherren, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft

„Werterhalt durch Baukultur“ mitdenken bei Sanierung, Um- und Neubau.

Baukultur als Leitbild der Corporate Responsibility und Durchführung von Wettbewerben bei Planungs- und Bauvorhaben.



Kammern und Verbände

Formulierung eines Leitbilds Baukultur – baukulturelle Diskussion vor Ort.

Anstoß und Mitwirkung bei der Entwicklung von Leitlinien für gute Planungspraxis.

Kooperation bei der baukulturellen Bildung und Vermittlung ausbauen.

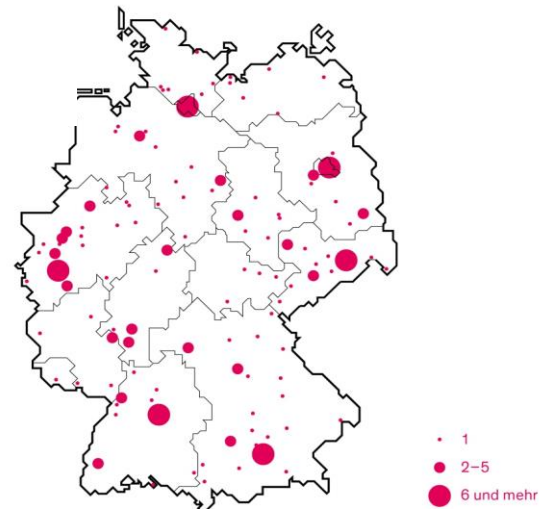


Bundesstiftung Baukultur und Baukulturinitiativen

Künftig **regelmäßig Baukulturberichte** vorlegen.

Die **Bundesstiftung Baukultur stärken**.

Das **Netzwerk von Baukulturinitiativen ausbauen**.



Die Bundesstiftung Baukultur stärken

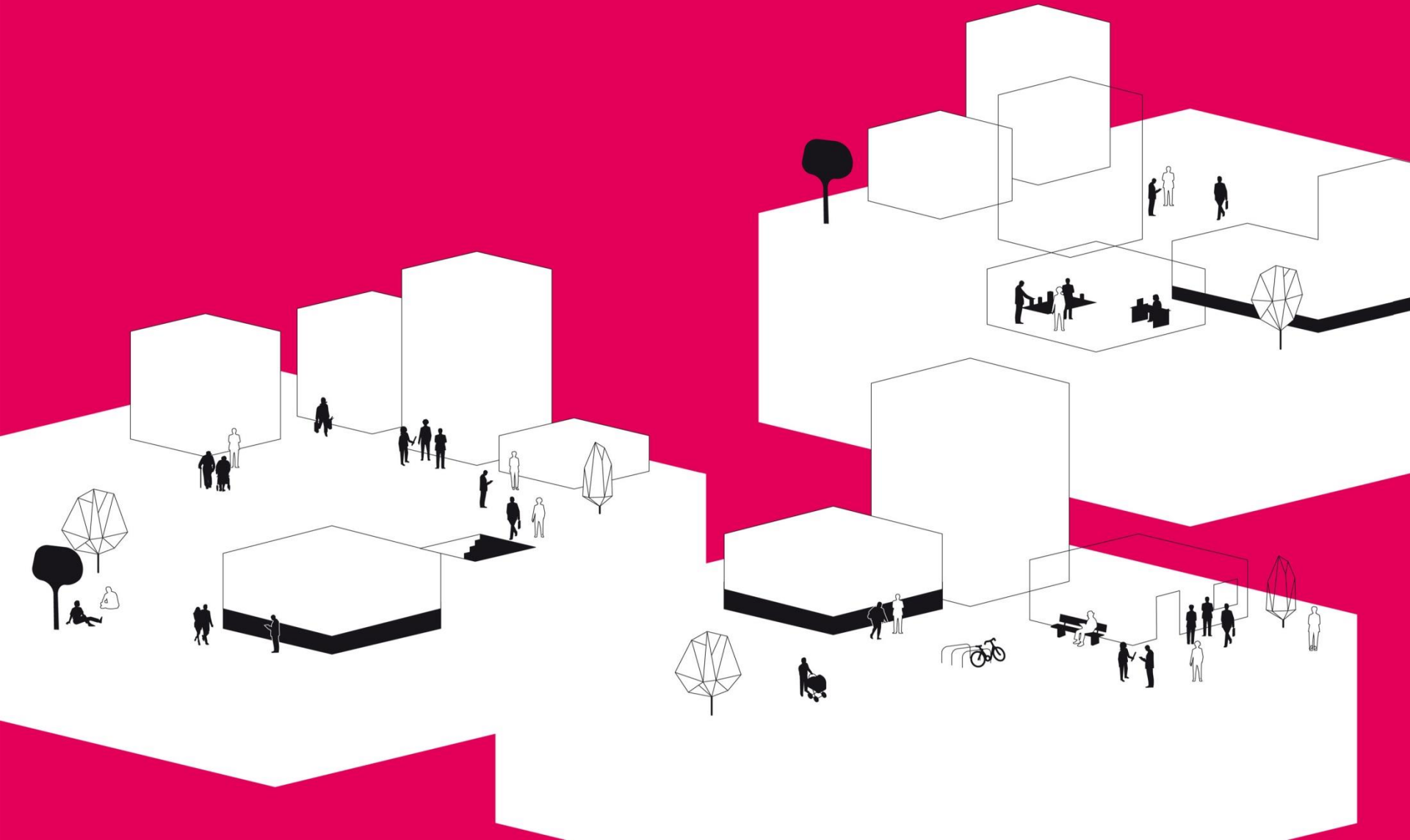
„Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu baukulturellen Fragen fördern – auch zu Bauvorhaben des Bundes. Die Bundesstiftung Baukultur als hierfür wichtigen Partner wollen wir stärken.“

Auszug aus dem Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode





Ausblick auf die laufenden Arbeiten zum Thema Stadt und Land



Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen

Wachsende und schrumpfende Städte/ Gemeinden in Deutschland (2006-2011)

Quelle: BBSR 2014

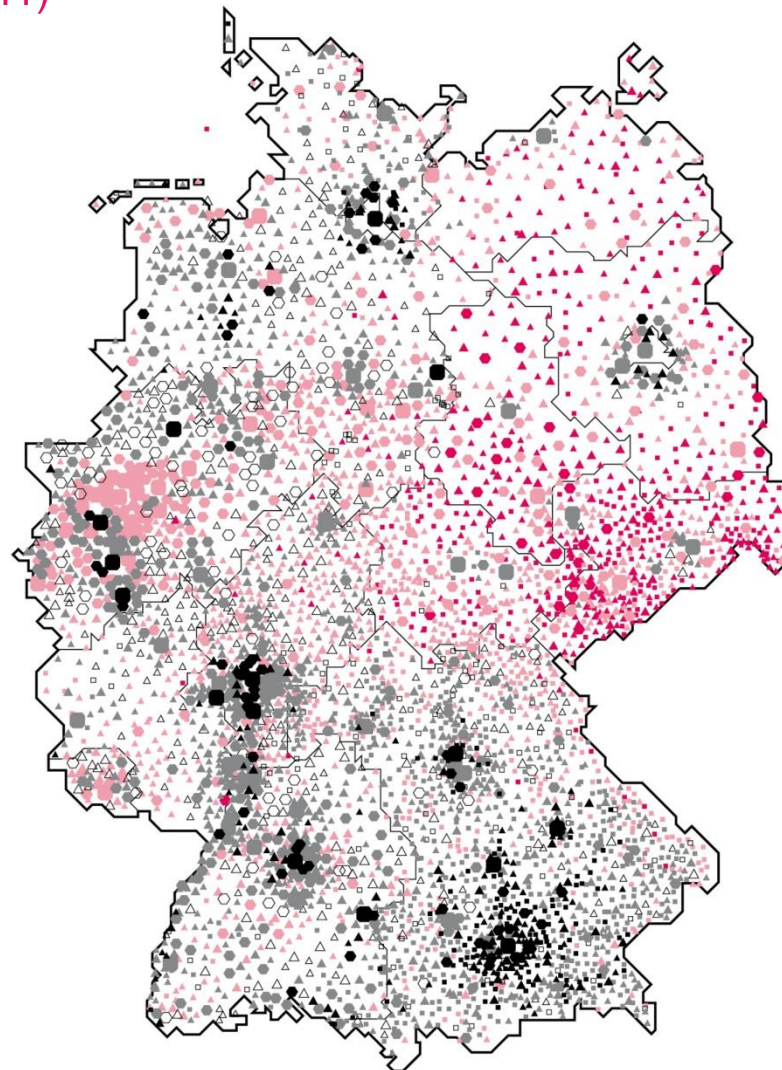
Stadt- und Gemeindetyp

- Großstädte
- ◡ Mittelstädte
- △ Größere Kleinstädte
- △ Kleinere Kleinstädte
- Landgemeinden

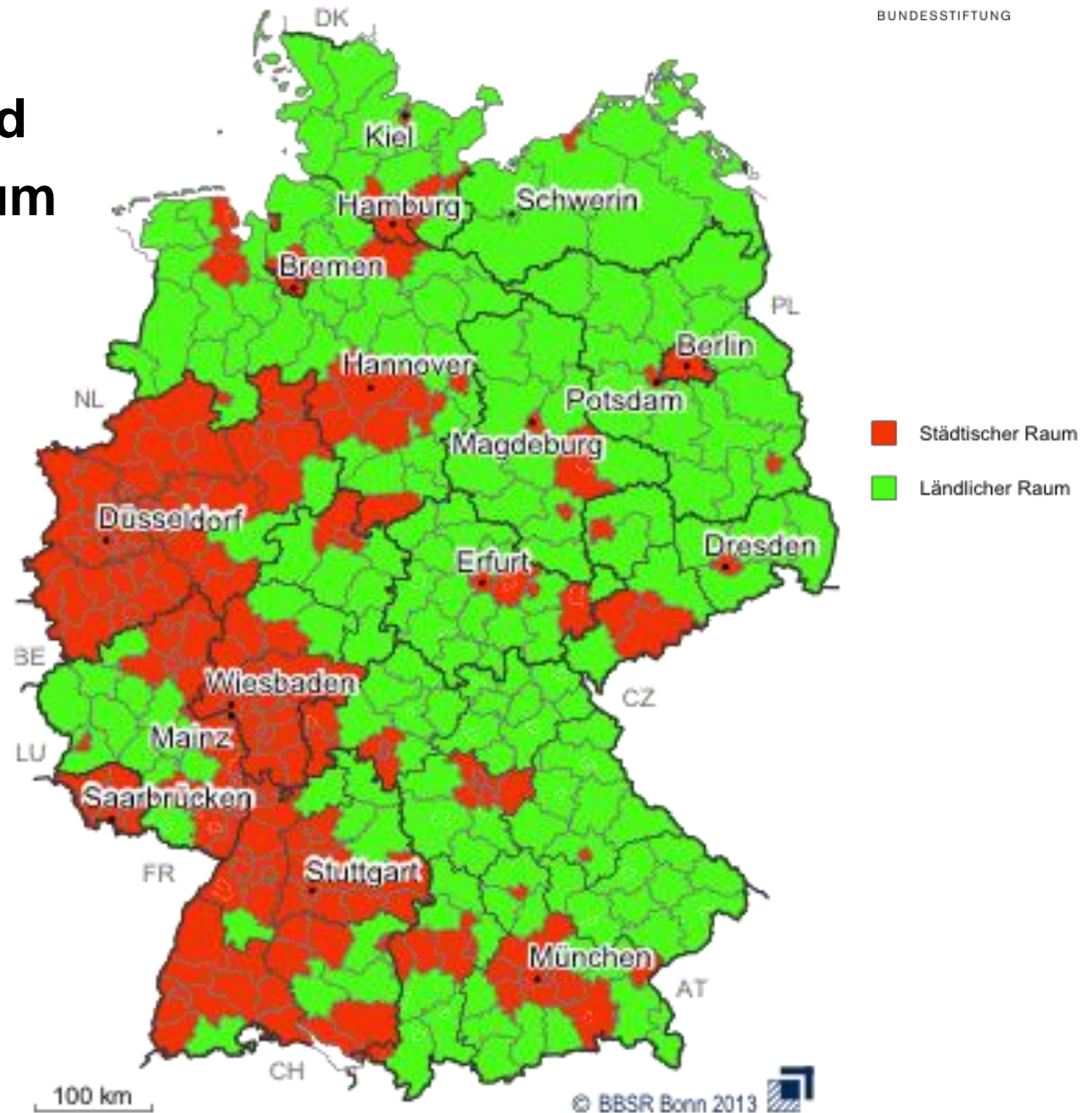
Wachsende und schrumpfende Gemeinden

- stark wachsend
- wachsend
- stabil
- schrumpfend
- stark schrumpfend

Betrachtete Strukturindikatoren:
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2011
Arbeitslosenquote 2010/11
Gesamtwanderungssaldo 2009/10/11
Arbeitsplatzentwicklung 2006 bis 2011
Kaufkraft 2010
Realsteuerkraft 2010/11

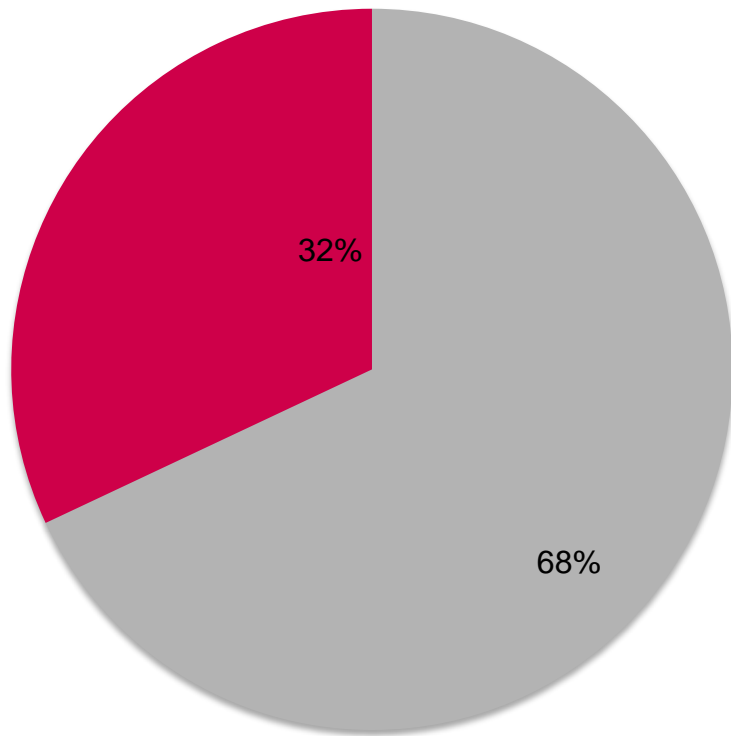


Städtischer und Ländlicher Raum

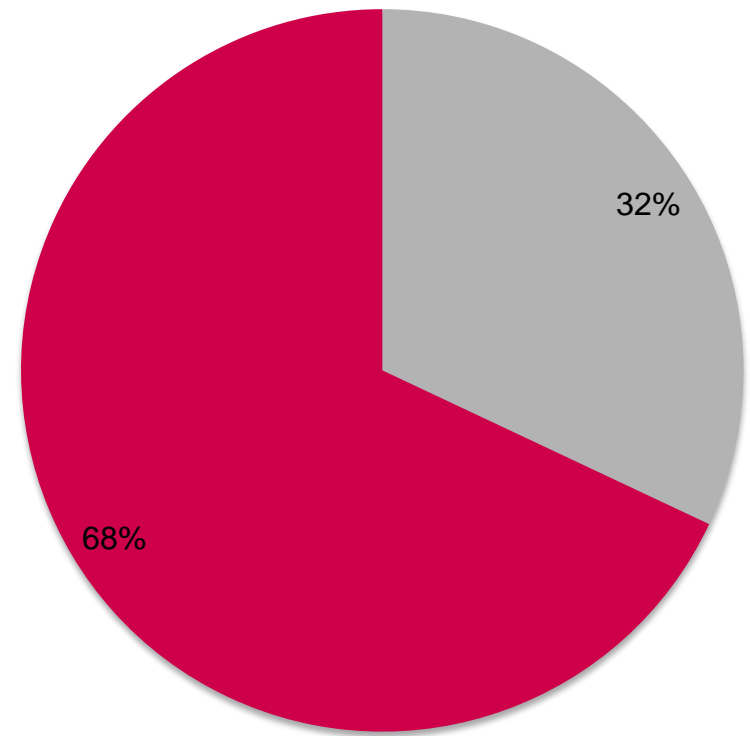


Städtischer und Ländlicher Raum

Bevölkerung

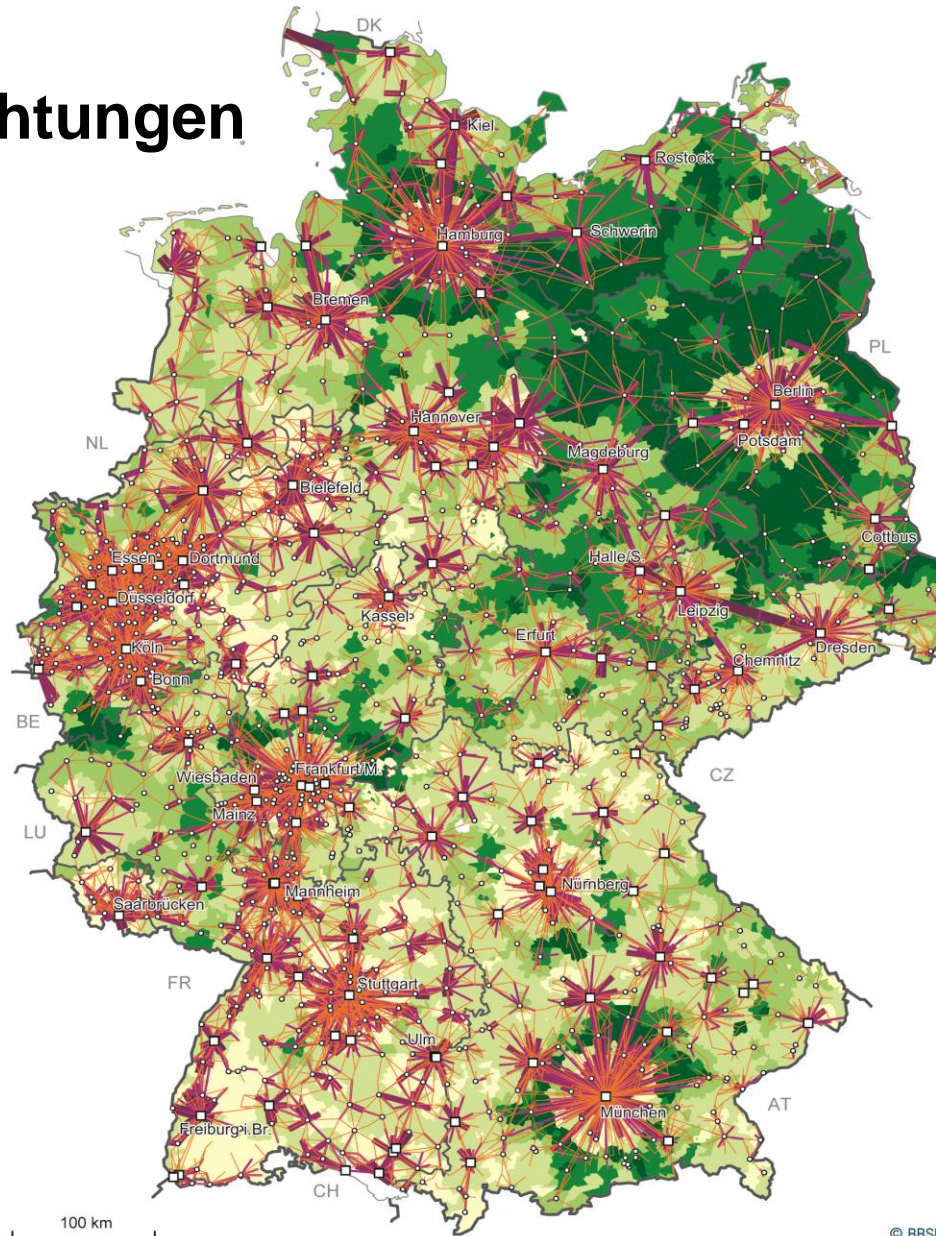


Fläche

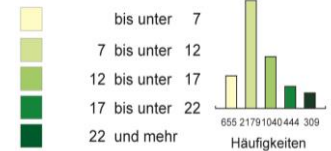


■ Städtischer Raum
■ Ländlicher Raum

Pendlerverflechtungen



Anteil der Pendler mit mehr als 50 km Pendeldistanz an allen SV-Beschäftigten 2009 in %



Pendlerverflechtungen zwischen Gemeindeverbänden nach Anzahl der Pendler 2009



Zentrale Orte 2010





100 km

Society and integration – territorial synopsis


Demographic trends

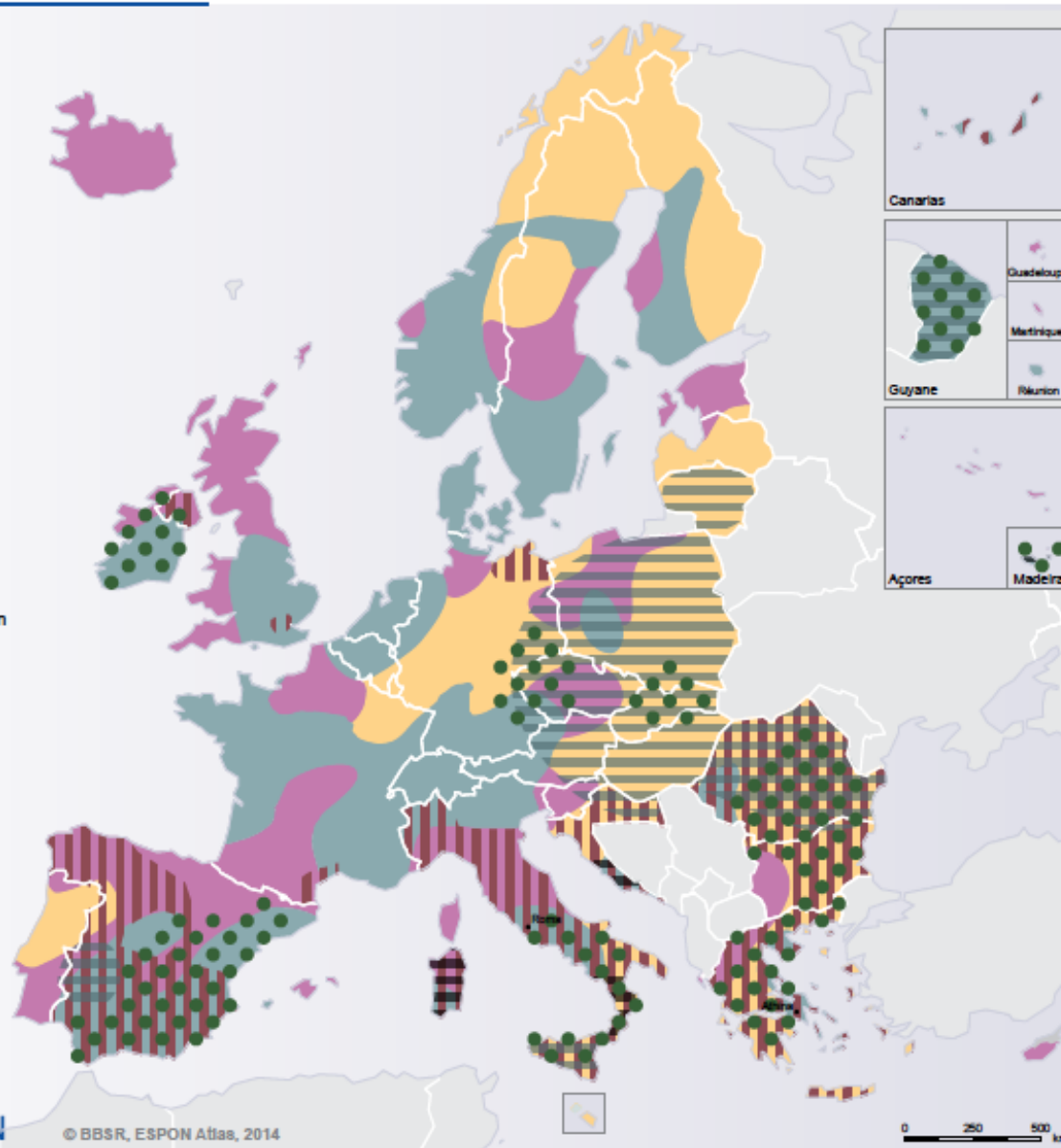
-  population growth
-  shrinking population
-  balanced demographic development

Labour market and education

-  modernisation and strengthening of regional labour markets
-  valuation of youth potential, strengthening the link between the education system and the labour market

Poverty and social integration

-  major risk of poverty and/or social exclusion



This map does not necessarily reflect the opinion of the ESPON Monitoring Committee



© BBSR, ESPON Atlas, 2014



EUROPEAN UNION
Part-financed by the European Regional Development Fund
INVESTING IN YOUR FUTURE

Zukunft des Handels in Stadt und Land



Baukultur konkret

Warum ist der ländliche Raum im 21. Jahrhundert von Interesse? Je nach Definition wird er in Deutschland von 30 bis 50% der Bevölkerung bewohnt. Die Gesamtfläche Deutschlands wird noch zu 52 % von der Landwirtschaft genutzt, die jedoch nur 1,5 % aller Erwerbstätigen Beschäftigung bieten.

Es stellt sich folglich die Frage, welches Bild der tradierten Vorstellung eines agrarisch geprägten Dorfes in der Realität gegenübergestellt werden muss. Wie stellen sich Leben und Strukturen auf dem Land heute wirklich dar, wenn es einerseits als Produktionsort für Nahrungsmittel, Holz und Energie, andererseits als Raum für Siedlung, Verkehr und Erholung gesehen wird? Und wo

können gestalterische und baukulturelle Belange im Alltag von Bewohnern und Kommunen eine Rolle spielen?

Diesen und weiteren Fragen wird die Bundesstiftung Baukultur, stets mit baukulturellem Fokus, in den nächsten zwei Jahren als Partner des Forschungsprojekts „Baukultur konkret“ nachgehen - gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bauen und reaktorsicherheit, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Büro für urbane Projekte, der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft sowie Land-Luft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen.



Fotos: Bundesstiftung Baukultur

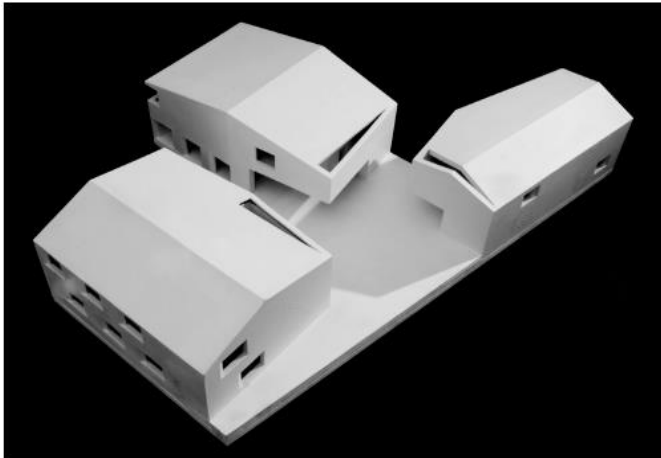
Auszeichnung Wettstetten | Neue Ortsmitte



01 Rathausplatz



02 Luftbild

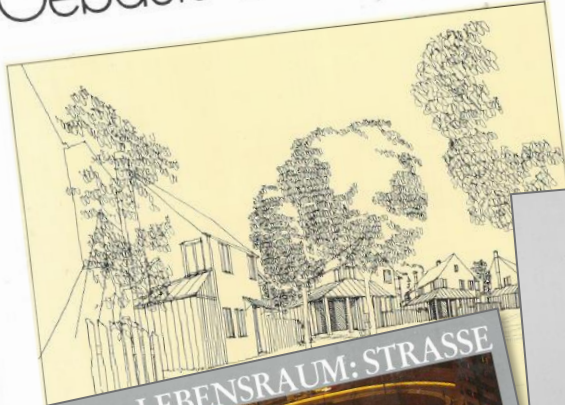


05 Referenz Jurahaus



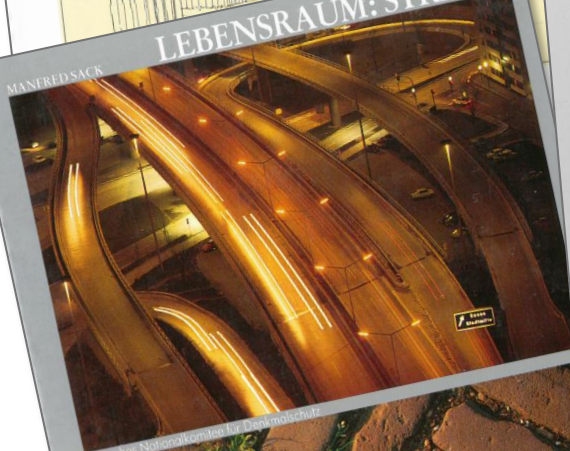
Baupflege

Dieter Wieland
Gebaute Lebensräume



LEBENSRAUM: STRASSE

MANFRED SACK



www.manfred-sack.com



Das Dorf, in dem wir leben



Wilhelm Landzettel

Dieter Wieland

Bauen
und
Bewahren
auf dem
Lande



Nationaler
Verband
für den
Denkmalschutz



Besser bauen im Alltag
Helmut Gebhard mit Franz Dirtheuer Rudolf M. Huber Dietmar Lüling



Bayerischer Landesverein
für Heimatpflege e. V.



